

aus
politik
und
zeit
geschichte

beilage
zur
wochen
zeitung
das parlament

Hubertus Dessloch

Die Europäische Volkspartei EVP

Guntram von Schenck

Die sozialdemokratischen Parteien
der EG vor den Direktwahlen

Volkmar Kallenbach

Die Föderation der
Europäischen Liberalen Demokraten

ISSN 0479-611 X

B 14/79

7. April 1979

Hubertus Dessloch, Dr. jur., geb. 1936; 1963—1967 Mitglied des Kabinetts des Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft; 1967—1969 Sekretär der EG-Kommission; seit 1970 Referent für Angelegenheiten der Europäischen Gemeinschaften u. a. beim Bayerischen Staatsminister für Bundesangelegenheiten, Bonn.

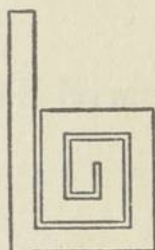
Veröffentlichungen: Die Europäische Volkspartei — Ein neuer Weg, in: Rheinischer Merkur Nr. 34 vom 20. 8. 1976; Das Menschenbild als Schlüssel, in: Rheinischer Merkur Nr. 51 vom 24. 12. 1977; Die europäischen Parteien der Mitte (Mitautor), Handbücher der Politischen Akademie Eichholz, Bd. 6, 1978; Die Direktwahl des Europäischen Parlaments, in: Politische Studien Nr. 226; Europawahl 1978?, in: Politische Studien Nr. 232.

Guntram von Schenck, Dr. phil., geb. 1942; Studium der Geschichte, Rechtswissenschaft und Politik in Paris, Bonn und Tübingen; seit 1971 wissenschaftlicher Referent in der SPD-Bundestagsfraktion.

Veröffentlichungen u. a.: Die Sozialistische Partei Frankreichs, in: Zeitschrift für Politik 4/1978; Terrorismus als deutsches Phänomen?, in: Neue Rundschau 1/1978; Akademiker — künftig arbeitslos oder sinnvoll beschäftigt?, in: Die Deutsche Universitäts-Zeitung 24/1977; Der griechisch-türkische Konflikt, in: Geschichte in Wissenschaft und Unterricht 10/1977; Das Hochschulrahmengesetz, Bonn 1976; Der Kampf um die Hochschulen oder Das Hochschulrahmengesetz, in: Aus Politik und Zeitgeschichte B 29/76; Westeuropa und das nördliche Mittelmeer, in: Außenpolitik, Zeitschrift für internationale Fragen, 2/75; Die peruanische „Revolution“, in: Dokumente 2/1976; Wirtschaftsdemokratie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte 4/1975; Sozialdemokraten und Liberale, in: Die Neue Gesellschaft 5/1973.

Volkmar Kallenbach, Rechtsanwalt, geb. 1949 in Offenbach/Main; Dozent an der Theodor-Heuss-Akademie der Friedrich-Naumann-Stiftung in Gummersbach; Präsident der European Federation of Liberal and Radical Youth (EFLRY).

Veröffentlichungen u. a.: Die Föderation der liberalen und demokratischen Parteien, in: Dokumente 1/1977; Gesamteuropäische Jugendarbeit als Testfall für internationale Entspannung (gemeinsam mit Berthold Meyer), in: liberal 7/1977; Radikal für Freiheit, Demokratie und Frieden (gemeinsam mit Gernot Gutsch und Berthold Meyer), in: Friedensanalysen, Für Theorie und Praxis Band 7, Frankfurt/Main 1977; Inutile Repressionen, in: critica liberale 4/1977; Materialien zur Europapolitik 2: Die europäischen Parteien, Strukturen, Personen, Programme (zusammengestellt und eingeleitet gemeinsam mit Thomas Jansen), Bonn 1977; Die liberalen Jugendverbände in Europa, in: transnational 9, Bonn 1978.



Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung,
Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn/Rhein.

Leitender Redakteur: Dr. Enno Bartels. Redaktionsmitglieder:
Paul Lang, Dr. Gerd Renken, Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstr. 61—65,
5500 Trier, Tel. 06 51/4 61 71, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 12,60 vierteljährlich (einschließlich DM 0,72 Mehrwertsteuer) bei Postzustellung;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,— zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Die Europäische Volkspartei EVP

I. Selbstverständnis

Die Europäische Volkspartei steht in der Tradition der Parteien der Christlichen Demokratie in Europa. Sie ist eine Parteienföderation, weist aber in Statut und Programm bereits darüber hinaus. Die EVP von heute ist als Phase in der Entwicklung auf eine transnationale Partei hin zu sehen. Sie versteht sich als politisches Sammelbecken zwischen den extremen Formen des Sozialismus und des Liberalismus. Sie konkurriert demnach mit den Parteien des demokratischen Sozialismus und des Liberalismus um die gemäßigten Wähler der politischen Mitte. Die politischen Kraftquellen der Europäischen Volkspartei sind:

1. die aus einem christlichen Welt- und Menschenbild abgeleiteten Grundwerte;
2. die Zielvorstellung eines handlungs- und verantwortungsfähigen Bundes europäischer Staaten, gegründet auf
 - die föderale Erfahrung in Europa,
 - die parlamentarische Demokratie,
 - den liberalen Rechtsstaat und
 - die soziale Marktwirtschaft;
3. die politische Stellung, die organisatorische, finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit ihrer Mitgliedsparteien.

1. Grundwerte

Es gibt keine christliche Politik. Die Bibel enthält kein politisches Programm. Es gibt jedoch Christen in der Politik. Es gibt sie nicht nur in den C-Parteien. Aber den C-Parteien Europas gaben sie ihr Gepräge. Die christliche Demokratie besitzt einen Bezug zur Realität dieser Welt, der den Schöpfer dieser Welt einschließt. Aus diesem Weltbild leiten sich eine Reihe von Grundpositionen ab, die ordnungspolitisch von Bedeutung sind.

Hierzu zählen insbesondere:

- eine bestimmte Vorstellung vom Menschen,

- gewisse sittliche Grundhaltungen,
- ein Realismus, der geschlossenen Denksystemen mit Ausschließlichkeitsanspruch konzeptionell keinen Entfaltungsraum läßt.

Diese Grundpositionen wirken als starker Integrationsfaktor zwischen Menschen, deren Stellung in der Gesellschaft sehr unterschiedlich und deren Konfession verschieden sein kann. Nicht eine Doktrin vereint die christlichen Demokraten, sondern eine gemeinsame Grundhaltung (Hans Maier). Dieser Integra-

INHALT

- I. Selbstverständnis
 1. Grundwerte
 2. Europaidee
 3. Mitgliedsparteien
- II. Realisierung
 1. Geschichte
 2. Programm
 3. Organisation
- III. Ausblick
 1. Koalitionsfähigkeit
 2. EDU
 3. Perspektive

tionsfaktor erfaßt auch Menschen, deren Weltbild nicht das christliche ist, weil er gemeinschaftsbildend wirkt. Denn der Zusammenschluß der Kräfte ist die Voraussetzung politischer Wirksamkeit.

a) Menschenbild

Das zeitliche Zusammentreffen tiefgreifender Veränderungen im Wertbewußtsein der Menschen unserer Zeit

— mit den Veränderungen im Parteienspektrum¹⁾, in den Mehrheitsverhältnissen²⁾ und in den Koalitionen³⁾ in Europas Staaten,

— mit den Veränderungen der strategischen Kraftfelder um Europa herum⁴⁾,

— mit der Bildung transnationaler Zusammenschlüsse der Parteien und der ersten Direktwahl einer parlamentarischen Versammlung in Europa

wirft die Frage nach der künftig in Europa vorherrschenden Gesellschaftsordnung auf⁵⁾.

Jeder politisch verfaßten Gesellschaft liegt ein Verständnis vom Menschen zugrunde. Meist ist es verschüttet. Selten tritt es in der politischen Diskussion in den Vordergrund. Von diesem, wenigstens in Umrissen bestimmbar, Menschenbild hängen die Aussagen über die Grundwerte der betreffenden Gesellschaft ab. Die Frage der Grundwerte

und damit die Frage nach dem Menschenbild⁶⁾ gewinnt wieder an Aktualität⁷⁾.

Angesichts der in der Geschichte beispiellosen Vernichtung von Menschenleben durch politische Regime in der ersten Hälfte unseres Jahrhunderts trat die Würde des Menschen — im Westen — als Ausgangspunkt und Grundwert der Staats- und Gesellschaftsordnungen der Nachkriegszeit in den Vordergrund⁸⁾.

In dem Maße, in dem diese geschichtliche Erfahrung heute verblaßt, zerfällt der Konsens über die ordnungspolitischen Ableitungen aus der Menschenwürde. Als Folge davon gibt es

⁶⁾ Zur Diskussion in der modernen Philosophie vgl. Alwin Diemer, Das Menschenbild der heutigen Philosophie, in: Bernhard Mensen (Hrsg.), Das Menschenbild unserer Zeit, Vortragsreihe der Akademie Völker und Kulturen, St. Augustin 1978. — Zur Kritik am Begriff Menschenbild vgl. Wolfgang Kluxen, in: Richard von Weizsäcker (Hrsg.), CDU Grundsatzdiskussion, Goldmann Taschenbuch, München 1977, S. 60. Der These Kluxens, die Verwendung des Begriffs „Menschenbild“ sei inopportun, weil sie geschichtliche Konkretion impliziere, kann nicht beigetreten werden, denn gerade darum geht es in der Politik. — Zur Weiterführung der Wissenschaft vom Menschen vgl. Carl Friedrich von Weizsäcker, Im Garten des Menschlichen — Beiträge zur geschichtlichen Anthropologie, München 1978. C. F. von Weizsäcker will mit diesem Werk den Ausgangspunkt einer neuen, den Gegensatz zwischen Geisteswissenschaft und Naturwissenschaft überwindenden Philosophie schaffen. — Zur Lage der Geisteswissenschaften in der Bundesrepublik vgl. Jürgen Busche, Arme Geisteswissenschaften, in: FAZ Nr. 33 vom 8. 2. 1972, S. 1.

⁷⁾ Zur Entstehungsgeschichte des Grundsatzprogramms der CDU vgl. Meinhard Ade u. a., Das Grundsatzprogramm der CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 7/79.

⁸⁾ „Wir, die Völker der Vereinten Nationen — fest entschlossen, künftige Geschlechter vor der Geißel des Krieges zu bewahren, die zweimal zu unseren Lebzeiten unsagbares Leid über die Menschheit gebracht hat, unserem Glauben an die Grundrechte des Menschen, an Würde und Wert der menschlichen Persönlichkeit ... zu bekräftigen ...“ (Präambel der Charta der Vereinten Nationen zum 24. 10. 1945; vgl. auch Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der UN v. 10. 12. 1948 und — rechtsverbindlich — die Konvention des Europarats zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten v. 4. 11. 1950); oder: „Angesichts des Trümmerfeldes, zu dem eine Staats- und Gesellschaftsordnung ohne Gott, ohne Gewissen und ohne Achtung vor der Würde des Menschen die Überlebenden des zweiten Weltkrieges geführt hat, in dem festen Entschluß, den kommenden deutschen Geschlechtern die Segnungen des Friedens, der Menschlichkeit und des Rechts dauernd zu sichern, gibt sich das Volk nachstehende demokratische Verfassung ...“ (Präambel zur Verfassung des Freistaates Bayern von 1946; dazu: Art. 100 BayVerf., Art. 1 GG).

¹⁾ Vgl. unten Ziff. I, 3.

²⁾ Wahlumfragen der Kommission der Europäischen Gemeinschaften „Eurobarometer“ lassen für die Europa-Wahl insbes. in Frankreich und in Italien Wählerverschiebungen beträchtlichen Ausmaßes erwarten (zitiert nach FAZ Nr. 25 vom 30. 1. 1979, S. 5):

Bundesrepublik: SPD: 47,5 %; CDU/CSU 41,6 %; FDP 8 %. Frankreich: PS: 39,7 % (23 %); KPF: 10,9 % (21,2 %); Gaullisten: 14 % (22,2 %); Giscardisten: 21,4 % (20 %). Italien: DC: 36 % (wie bisher); Sozialisten (PS + PSI): 23,8 % (9,6 %); KPI: 22 % (34,4 %). EG insgesamt: Sozialisten: 38,5 %; Christliche Demokraten: 22,1 %; Liberale: 9,9 %; Kommunisten: 7,5 %.

³⁾ Z. B. Ende der Christlich-Demokratischen/Sozialistischen Koalition in Belgien (Regierung Leburton 1974) und den Niederlanden (Regierung Den Uyl 1976), sowie Eintritt der CDS (Lecanuet) in die „majorite“ unter Präsident Giscard d'Estaing (1974).

⁴⁾ Strategische Bedeutung des Nahen und Mittleren Ostens für Europa; das wachsende Militärpotential des Warschauer Pakts und der davon ausgehende Druck auf Westeuropa bei zunehmenden Spannungen in Ostasien; das soziale Nord-Süd-Gefälle und das Ringen um eine neue Weltwirtschaftsordnung.

⁵⁾ Vgl. z. B. „Politische Erklärung der Sozialistischen Parteien der Europäischen Gemeinschaften“ vom 23. Juni 1978: „Wir erstreben eine neue Ordnung auf der Grundlage der Werte des demokratischen Sozialismus ... Um dies zu erreichen, müssen wir eine Änderung der Wirtschafts- und Gesellschaftsstruktur in unseren Ländern anstreben ... Nach 20 Jahren ihres Bestehens muß die Europäische Gemeinschaft in eine neue Phase eintreten, in der sich das Schwergewicht der Politik ... von der Verfolgung wirtschaftlicher Interessen auf menschliche Ziele und auf die Vertiefung der Zusammenarbeit verlagert ... Die klassischen Instrumente der Wirtschaftspolitik haben sich als unzureichend erwiesen ...“

eine Grundwertedebatte⁹⁾, die systematisch allerdings noch in den Anfängen steckt¹⁰⁾. Hinter dem Bekenntnis aller im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien zu den drei pauschalierten Grundwerten „Freiheit“, „Solidarität“ und „Gerechtigkeit“ verschwimmen die Konturen der Ausgangspositionen. Auch die bisher gezeigte Kompromißfähigkeit dieser Parteien im Gesetzgebungsverfahren läßt leicht übersehen, daß in der Grundwertedebatte bereits alle Anlagen eines Kulturkampfes stecken.

Das christliche Verständnis vom Menschen ist abzugrenzen

— gegen das Menschenbild des Individualismus, der von einem mit natürlichen Rechten ausgestatteten Individuum ausgeht, das von Aufgaben und Pflichten völlig frei seiner „Selbstverwirklichung“ lebt und dabei dem Staat in reiner Anspruchshaltung gegenübertritt¹¹⁾, und

— gegen das Menschenbild des Marxismus, der den Menschen als Gattungswesen begreift, die Strukturierung des Zusammenlebens dieser Gattung, also die Gesellschaft, als höchstes Ziel der Politik und als Notwendigkeit der Geschichte sieht¹²⁾.

In christlicher Sicht ist die Personalität des Menschen die Voraussetzung seiner gesellschaftsbezogenen Wesensanlage¹³⁾. Plakativ läßt sich sagen: Die Würde des Menschen ist

bedingt durch die dem Menschen vom Schöpfer eingestiftete Gottebenbildlichkeit. Der Mensch ist Person. Er ist einzigartig und unwiederholbar. Er ist frei, aber er muß seine Freiheit verantworten. Mit Kräften des Triebes, der Seele und der Vernunft ausgestattet, ist der Mensch auf Gemeinschaft angelegt. In der Organisation dieses Zusammenlebens entsteht Kultur.

Die Bedeutung dieser Abgrenzungen angesichts der heutigen politischen Problemstellungen hob Heiner Geißler auf dem 26. Bundesparteitag der CDU in Ludwigshafen hervor: Weil die Probleme schneller gewachsen sind als die Fähigkeit der Regierungen, sie zu lösen, „erleben wir seit einigen Jahren in Deutschland, in Europa und weltweit eine Renaissance der alten Ideologien. Dies geschieht, obwohl diese Ideologien jegliche Orientierungskraft für Gegenwart und Zukunft verloren haben. Die Erklärung unserer heutigen Konflikte und Probleme anhand der Begriffe Marxismus oder Sozialismus und Kapitalismus, im Sinne von links und rechts, von fortschrittlich und reaktionär, vom unüberwindlichen Gegensatz von Kapital und Arbeit sind untauglich, um die Gegenwart zu verstehen und die Zukunft zu gestalten. Der Marxismus schweigt auf die Frage, wie menschlicher Fortschritt künftig möglich ist. Er behauptet nur noch, daß er möglich sei, wenn die bestehenden Ordnungen beseitigt würden und *sein* System errichtet werde. Diese Behauptung ist mit Argumenten der Vernunft nicht nachprüfbar und durch die Existenz kommunistischer Zwangssysteme praktisch widerlegt. Der Kapitalismus schweigt auf die Frage nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage. Diese Theorien des Materialismus vermögen niemanden mehr zu überzeugen, man kann nur noch an sie glauben. Das Christentum ist die einzige existierende Idee, die sich auf den ganzen Menschen bezieht, ohne den Menschen zu unterwerfen. Es ist die Idee seiner angeborenen Würde als von Gott geschaffene Person. Es ist die Idee des zur Freiheit geschaffenen Menschen, der seine Freiheit verantworten muß. Es ist die Idee der Einzigartigkeit der Person, die dennoch Gemeinschaft braucht und der Gemeinschaft verpflichtet ist. Die Idee der personalen Würde, Einzigartigkeit und Verantwortlichkeit des Menschen ist die große Idee, die den Materialismus marxistischer wie kapitalistischer Art überwindet.“¹⁴⁾

⁹⁾ Vgl. Günter Gorschenek (Hrsg.), Grundwerte in Staat und Gesellschaft — Die Grundwertedebatte in der Bundesrepublik, Beck'sche Schwarze Reihe Bd. 156, München 1977.

¹⁰⁾ Gebremst wird die Grundwertedebatte im politischen Bereich durch die Scheu, in Fragen des Welt- und Menschenbildes Farbe zu bekennen. Auf sozialdemokratischer Seite würde dies angesichts der Neomarxisten in den eigenen Reihen zur Spaltung führen. Bei den C-Parteien bangt man um jene Liberale im eigenen Lager, die immer noch glauben, daß von der christlichen Seite her statt einer zuverlässigen Grundlegung der Personalität und Freiheit des Menschen deren Bedrohung zu befürchten sei. Im Ergebnis zeigt sich hier, daß die beiden antagonistischen politischen Denkschulen des 19. Jahrhunderts — Liberalismus und Marxismus — zur Sklerose des politischen Denkens in der Gegenwart entscheidend beitragen. — Zur systematischen Kritik vgl. Aufsätze von Bernhard Fraling und Albert Ziegler in: Lebendiges Zeugnis Nr. 2/1978.

¹¹⁾ Vgl. Hans Maier, Die Grundrechte des Menschen im modernen Staat, Osnabrück 1973, S. 23.

¹²⁾ Karl Marx, Frühe Schriften, 1. Band, Darmstadt 1971, S. 472. — Die individuelle Freiheit des Menschen schrumpft hier zu einer Restgröße, die dem eigentlichen Menschenzweck, der Verwirklichung des Sozialismus, nicht im Wege stehen darf.

¹³⁾ Zum christlichen Verständnis des Menschen vgl. insbes. Joseph Höffner, Christliche Gesellschaftslehre, 7. Aufl. 1978, S. 29 ff.

¹⁴⁾ Zitiert nach Meinhard Ade, Das Grundsatzprogramm der CDU, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Nr. B 7/79, S. 11. — Vgl. dazu Günter Rohrmoser, Die Antwort steht noch aus, in: Die Politische

Vor diesem Hintergrund ist die Tatsache zu sehen und zu werten, daß das Grundsatzprogramm der CDU ebenso wie das politische Programm der EVP eine Klarstellung des Menschenbildes als Ausgangspunkt wählen ¹⁵⁾.

b) Grundhaltungen

Ausgehend von dem oben skizzierten Menschenbild steht der Mensch in zwei Beziehungssystemen:

— Er besitzt die Möglichkeit der Selbstüberschreitung, da er den persönlichen Anruf Gottes zu vernehmen und in ein dialogisches Verhältnis zum Schöpfer der Welt zu treten vermag.

— In der Beziehung der Person zur Gemeinschaft steckt die Möglichkeit der Selbstüberschreitung ebenfalls. Sie kommt zum Ausdruck im Ethos des Dienens, in der Fähigkeit zu hingebender gemeinschaftsbildender Liebe.

In beiden Beziehungssystemen ist eine sittliche Leistung des Menschen gefordert. Die sittliche Leistung wird vom konkreten Menschen als Person — nicht vom abstrakten Gattungswesen „Mensch“ — und damit von der „Gesellschaft“ gefordert. Zwischen dem, was vom einzelnen in einer konkreten Situation des Zusammenlebens erwartet werden müßte, und dem, was — im Hinblick auf die Unvollkommenheit des Menschen — erwartet werden kann, liegen meist ebensolche Klüfte wie zwischen dem, was erwartet werden könnte, und dem, was geleistet bzw. verweigert wird. Den Menschen zur sittlichen Leistungsfähigkeit zu erziehen, ist ein sittlicher Auftrag, der sich unmittelbar aus dem christlichen Verständnis des Menschen als eines nicht festgelegten, zur Persönlichkeitsentwicklung fähigen Geschöpfes ergibt. Den Menschen dagegen zu unbedingt sittlicher — gar uniformer, am Grundsatz diesseitiger Gleichheit orientierter — Leistungsfähigkeit mit Mitteln des Staates zu zwingen, ist inhuman, denn auch die Staatsgewalt (auch wenn sie in Legislative, Exekutive und Jurisdiktion unterteilt ist) ist dem menschlichen Irrtum ausgesetzt. Purismus in der Politik tendiert stets zum Totalitarismus.

Aus dieser Abgrenzung ergibt sich die ordnungspolitische Nähe der christlichen Demokratie zum liberalen Rechtsstaat, zur parla-

mentarischen, d. h. pluralen Demokratie und deren ökonomischer Grundlage, der Sozialen Marktwirtschaft. — Von einem Freiheitsverständnis dagegen, das zur Freiheit von Verantwortung, zum hedonistischen Lebensgenuß und zum Anspruchsdenken tendiert, ist sie ebensoweit entfernt wie von der marxistischen Erziehungsdiktatur.

Im politischen Kampf um die ordnungspolitischen Grundlagen, der in allen Industriestaaten des freien Europa derzeit ausgetragen wird, mag hier und da das Bewußtsein verlorengegangen sein, daß es das Ethos des Dienens ist, das der Arbeit des Christen in der Politik die sittliche Rechtfertigung gibt, und daß es nicht eine Doktrin ist, die christliche Demokraten eint, sondern eine gemeinsame Grundhaltung.

c) Realitätsbezug

Wo Politik nicht in Ausführung von Doktrinen oder Ideologien entwickelt wird, wird häufig der Vorwurf des Theorie-Defizits erhoben. Dieser Vorwurf kann der christlichen Demokratie im heutigen Europa ernsthaft nicht gemacht werden. Die Freiheit von doktrinären Vorurteilen und Ideologien läßt den Blick frei für die Wirklichkeit.

Zu dieser Wirklichkeit gehört — was die Politik anlangt — in erster Linie der Mensch (vgl. I, 1 a).

Zu dieser Wirklichkeit gehört die hocharbeitsteilige, technische Zivilisation der Industriegesellschaft, in der wir leben. Die gegenseitigen Abhängigkeiten der Menschen untereinander sind viel größer als früher. Voneinander abhängig sind nicht nur alle Bürger einer Gemeinde, eines Landes oder Europas. Die Interdependenzen sind — abgestuft — weltumspannender Natur. Politik braucht daher aus diesem Grunde mehr Sachverstand denn je.

Zur Wirklichkeit gehören neue Erkenntnisse, wie das Bewußtsein um die Begrenzungen des „Raumschiffes Erde“ und die Ambivalenz der Technik. Es sind Prioritäten zu setzen. Dazu gehören Maßstäbe (Menschenbild), Mut und Einsichtsfähigkeit in das Mögliche. Die sittliche Leistungsfähigkeit des Menschen wird wieder wichtiger. Auch das ist eine erkennbare Realität ¹⁷⁾.

Zu den erkennbaren Realitäten gehört schließlich, daß weder die äußere noch die in-

Meinung Nr. 181, und Hubertus Dessoir, Das Menschenbild als Schlüssel, in: Rheinischer Merkur Nr. 51/1977, S. 10.

¹⁵⁾ Vgl. unten Ziffer II 2.

¹⁷⁾ Vgl. z. V. Aurelio Peccei, Die Qualität des Menschen — Plädoyer für einen neuen Humanismus, Stuttgart 1977, insbes. S. 163 ff.

nere Sicherheit der Staaten des freien Europa noch die wirtschaftliche Sicherheit ihrer Bürger im nationalen Alleingang erreichbar sind, ganz zu schweigen von den angedeuteten Anforderungen an eine Weltinnenpolitik. Die Gründung einer transnationalen Partei wie der EVP war somit weniger utopisch als realistisch.

Politik heißt gestalten. Zum Gestalten braucht man die Macht. Zur Macht braucht man die Mehrheit. Die Mehrheit — oder die Teilhabe an ihr — ist nur in freier Wahl zu erringen. An diesen Grundvoraussetzungen einer freiheitlichen Ordnung wollen christliche Demokraten nicht rütteln und nicht rütteln lassen. So beugen sie sich den Anforderungen der Massendemokratie auch um den Preis einer vergrößernden politischen Sprache und der Propaganda in allen ihren oft unbefriedigenden Facetten. Das gilt für die kommunale, regionale und für die europäische Ebene.

2. Europaidee

„Unsere Leitlinien für Europa: Wir, die Europäische Volkspartei — Föderation der christlich-demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft —, wollen die Einheit Europas. Es waren die christlich-demokratischen Staatsmänner Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer, welche die Grundlage für das bisher Erreichte geschaffen haben. Ihre erfolgreiche Arbeit setzten wir fort. Wir sind fest entschlossen, dieses historische Werk in ihrem Geist zu vollenden. Unser Ziel ist eine Föderation Europas, wie sie Robert Schuman am 9. Mai 1950 vorgeschlagen hat.“ (EVP-Programm, Kap. I, Satz 1 ff.)

Die Parteien der christlichen Demokratie waren nach dem Zweiten Weltkrieg die eigentlichen politischen Träger der Versöhnung mit Deutschland und der Bemühungen um die politische Einigung Europas¹⁸⁾. Dabei haben sie der einzig wirklich neuen politischen Idee im Zusammenleben nationaler Staaten zu politischer Wirksamkeit verholfen: der Konzeption schrittweiser Übertragung souveräner Rechte auf europäische Hoheitsträger (Idee der Supranationalität)¹⁹⁾.

Die EVP bekennt sich in ihrem politischen Programm zur Fortsetzung des eingeschlagenen Wegs bis zur Bildung eines europäischen Bundesstaates. Die EVP selbst ist, als institutionalisierter Prozeß in Richtung auf eine europäische Partei im eigentlichen Sinne, ein Vorgriff auf die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft.

In den Bemühungen um die politische Einigung Europas kristallisiert sich somit eine deutliche Alternative heraus:

— Der Bund der Sozialdemokratischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft legt den Akzent auf eine „neue und bessere Gesellschaftsordnung“ und auf „Sozialismus als eine dauernde Aufgabe“²⁰⁾. Daran soll auf nationaler, westeuropäischer und gesamteuropäischer²¹⁾ Ebene gearbeitet werden. Dem Bund dürfte dabei zunehmend die Rolle einer europäischen Koordinierungs- und Legitimationsinstanz²²⁾ zuwachsen.

Das politische Zentrum des demokratischen Sozialismus in Europa stünde — träte diese Entwicklung ein — dann „oberhalb“ der nationalen Regierungen und Parlamente und „außerhalb“ der Institutionen der Europäischen Gemeinschaft, mit der Folge, daß diese nicht mehr Subjekt, sondern insoweit Objekt der Politik würden.

— In der EVP überwiegt demgegenüber eine relativ konservative Haltung. Ausgehend von

Schuman suchte einen Weg zur Entkrampfung des französisch-deutschen Verhältnisses, der gleichzeitig eine Neuorientierung der französischen Außenpolitik in Richtung auf ein vereintes Europa ermöglichte. Ein Gespräch Jean Monnets mit Bernhard Clappier, Schumans Kabinettschef, Ende März 1950 ermutigte Jean Monnet, ein Papier zu entwerfen (unter Beteiligung von Pierre Uri und Etienne Hirsch), das später zum „Schumanplan“ wurde. Walter Hallsteins Verdienst liegt darin, diese Konzeption bei der Aushandlung der Gründungsverträge als erster Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und als Autor („Der unvollendete Bundesstaat“ und „Die Europäische Gemeinschaft“, 2. Aufl., Düsseldorf 1978) als europäische Teilverfassung interpretiert und in der Praxis durchgesetzt zu haben.

²⁰⁾ Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl, Ziff. I 2.

²¹⁾ Helmut Schmidt: „Es geht um die Festigung des demokratischen Sozialismus in ganz Europa! ... unsere Aufgabe ist eine Brückenfunktion ...“ (Rede auf dem Europa-Parteitag der SPD in Köln am 10. 12. 1978).

²²⁾ Zur Rechtfertigung gesellschaftspolitischer Ziele im nationalen Rahmen. Z. B. sind die Forderungen nach gerechterer Verteilung der verfügbaren Arbeit durch Arbeitszeitverkürzungen (35-Stunden-Woche) ebenso in der politischen Erklärung des Bundes vom Juni 1978 festgeschrieben worden wie die Forderung nach Investitionskontrolle.

¹⁸⁾ Vgl. unten Ziff. I 1 „Geschichte“.

¹⁹⁾ Jean Monnet, der Architekt dieser Politik, beschreibt („Memoires“, Paris 1976, S. 341 ff.) die Entstehungsgeschichte: Außenminister Robert

dem Bekenntnis zu Rechtsstaat, pluraler Demokratie und sozialer Marktwirtschaft überwiegt das Denken in Kategorien bestehender Institutionen und Ordnungen. Der europäische Bundesstaat soll organisch durch schrittweise Übertragung von Souveränitätsrechten von „unten“ aufwachsen. Die EVP sieht sich demgemäß eher als Hilfsorgan zur Verschaffung von Mehrheiten bei Wahlen denn als eigenständige Organisationsmacht auf europäischer Ebene — ungeachtet der Möglichkeiten, die sie insoweit ebenfalls besitzt.

3. Mitgliedsparteien

In der Parteienlandschaft des freien Europa lassen sich zwei Trends beobachten:

— Unter den demokratischen Parteien findet eine Konzentration der Kräfte um die drei großen Tendenzen des Sozialismus, der christlichen Demokratie und des Liberalismus statt. Die Bildung transnationaler Zusammenschlüsse hat diesen Trend verstärkt. Europa-, Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik verschmelzen dabei in einer neuen Dimension. Neben der (nationalen) Regierungspolitik gewinnt die (europäische) Parteipolitik somit zunehmend an Gewicht.

— Dabei entsteht neben den Institutionen der Europäischen Gemeinschaft²³⁾ neue, europäische Organisationsmacht. Diese stützt sich noch weitgehend auf die nationalen Partei- (und Gewerkschafts-) Organisationen. Ein festigendes Element ist der Verfassungsrang, den die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland (Art. 21 GG) und in Italien genießen. Er erlaubt — jedenfalls in der Bundesrepublik — eine Parteifinanzierung partiell aus öffentlichen Mitteln. Ansätze zur Parteifinanzierung auf europäischer Ebene sind kraft des Haushaltsrechts des Europäischen Parlaments bereits entstanden. Mit ihrer Erweiterung ist zu rechnen. So ist die politische Stellung sowie die organisatorische, finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit der Mitgliedsparteien der EVP heute noch bedeutend. Aber bereits die jüngere Organisationsgeschichte der Parteien ist vor diesem Hintergrund nur noch von marginalem Interesse.

Die Gründungsmitglieder der EVP sind:

Belgien:

Christelijke Volkspartij (CVP) — flämisch
— und Parti Social Chrétien (PSC) —
wallonisch

²³⁾ Wozu auch das direkt zu wählende Europäische Parlament gehört.

Bundesrepublik Deutschland:

Christlich Demokratische Union Deutschlands (CDU) und Christlich-Soziale Union in Bayern (CSU)

Frankreich:

Centre des Démocrates Sociaux (CDS)

Irland:

Fine Gael (FG)

Italien:

Democrazia Cristiana (DC) und
Südtiroler Volkspartei (SVP)

Luxemburg:

Christlich Soziale Volkspartei (CSV)

Niederlande:

Christen-democratisch Appél, der Zusammenschluß aus: Anti-revolutionaire partij, Christelijk Historische Unie und Katholieke Volkspartij.

In *Belgien* stellen CVP und PSC zusammen die stärkste politische Kraft im Lande dar. Sie vereinen rund 200 000 Mitglieder. Bei Parlamentswahlen liegen sie deutlich im Aufwärtstrend (1974: 32,34 %; 1977: 35,94 %; 1978: 40 %). CVP und PSC haben sich als selbständige Parteien konstituiert, um dem Streben der flämischen und wallonischen Bevölkerungsteile nach kultureller und politischer Autonomie Rechnung zu tragen. CVP und PSC verkörpern die politische Mitte mit weitem Einzugsgebiet auch links der Mitte, da den 900 000 Mitgliedern der christlichen Gewerkschaften nur 700 000 Mitglieder der sozialistischen Gewerkschaften gegenüberstehen.

In der *Bundesrepublik Deutschland* verkörpern CDU und CSU die stärkste politische Kraft (Bundestagswahlen 1972: 44,9 %; 1976: 48,6 %). Gleichwohl sieht sich die CDU/CSU durch die sozial-liberale Koalition von der Regierungsverantwortung ausgeschlossen. In keiner der parlamentarischen Demokratien Westeuropas bestehen Dauerkoalitionen gegen die stärkste Parlamentsfraktion mit diesem Verhärtungsgrad. Die Frage einer Neuordnung der Parteienlandschaft wurde dadurch zu einem Dauerthema der Innenpolitik. — Seit der Kandidatur von drei Gewerkschaftsvorsitzenden auf der Europaliste der SPD wird zudem das Prinzip der Einheitsgewerkschaft in Frage gestellt. Auf die Unionsparteien kommt daher die Frage einer Zusammenarbeit mit dem von ihnen bisher nicht unterstützten Christlichen Gewerkschaftsbund CGB zu.

Die Lage der christlichen Demokratie in Frankreich hat sich wesentlich verändert, seit der Führer des CDS, Jean Lecanuet, Fraktionsvorsitzender der UDF wurde. Mit 23,18 % (Parlamentswahl 1978) der Stimmen ist diese Sammlungsbewegung zur Unterstützung des Präsidenten Giscard d'Estaing nach der gaullistischen RPR Chiracs (1978: 26,11 %) die zweitstärkste Gruppierung innerhalb der „Majorité“. Die Demoskopie sieht das Verhältnis heute bereits umgekehrt²⁴⁾. Ob diese christlich-liberale Fraktionsgemeinschaft zu einem Parteienbündnis auf Dauer oder gar einer Parteienfusion führen wird, ist offen. Die Abschaffung der Reste einer merkantilen Wirtschaftsordnung in Frankreich durch die Regierung Raymond Barre und die Einführung einer sozialen Marktwirtschaft nach dem von der CDU/CSU in der Bundesrepublik Deutschland entwickelten Modell spricht für ein Dauerbündnis, sofern es mehrheitsfähig bleibt. Hält der politische Verfall des Gaullismus jedoch an, dürfte die ordnungspolitische Entscheidung über Frankreichs Zukunft bei den Kräften des demokratischen Sozialismus liegen.

Irland besitzt ein Drei-Parteiensystem, das keinen Vergleich mit kontinentalen Verhältnissen erlaubt. 85 % der Stimmen entfallen auf die beiden einander sehr verwandten Parteien Fianna Fail und Fine Gael; der Rest auf die irische Labour-Party. Beide Parteien gingen aus der irischen Unabhängigkeitsbewegung Sinn Féin hervor. Vielleicht überwiegt bei der Fianna Fail der nationale Akzent. Sie hat sich im Europäischen Parlament der gaullistischen Fraktion der Europäischen Fortschrittsdemokraten angeschlossen. Die Fine Gael dagegen ist der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments beigetreten und gehört zu den Gründungsmitgliedern der EVP. Beide Parteien verkörpern eine Politik der irisch-katholischen Selbstbestimmung, die an Stelle unilateraler Abhängigkeiten vom Vereinigten Königreich die Zuordnung der Grünen Insel zu einem föderierten Europa anstrebt.

Italiens Democrazia Christiana stellt dem Land seit 34 Jahren die Regierungschefs. Eine Partei, die solange in vorderster Linie Verantwortung trägt, ist gegen Verschleißerscheinungen nicht gefeit. Ihre Stärke liegt in ihrer Regenerationsfähigkeit, im hohen Organisationsgrad der Partei und in der Massenbasis (1,85 Mio. Mitglieder). Mit durchschnittlich 40 % der Wählerstimmen ist die DC auf par-

lamentarische Bündnisse oder Koalitionen angewiesen. Wegen des Verfalls der bürgerlichen Alternative der Republikaner (PRI) und der Liberalen (PLI), die bei den Wahlen 1976 zusammen nur noch 1,3 % der Stimmen erhielten, entfällt die Möglichkeit einer Mitte-Rechts-Koalition. Die Mitte-Links-Koalition der sechziger und beginnenden siebziger Jahre scheiterte insbesondere an zwei Gründen: Die erneute Spaltung des demokratischen Sozialismus in zwei Parteien (PSI und PDSI) führte zu einem Wählerrückgang auf 13 % (1976). Außerdem streben die Parteien des demokratischen Sozialismus eine Volksfront an. „Eini-germaßen sichere Prognosen über die Entwicklung des italienischen Parteiensystems in den nächsten Jahren lassen sich kaum machen.“²⁵⁾

In den Niederlanden sind zwölf Parteien im Parlament vertreten. Die doppelte Zahl pflegt sich an Parlamentswahlen zu beteiligen. Gleichwohl ist seit den letzten Wahlen (Mai 1977) eine Konzentration auf Sozialisten (PVDA: 35,6 %), christliche Demokraten (CDA: 33 %) und Liberale (VVD: 19,7 %) zu beobachten. Der Rest (11,7 %) verteilt sich auf die übrigen neun Parteien. Die VVD ist eine liberal-konservative Partei. Mehr noch als in anderen Ländern ist dadurch die politische Kraft der Mitte, der CDA (Christen demokratisch Appél), als Koalitionspartner ausschlaggebend. Bis 1977 bestand eine Mitte-Links-, seit 1977 besteht eine Mitte-Rechts-Koalition. Der CDA, heute noch eine Förderation aus drei Konfessionsparteien, wird sich 1980 als Einheitspartei konstituieren. Eine neue Politikergeneration der 40jährigen bestimmt seinen Kurs.

Auch Luxemburgs Spektrum der demokratischen Parteien zeigt die Dreiteilung in Sozialisten, christliche Demokraten und Liberale. Nach 29jähriger Regierungsverantwortung verlor die Christlich Soziale Volkspartei 1974 7 % der Stimmen. Sie blieb zwar stärkste Parlamentsfraktion (34 %), ging aber gleichwohl in die Opposition. Die sozial-liberale Koalition Luxemburgs (Sozialisten 32 %; Liberale 28 %) wird von einem Liberalen geführt.

Im Vereinigten Königreich und in Dänemark ist die Europäische Volkspartei nicht durch Gründungsmitglieder vertreten. Zwar beteiligte sich eine britische Delegation an der europäischen Zusammenarbeit christlicher Demokraten unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg. Diese Delegation bestand aus christlich

²⁴⁾ Siehe Anmerkung 2.

²⁵⁾ Herbert Maier, in: Theo Stammen, Parteien in Europa, München 1977.

orientierten Politikern der Labour-Party und den Konservativen. Als die Vertreter der Labour Party — wohl im Zusammenhang mit der Neugründung der Sozialistischen Internationale — ihre Mitarbeit einstellten, erschienen auch die Konservativen nicht mehr. Die Wiedereinbeziehung der britischen Konservativen in die Zusammenarbeit nach Englands Beitritt

II. Realisierung

1. Geschichte

Die Geschichte der EVP beginnt am 29. April 1976 in Brüssel. Zwölf Parteien konstituierten sich als Gründungsmitglieder und nahmen das Statut an. Die Vorarbeiten hatten im Rahmen der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) begonnen. In der Neufassung der EUCD-Satzung von 1973 war ein „Comité Politique“ vorgesehen, dem nur Vertreter aus Parteien der EG-Mitgliedstaaten angehörten. In diesem Gremium wurden die Vorarbeiten geleistet.

Das Comité Politique der EUCD setzte am 26. September 1975 eine ad-hoc-Arbeitsgruppe „Europäische Partei“ ein. Unter der Leitung des Vorsitzenden der belgischen CVP, Maertens, und des Vorsitzenden der CD-Fraktion im Europäischen Parlament, dem CSU-Bundestagsabgeordneten Lücker, erarbeitete diese Gruppe den Entwurf eines Statuts. Er wurde dem Comité Politique der EUCD am 22. Februar 1976 in Paris zur Beschlußfassung vorgelegt.

Die EVP ging aus der Europäischen Union Christlicher Demokraten hervor²⁶⁾. Beide

²⁶⁾ Die Europäische Union Christlicher Demokraten (EUCD) franz.: Union Européenne des Démocrates Chrétiens, UEDC) setzt sich zusammen aus

— den Christlich Demokratischen Parteien Belgiens, der Bundesrepublik Deutschland, Frankreichs, Irlands, Italiens, Luxemburgs, Maltas, der Niederlande, Österreichs, Portugals, der Schweiz und Spaniens,

— der EVP sowie den christlich demokratischen Fraktionen des Europäischen Parlaments, des Europarats, der Versammlung der Westeuropäischen Union und der Union Junger Christlicher Demokraten.

Präsident: Kai-Uwe v. Hassel, p. A.: Büro für Auswärtige Beziehungen der CDU, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1, Tel.: 0 22 21/54 41; Generalsekretariat: 107, Via del Plebiscito, I-00186 Roma, Tel.: 68.70.23/68.65.22.

zur Europäischen Gemeinschaft (1973) erwies sich trotz ordnungspolitischer Kongruenz der Parteiprogramme als undurchführbar. Sowohl in der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments als auch in der Gründungsphase der EVP stellten sich die CD-Parteien der Niederlande, Belgiens, Frankreichs und Italiens dagegen.

sind Mitglieder in der Weltunion Christlicher Demokraten²⁷⁾.

Die EUCD ist identisch mit den 1947 gebildeten Nouvelles Equipes Internationales, NEI. Erst 1965 änderten die NEI ihren Namen in Europäische Union Christlicher Demokraten.

Die NEI ging hervor aus den Gesprächen, die führende Vertreter der Christlichen Demokratie auf Vermittlung und Einladung der Christlich-Sozial-Konservativen Partei der Schweiz (heute: Christliche Volkspartei, CVP) führten. Die ersten Treffen dieser Art fanden 1946 in Montreux und in Luzern statt.

Gegen die verbreitete Auffassung, daß hier eher in westeuropäischer als in gesamteuropäischer Perspektive gedacht und gearbeitet wurde, spricht der Versuch, von vornherein einen Zusammenschluß aller Kräfte der Christlichen Demokratie in Europa zu schaffen. Am ersten Kongreß der NEI 1947 in Chaudefontaine (Belgien) nahmen Equipen²⁸⁾ aus Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, den Niederlanden, Österreich, Polen, Spanien und der Tschechoslowakei teil. Im Jahre 1948 erweiterte sich dieser Kreis um Vertreter

²⁷⁾ Die Weltunion Christlicher Demokraten (franz.: Union Mondiale Démocrate Chrétienne, UMDC) setzt sich zusammen aus

— der Europäischen Union Christlicher Demokraten (s. o.),

— der Christlich Demokratischen Organisation Amerikas (spanisch: Organización Demócrata Cristiana de América, ODCA; — Generalsekretariat: Apartado los Ruices 70382, Caracas, Venezuela),

— die Internationale Union Junger Christlicher Demokraten, Dachverband der Jugendorganisation der EVP/EUCD und der ODCA.

Präsident: Mariano Rumor;

Generalsekretariat: 107, Via del Plebiscito, I-00186 Roma, Tel.: 678.26.04.

²⁸⁾ Die Bezeichnung „Equipe“ war offizieller Brauch, um umständliche Legitimationsformalitäten zu vermeiden.

christlich-demokratischer Bewegungen Jugoslawiens, Litauens und Ungarns. Erst die Ereignisse des gleichen Jahres in der Tschechoslowakei und die sich festigende Herrschaft kommunistischer Staatsparteien in Jugoslawien, Polen und Ungarn schnürten den Kräften der Christlichen Demokratie dieser Länder die politischen Wirkungsmöglichkeiten ab. Ihre führenden Köpfe gingen nach Amerika in die Emigration. 1950 gründeten sie in New York die Union Christlicher Demokraten Zentraleuropas. Die NEI schrumpfte zu einem Bund westeuropäischer Parteien.

Über die Bedeutung dieser frühen Kontakte christlich-demokratischer Politiker für die Versöhnung zwischen Frankreich und Deutschland und für die Grundlegung einer Politik der europäischen Integration finden sich im Schrifttum²⁹⁾ nur wenige Hinweise. Bruno Dörpinghaus, Leiter des Generalsekretariats der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU 1947—1951, liefert dafür Anhaltspunkte in seiner Darstellung der „Genfer Gespräche“³⁰⁾. Die „Genfer Gespräche“ sind im Zusammenhang mit den Kontakten zu sehen, die zur Gründung der NEI führten. Zunächst handelte es sich um bilaterale Kontakte zwischen Vertretern der christlich-demokratischen Sammlungsbewegung: von Frankreichs MRP (Mouvement Republicain Populaire) und der CDU/CSU. Sie begannen im Jahre 1947. Bereits zum zweiten Treffen am 21./22. März 1948 in Genf erschienen Georges Bidault und Konrad Adenauer. Bis zum Jahre 1951 hatten bereits 16 Sitzungen stattgefunden. Behandelt wurden alle brennenden Probleme der damaligen Zeit. Allmählich wurden die Gespräche in den Rahmen der NEI überführt, der die CDU und die CSU 1948 beitraten und deren Generalsekretär, Robert Bichet, von Anfang an an den Genfer Sitzungen beteiligt war³¹⁾. An den erweiterten „Genfer Gesprächen“ im Rah-

men der NEI nahmen Vertreter der italienischen Democrazia Christiana sowie Delegierte der Parteien der Niederlande, Belgiens, Österreichs und der Schweiz teil³²⁾.

Die NEI/EUCD hielt regelmäßig europäische Kongresse ab³³⁾. Als die Gründung der EVP ins Blickfeld rückte, verlagerte sich der politische Schwerpunkt auf diese.

Versuche Luigi Stuzos, des Gründers der Partito Popolare Italiano, und Alcide de Gasparis, bereits nach dem Ersten Weltkrieg eine politische Internationale christlicher Demokraten zu bilden, schlugen fehl. Zu stark orientierte sich politisches Denken noch an nationalen Prioritäten. Zu fern standen sich noch die Christen unterschiedlicher Konfession und zu groß war noch immer der Graben, der die katholische Kirche von der bürgerlichen Republik trennte. Die Reise Don Sturzos und de Gasparis im Jahre 1929 nach München zur Bayerischen Volkspartei, nach Köln, wo Adenauer und de Gasparis sich erstmals trafen, und nach Berlin zu Gesprächen mit der Zentrumsfraktion des Reichstags blieben folgenlos.

Eine eingehende Darstellung der Frühgeschichte der christlichen Demokratie im 19. und in der 1. Hälfte des 20. Jahrhunderts fin-

²⁹⁾ Dörpinghaus, a. a. O., erwähnt von italienischer Seite: Mario Cingolani, Dr. Lina Morino, die langjährige Mitarbeiterin de Gasparis, Enrico Tosi und Paolo Emilio Taviani; von belgischer Seite: Frans van Clauwelaert, Theodor Lefèvre, Robert Houben, August de Schrijver; aus den Niederlanden: Josephus J. Gielen, Emanuel Sassen, Petrus J. S. Serrasens; aus Österreich: Ferdinand Graf, Franz Grubhofer, Eduard Heinel, Dr. Felix Hurdes, Lois Weinberger; aus der Schweiz: Dr. Josef Escher und Dr. Martin Rosenberg.

³⁰⁾ Die Kongresse:

I. Kongreß Chaudfontaine, B.	Mai 1947
II. Kongreß Luxemburg, L.	29. 1.—1. 2. 1948
III. Kongreß Den Haag, NL	17.—19. 9. 1948
IV. Kongreß Sorrent, I.	12.—14. 4. 1950
V. Kongreß Bad Ems, D.	14.—16. 9. 1951
VI. Kongreß Freiburg, Ch.	12.—14. 9. 1952
VII. Kongreß Tours, F.	4.—6. 9. 1953
VIII. Kongreß Bruges, B.	10.—11. 9. 1954
IX. Kongreß Salzburg, A.	18.—19. 9. 1955
X. Kongreß Luxemburg, L.	25.—26. 5. 1956
XI. Kongreß Arezzo, I.	24.—27. 4. 1957
XII. Kongreß Scheveningen, NL	8.—9. 5. 1958
XIII. Kongreß Freiburg i. Br., D.	28.—30. 5. 1959
XIV. Kongreß Paris, F.	22.—24. 9. 1960
XV. Kongreß Luzern, Ch.	12.—14. 10. 1961
XVI. Kongreß Wien, A.	21.—23. 6. 1962
XVII. Kongreß Taormina, I.	9.—12. 12. 1965
XVIII. Kongreß Venedig, I.	12.—15. 9. 1968
XIX. Kongreß Bonn, D.	7.—9. 11. 1973
XX. Kongreß Berlin, D.	6.—7. 6. 1978

²⁹⁾ Z. B. Arnulf Baring, Außenpolitik in Adenauers Kanzlerdemokratie, dtv. München 1971, S. 944 ff.

³⁰⁾ Bruno Dörpinghaus, Die Genfer Sitzungen — Erste Zusammenkünfte führender christlich-demokratischer Politiker im Nachkriegseuropa, in: Konrad Adenauer und seine Zeit, Stuttgart 1976.

³¹⁾ Von den Teilnehmern an den Gesprächen erwähnt Dörpinghaus von französischer Seite: George Bidault, Robert Bichet, Andre Colin, Joseph Fontanet, Albert Gortais, Victor Koutzine, François de Menthon, Jean Morin, Pierre Pflimlin, Maurice Schuman, Robert Schuman und Pierre H. Teitgen; von deutscher Seite: Konrad Adenauer, Herbert Blankenhorn, Heinrich von Brentano, Bruno Dörpinghaus, Jakob Kaiser, Johann J. Kindt-Kiefer, Otto Lenz, Josef Müller, Friedrich von Prittwitz, Fritz Schäffer, Carl Schröder, Ulrich Steiner.

det sich in den Standardwerken von Hans Maier³⁴⁾ und Michael P. Fogarty³⁵⁾.

2. Programm

Parteiprogramme sind politische Visitenkarten. Mit notariellen Urkunden haben sie wenig gemeinsam. Doch im Grad der Verbindlichkeit von Parteiprogrammen gibt es Abstufungen. Wo Politik einer Ideologie untergeordnet wird, ist die Verbindlichkeit des Programms höher als dort, wo Grundwerthaltungen und ein Realismus die Politik bestimmen, die von der Tatsache ausgeht, daß auch einem Politiker der Blick in die Zukunft verwehrt ist. Konservative Parteien halten es geradezu für ein Gebot der Redlichkeit, auf förmliche, allzu konkrete Parteiprogramme zu verzichten.

Die EVP nimmt in diesem Spektrum wiederum eine Mittelstellung ein. Sie ist durchaus programmfreudig. Dabei schöpft sie aus einem breiten Fundus der Gemeinsamkeit ihrer Gründungsmitglieder, dem gemeinsamen Selbstverständnis christlicher Demokraten und den gemeinsam errungenen Erfolgen in der Europapolitik der Nachkriegszeit. Der erste ordentliche Kongreß der EVP beriet und verabschiedete am 7./8. März 1978 in Brüssel ein politisches Programm. Der Brüsseler Wahlkongreß vom 22./23. Februar 1979 fügte noch eine Wahlplattform hinzu.

Das politische Programm der EVP formuliert diese Gemeinsamkeit und projiziert sie auf die Zukunft. Es gliedert sich in fünf Kapitel.

In den „Leitlinien für Europa“ findet sich zuerst die politische Zielbestimmung: „Einigung Europas zu einem freien, demokratischen und sozial gerechten Europa.“ Ein Katalog politischer Grundpositionen schließt sich an. Den Ausgangspunkt bildet der Abschnitt „Unser Menschenbild“. Es folgt ein Katalog der Menschenrechte und Grundfreiheiten sowie ein Abschnitt über Solidarität und Gerechtigkeit. Diese drei Abschnitte bringen den bekannten Gesamtzusammenhang zum Ausdruck, nachdem aus der Würde des Menschen nicht nur Rechte, sondern auch Verantwortlichkeiten

folgen. Für den einzelnen wird das Prinzip Solidarität umschrieben mit dem „Recht auf Mitwirkung in der Gemeinschaft“ und „der Pflicht, nach eigenen Kräften dazu beizutragen, daß die Gemeinschaft aller für den Einzelnen eintreten kann“. Aus der Sicht der Gemeinschaft heißt Solidarität: Hilfe zur Selbsthilfe (Subsidiarität) und Pflicht zur sozialen Gerechtigkeit. Hinzugefügt wird: „Die Gemeinschaft hat die Aufgabe, die Eigenverantwortlichkeit des einzelnen und der freien Organisationen soweit wie möglich zu fördern.“ Unter dieser Prämisse liest sich dann ein Satz, der den Kernsätzen sozialistischer Europrogramme sehr verwandt ist — „Die sozialen Fragen, die aus Ungleichheiten zwischen sozialen Gruppen, Regionen und Ländern entstehen, sind nur durch eine europäische Politik der Solidarität und des Wandels der Strukturen lösbar“ —, ordnungspolitisch ganz anders.

Im Abschnitt 4 der Leitlinien „Politische Demokratie“ wird die rechtliche Anerkennung und Definition der „verfassungsmäßigen Stellung“ der politischen Parteien gefordert, sowie die Zuteilung öffentlicher Mittel.

Der Abschnitt 5 der Leitlinien fordert die Erneuerung und Entfaltung der Kultur („Fundament unserer europäischen Identität“). Es geht der EVP darum, den Reichtum der europäischen Kultur „in ihrer Vielfalt und Einheit“ als Grundlage für das Zusammenwirken der europäischen Völker zu „verstehen und zu meistern“. Eine höhere Mobilität der Studenten und Professoren sowie ein intensiver Geschichts- und Sprachunterricht kann das erleichtern und ist daher förderungswürdig. Ausdrücklich unterstützt wird hier auch der Vorschlag des Tindemans-Berichtes zur Gründung einer Europäischen Stiftung als Mäzen zur Förderung des europäischen Kulturaustausches und der politischen Integration.

Die übrigen Kapitel (II bis IV) „Europa in der Welt“, „Die Politik der Europäischen Gemeinschaft“ und „Die institutionelle Dynamik der Gemeinschaft“ verraten vollends die Handschrift Leo Tindemans, des EVP-Präsidenten. In seiner Eigenschaft als belgischer Ministerpräsident hatten ihn seine Kollegen auf dem Pariser EG-Gipfel vom 10./11. Dezember 1974 ersucht, eine „Strategie des Möglichen“ zu entwickeln zur Durchführung des bereits im Oktober 1972 gefaßten Gipfelbeschlusses einer „Umwandlung der Gesamtheit der Beziehungen der EG-Mitgliedstaaten untereinander in eine Europäische Union bis zum Jahre 1980“. Der noch heute zu beobachtende Rückstand der Regierungen hinter den von ihnen

³⁴⁾ Hans Maier, *Revolution und Kirche. Zur Frühgeschichte der christlichen Demokratie*, 1959, erweiterte und aktualisierte Taschenbuchausgabe München 1975.

³⁵⁾ Michael P. Fogarty, *Christian Democracy in Western Europe 1820—1953*, London 1957; deutsch: *Christliche Demokratie in Westeuropa*, Freiburg 1959.

selbst gesetzten sachlichen und zeitlichen Zielen rechtfertigt die Instrumentierung der wichtigsten Vorschläge des Tindemans-Berichts³⁶⁾ im Parteiprogramm der EVP. Eine Darstellung in Einzelheiten würde den Rahmen dieser Arbeit sprengen.

Die Zentrierung der Programmarbeit der EVP auf die Förderierung des freien Europa und die Europawahl entspricht ihrem Gründungszweck. Diesen Akt politischer Selbstbeschränkung auszugleichen, bleibt der Europäischen Union Christlicher Demokraten (EUCD) als Aufgabe gestellt. Dennoch entsteht auch bei der Lektüre des EVP-Programms einmal mehr der Eindruck, als reiche die politische Phantasie demokratischer Politiker — auch christlich-demokratischer Politiker — westlich des Rheins und südlich der Alpen nicht aus, um sich vorzustellen, welche Wege dem deutschen Partner zusätzlich oder alternativ zur Westintegration eines — vielleicht nicht allzu fern — Tages offen stehen könnten und welche Anforderungen an die Solidarität der Demokraten, an das politische Eigengewicht und an den politischen Willen zu verantworteter Freiheit sich dann stellen.

3. Statut

Auch die Satzung vom 28. April 1976 legt die EVP auf den „Aufbau einer europäischen Föderation“ fest. Vier Teilziele sehen vor:

— die Teilnahme an den Wahlen zum Europäischen Parlament „gemäß der für die Direktwahl dieses Parlaments erlassenen Gesetze“,

— die Gewährleistung einer pluralistischen Demokratie,

— die Fortführung des Integrationsprozesses in Europa,

— die Förderung, Koordinierung und Organisation der europäischen Aktion ihrer Mitglieder.

Gerade unter dem zuletzt genannten Aspekt hat die EVP nachhaltig dazu beigetragen, die europäische Zusammenarbeit spezialisierter Teilorganisationen der christlichen Demokratie

³⁶⁾ Bericht des belgischen Premierministers Leo Tindemans an den Europäischen Rat der Staats- und Regierungschefs über die „Europäische Union“ vom Januar 1976, abgedruckt in: Europa-Archiv Jg. 1976 und in Politische Studien März/April 1976, Nr. 226.

in Europa zu strukturieren. Als Organe der EUCD/EVP³⁷⁾ sind anerkannt:

— die Europäische Union Junger Christdemokraten (EUJCD),

— die Union Christlich Demokratischer Frauen (UCDF).

— die Europäische Union Christlich Demokratischer Arbeitnehmer (EUCDA),

— die Europäische Mittelstands-Union (EMSU),

— die Europäische Kommunalpolitische Vereinigung (EKPV).

Das eigentliche Lenkungsorgan der EVP ist das Politische Büro (Artikel 7). Es ist dem Vorstand deutscher Parteien vergleichbar, besitzt aber stärkere Befugnisse. Diese Befugnisse sind begrenzt auf die Ziele der EVP, denn die Mitgliedsparteien „behalten ihren Namen, ihre Identität und ihre Aktionsfreiheit im Rahmen ihrer nationalen Verantwortlichkeiten“ (Artikel 2). Die Mitgliedsparteien sind proportional zu ihrer Stärke in der EVP-Fraktion des Europäischen Parlaments, mindestens aber durch zwei Delegierte vertreten. Hinzu kommen der Präsident, die Vizepräsidenten, der Schatzmeister, die Mitglieder des ge-

³⁷⁾ Europäische Union Junger Christdemokraten, EUJCD, (franz.: Jeunes Démocrates Chrétiens Européens, JDCE).

Präsident: Matthias Wissmann, MdB, p. A. Generalsekretariat der Jungen Union Deutschlands, Adenauerallee, 5300 Bonn 1.

Generalsekretär: Christian Koutzine (Frankreich).

Europäische Union Christlicher Demokratischer Arbeitnehmer, EUCDA (franz.: Union Européenne des Travailleurs Démocrates Chrétiens, UETDC).

Präsident: Hans Katzer, MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn 1,

oder p. A.: Lutz Esser, Adam-Stegerwald-Haus, 5330 Königswinter.

Generalsekretär: Robert de Gendt (Belgien).

Union Christlich Demokratischer Frauen, UCDF (franz.: Union des Femmes Démocrates Chrétiens, UFCDF, geründet 1974).

Präsidentin: Franca Falucci, Via del Plebiscito 107, I-00186 Roma.

Generalsekretärin für Angelegenheiten der EUCD: Luisa Raposo (Portugal).

Generalsekretärin für Angelegenheiten der EVP: Monica Barnes (Irland).

Deutsches Vorstandsmitglied: Marlene Lenz, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

Europäische Mittelstands-Union, EMSU (in Gründung).

Vorsitzender des Exekutivbüros: Dr. Christian Schwarz-Schilling, MdB, Bundeshaus, 5300 Bonn 1.

Europäische Kommunalpolitische Vereinigung, EKBV, gegründet 1978.

Präsident: Nicola Signorelli (Italien).

Generalsekretär: Dr. M. Herkenrath, Konrad-Adenauer-Haus, 5300 Bonn 1.

geschäftsführenden Vorstands der Fraktion und die Vertreter der anerkannten Vereinigungen (s. o.). Mit Rederecht nehmen ferner die Mitglieder der EG-Kommission, des EG-Ministerrats sowie der Präsident des Europäischen Parlaments teil, sofern sie einer Mitgliedspartei angehören. Auf diese Weise kann die Europapolitik der EVP in allen Organen der Europäischen Gemeinschaften koordiniert werden.

Eine politisch ausbaufähige Stellung besitzt der Präsident der EVP. Er vertritt die Partei nicht nur nach außen, sondern führt auch den Vorsitz in allen Organen der Partei (Politisches Büro, Exekutivkomitee und Kongreß) und hat ein organisationspolitisches Weisungsrecht.

Als politische Funktion verbleibt dem Kongreß die Aufgabe der Rückkoppelung der politischen Linie des Politischen Büros auf eine breitere Repräsentanz aus den Mitgliedsparteien sowie die Debatte und Beschlußfassung über Programme und Satzungsänderungen. Der Kongreß wird in dem Augenblick an Bedeutung gewinnen, in dem sich die EVP Einzelmitgliedschaften öffnet.

Die Einzelmitgliedschaften natürlicher Personen in der EVP ist nicht ausdrücklich vorgesehen. Der Beitrittsartikel (Artikel 4 Abs. c) ist jedoch so gefaßt, daß ein Beschluß des Po-

litischen Büros ausreichen würde, die EVP für Einzelmitglieder zu öffnen. Die Geschäftsordnung der EVP sieht das vor³⁸⁾.

Die EVP hat ihren Sitz in Brüssel. Ihre Mitglieder sind die bereits genannten (Ziff. I, 3) Gründungsparteien. Die EVP ist „offen für alle, die ihre politischen Grundauffassungen teilen und ihr politisches Programm in Übereinstimmung mit den Regeln des Buchstaben a) annehmen“ (Artikel 4 Abs. c). Dieser Buchstabe a) gehörte in der Gründungsphase der EVP zu den umstrittensten Vorschriften. Er lautet:

„Die Europäische Volkspartei setzt sich zusammen aus den christlich-demokratischen Parteien und Equipen, die die nachstehenden drei Voraussetzungen erfüllen:

- sie bestehen in den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft;
- sie machen sich das politische Programm der EVP zu eigen;
- sie nehmen dieses Statut an“.

Ob mit dieser Formulierung die EVP offen ist für Parteien, die nicht aus der Tradition der christlichen Demokratie hervorgegangen sind, blieb ungeklärt. Fest steht nur, daß es im Politischen Büro, das über Aufnahmeanträge zu entscheiden hat, heute für andere beitragswillige Parteien keine Mehrheit gibt.

III. Ausblick

1. Koalitionsfähigkeit

Der Trend zur Konzentration in der demokratischen Parteienlandschaft auf Sozialisten, christliche Demokraten und Liberale dürfte auch kennzeichnend sein für die künftige Zusammensetzung des Europäischen Parlaments. Die EVP wird — angesichts der liberal-konservativen Ausrichtung aller liberalen Parteien Europas außer der Bundesrepublik und der Dänemarks — im Europäischen Parlament die entscheidende Kraft der Mitte sein. Ohne oder gegen die EVP sind Mehrheiten kaum denkbar. Damit trägt die EVP die Verantwortung für die Grundausrichtung europäischer Politik, soweit sie von einem direkt gewählten Europäischen Parlament her beeinflußbar sein wird.

2. Die Europäische Demokratische Union (EDU)

Der Trend zur Konzentration in der demokratischen Parteienlandschaft auf Sozialisten,

christliche Demokraten und Liberale bringt gewisse Nachteile mit sich.

a) In Großbritannien und in Dänemark ist die politische Tendenz der EVP in anderen als in C-Parteien organisiert. Zum Teil gilt das auch für Frankreich. Die EVP ist daher in diesen Ländern entweder nicht präsent (GB, DK) oder politisch unterrepräsentiert (F). Die Lösung dieses Problems durch Beitritt der entsprechenden Kräfte zur EVP war bisher nicht möglich.

b) Konservative oder berufsständische Parteien sowie nationale Sammlungsbewegungen oder Parteien aus europäischen Staaten, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehören, finden auf europäischer Ebene keine Kooperationspartner.

³⁸⁾ Geschäftsordnung der EVP: Artikel 10: Anträge auf Einzelmitgliedschaft (Art. 4, c) werden beim Generalsekretariat eingebracht. Das Politische Büro kann aus seiner Mitte eine Ad-hoc-Kommission bestellen, die die Teilnahme der Einzelmitglieder an den Arbeiten der Partei organisiert.

c) Außereuropäische Parteien dieses Typs oder politische Bewegungen mit nichtschristlich-religiösem Hintergrund finden keine europäischen Ansprechpartner.

Die Lösung dieser Probleme war Gegenstand einer Konferenz in Kleßheim bei Salzburg/Osterreich am 24. April 1978. Auf dieser Konferenz waren Parteien aus folgenden Ländern — meist durch ihre Vorsitzenden — vertreten:

Bundesrepublik Deutschland:

CDU und CSU

Dänemark:

Konservative Folkeparti

Frankreich:

Rassemblement pour la République RPR
und Partie Républicain PR

Großbritannien:

Conservative Party

Italien:

Südtiroler Volkspartei und Trentiner
Tiroler Volkspartei

Spanien:

Union de Centro Democratio

Portugal:

Centro Democratico Social

Malta:

Partit Nazzjonalista

Osterreich:

Osterreichische Volkspartei

Schweiz:

Christliche Volkspartei

Norwegen:

Høyre Hovedorganisasjon

Schweden:

Moderata Samlingspartiet

Finnland:

Kausallinen Kokoomus und
Svenska Folkepartiet

sowie die Vorsitzenden der Europäischen Union Christlicher Demokraten und der CD-Fraktion des Europäischen Parlaments.

Als Ergebnis des Kleßheimer Treffens wurde unter der Bezeichnung „Europäische Demokratische Union (EDU)“ eine Arbeitsgemeinschaft gebildet und eine Erklärung verabschiedet. Die Erklärung legt gewisse, dem po-

litischen Programm der EVP entsprechende Grundsätze fest. Das Bekenntnis zu diesen Grundsätzen gilt als Voraussetzung einer Teilnahme an der Arbeitsgemeinschaft. Die Art der Teilnahme kann verschieden sein. Es gibt „Mitglieder“ und „Beobachter“. Diese Unterscheidung soll einerseits einen weiten politischen Einzugsbereich der EDU gewährleisten, ihr aber andererseits die Möglichkeit der Bildung kohäsiver Strukturen nicht vor-enthalten.

Die EDU sieht sich als europäisches Forum zur Beratung von Fragen, „welche ein gesamteuropäisches Interesse verkörpern“. Dazu sollen Stellungnahmen erarbeitet werden. Auch die wechselseitige Unterstützung bei der Lösung solcher Fragen auf nationaler oder transnationaler Ebene ist vorgesehen. Zu diesem Zweck werden jährliche Konferenzen durchgeführt und vier Ausschüsse gebildet. Zur Vorbereitung und Durchführung wurde eine kooperative Struktur entwickelt, bestehend aus Vorsitzendem, Exekutivsekretär, Schatzmeister und zwei Rechnungsprüfern. Zum Vorsitzenden wurde der Landesobmann der Osterreichischen Volkspartei, Dr. Josef Taus, gewählt.

Die EDU will mehr sein als nur ein Katalysator für eine bürgerliche Koalition im Europäischen Parlament. Sie sieht sich weit über diesen Rahmen hinaus als ein potentielles politisches Gegengewicht für den Fall einer Volksfrontentwicklung auf der Grundlage der Konvergenztheorie im gesamteuropäischen Rahmen.

3. Perspektiven

Das Europäische Parlament wird weniger Entscheidungen treffen als Zeichen setzen. Dabei wird die geistige Richtkraft der transnationalen Fraktionen eine Rolle spielen, die wichtiger sein könnte als ihre Fähigkeit zu pragmatischer Politik.

Die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments fällt in eine Zeit des kulturgeschichtlichen Umbruchs. Sein Zentrum ist Europa. Doch die technische Zivilisation vermittelt ihm eine weltweite Ausstrahlung³⁹⁾. Das Weltbild der naturwissenschaftlichen Frühzeit, die darauf gegründeten Philosophien und politischen Theorien des 19. Jahrhunderts versagen vor den Problemstellungen der Ge-

³⁹⁾ Vgl. Oskar Splett, Abkehr von Europa in der Dritten Welt. — Über die weltpolitische Vereinsamung unserer Zivilisation, in: FAZ vom 7. April 1975.

genwart und Zukunft. Dort wo Antworten auf die Fragestellungen unserer Zeit gesucht werden, knüpft man nicht mehr an sie an.

Drei verschiedene gedankliche Strömungen sind im Europa unserer Tage erkennbar, die über das Heute hinausweisen:

- Der pragmatische Denkansatz des Aurelio Peccei ⁴⁰⁾, seines Freundeskreises (Club of Rome) sowie ihrer Schüler und Epigonen. Letztlich münden ihre ökologischen Thesen in die Forderung auf einen neu begründeten Humanismus.
- Die moderne Naturwissenschaft überschreitet an vielen Stellen die Grenze zur Geisteswissenschaft. Die wissenschaftlichen Prämissen des Materialismus werden ebenso in Frage gestellt wie die Kausalität als durchgängiges Strukturelement dieser Welt ⁴¹⁾.

⁴⁰⁾ Aurelio Peccei, *Über die Qualität des Menschen*, Stuttgart 1977.

⁴¹⁾ Werner Heisenberg, *Der Teil und das Ganze*, München 1968; Walter Heitler, *Die Natur und das Göttliche*, Bern 1965; C. F. von Weizsäcker: *Der Garten des Menschlichen*, München 1977; Joachim

— Es zeigt sich eine neue Bereitschaft, die Botschaft der großen Weltreligionen zu verinnerlichen.

Obwohl diese Trends untereinander kaum Querverbindungen herstellen, laufen sie doch alle darauf hinaus, einer neuen Sittlichkeit das Wort zu reden. Diese Trends sind dem hedonistischen Zeitgeist, wie er heute in der Industriegesellschaft vorherrscht, gerade entgegengesetzt. Dem modernen Hedonismus haben sich heute zwar alle politischen Kräfte mehr oder weniger ergeben. Für die christliche Demokratie stellt sich in diesem Zusammenhang jedoch eine Frage ihres Selbstverständnisses. Dies gilt um so mehr, als einer der drei großen Trends aus den ureigensten Kraftquellen der christlichen Demokratie fließt ⁴²⁾.

Auch heute gilt: Politische Führung setzt geistige Führung voraus.

Illies, *Das Bild vom Menschen in der Biologie*, Freiburg 1973; Pascual Jordan, *Wie frei sind wir? Naturgesetz und Zufall*, Osnabrück 1972.

⁴²⁾ Franz-Josef Strauß, *Signale*, München 1978, S. 227 f. Gerade die dort angestellten Warnungen sind ein ernster Hinweis auf eine sittliche Tradition: die Klugheit und das Maßhalten.

Die sozialdemokratischen Parteien der EG vor den Direktwahlen

I. Einführung

In den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG) werden sich an den Direktwahlen zum Europäischen Parlament rund 60 bis 70 nationale Parteien beteiligen. Einige größere Parteien, aber auch einige kleinere werden versuchen, sich allein durchzusetzen; die meisten der größeren, aber auch einige der kleineren Parteien werden allerdings in grenzüberschreitenden Bündnissen und mit übernationalen Wahlplattformen in den Wahlkampf eintreten. Drei Parteigruppierungen haben sich jetzt herausgebildet: eine sozialistische oder sozialdemokratische¹⁾, eine christdemokratische und eine liberale.

Die sozialdemokratischen Parteien waren die ersten, die zusammenarbeiteten; sie hatten auch die geringsten Identitätsprobleme. Die Sozialistische Internationale gründete schon im Jahre 1957 ein Verbindungsbüro für ihre Mitgliedsparteien in der EG, das 1974 in den Bund der sozialdemokratischen Parteien umgewandelt wurde, um den neuen Aufgaben gerecht werden zu können. Der erste Vorsitzende des Bundes wurde Wilhelm Dröscher, Präsidiumsmitglied der SPD. Das Prinzip der Internationale war immer gewesen, daß es nur eine Mitgliedspartei je Land geben sollte. Außerhalb der Diskussion stand deshalb die Aufnahme einiger der kleinen Parteien links von der Mitte, die mit der sozialistischen Fraktion im Europäischen Parlament zusammenarbeiteten; das gleiche galt für einige kleine linkssozialistische oder sozialdemokratische Splitterparteien.

¹⁾ Künftig wird nur die Rede von sozialdemokratischen Parteien sein. Im allgemeinen, auch internationalen Sprachgebrauch wird zwar ein Unterschied zwischen „sozialistisch“ und „sozialdemokratisch“ gemacht, der Bund sozialdemokratischer Parteien setzt „sozialdemokratisch“ und „sozialistisch“ aber gleich. Er folgt dem Sprachgebrauch in jedem Lande: in Frankreich oder Italien z. B. nennt er sich „Bund sozialistischer Parteien in der EG“ oder mit anderen Worten, die SPD ist für die französischen und italienischen Sozialisten eine sozialistische Partei, umgekehrt sind Italiens und Frankreichs Sozialisten für die SPD Sozialdemokraten.

Mitgliedsparteien im Bund der sozialdemokratischen Parteien sind:

Belgien

Parti Socialiste Belge (wallonisch)
Belgische Socialistische Partij (flämisch)

Dänemark

Sozialdemokratiet

Bundesrepublik Deutschland

Sozialdemokratische Partei Deutschlands

INHALT

- I. Einführung
- II. Die sozialdemokratischen Parteien in der EG
 - 1. Belgien
 - 2. Dänemark
 - 3. Bundesrepublik Deutschland
 - 4. Frankreich
 - 5. Irland
 - 6. Luxemburg
 - 7. Niederlande
 - 8. Großbritannien
 - 9. Nordirland
 - 10. Italien
 - a) Partito Socialista Italiano
 - b) Partito Socialista Democratico Italiano
- III. Die Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der EG
 - 1. Zusammenarbeit mit Kommunisten
 - 2. Verhältnis der EG zu den USA
 - 3. Soziales oder sozialistisches Europa?
 - 4. Mediterraner oder nordischer Sozialismus?
- IV. Die Gemeinsamkeiten der sozialdemokratischen Parteien in der EG
 - 1. Verhältnis zum Kommunismus
 - 2. Verhältnis der EG zu den USA
 - 3. Entwurf einer Wahlplattform
 - 4. Die Politische Erklärung vom 23./24. Juni 1978
 - 5. Der Wahlauf Ruf vom 12. Januar 1979
- V. Perspektiven

Frankreich
Parti Socialiste

Irland
Irish Labour Party

Luxemburg
Parti Ouvrier Socialiste Luxembourgeois

Niederlande
Partij van de Arbeid

In Großbritannien gibt es aufgrund besonderer nationaler Gegebenheiten zwei Mitgliedsparteien:

Labour Party (England, Schottland, Wales)
Socialdemocratic and Labour Party (Nordirland)

In Italien sind zwei Parteien Mitglied, da sich die Sozialisten 1969 erneut gespalten haben:

Partido Socialista Italiano
Partido Socialista Democratico Italiano

Die sozialdemokratischen Parteien, die dem Verbindungsbüro angeschlossen waren, haben seit 1957 nicht weniger als neun Kongresse veranstaltet. Der letzte geht allerdings schon auf das Jahr 1973 zurück. Notwendigerweise ließ die engere Kooperation auch die unterschiedlichen Auffassungen stärker hervortreten, die das Bemühen um eine Einigung über die künftige politische Entwicklung der Gemeinschaft erschwerten. Im folgenden sollen die Parteien des Bundes der sozialdemokratischen Parteien kurz charakterisiert werden²⁾. Dabei wird mehr Gewicht auf die Parteien gelegt, die gemeinhin weniger bekannt sind; der den einzelnen Parteien gewidmete Raum ist demnach kein Indiz für die jeweilige politische Bedeutung.

II. Die sozialdemokratischen Parteien in der EG

1. Belgien

Die heutige Belgische Sozialistische Partei geht durch Umbenennung aus dem 1885 gegründeten Parti Ouvrier Belge hervor. Ursprünglich sehr radikal (Abschaffung des Kapitalismus, Vergesellschaftung der Produktionsmittel etc.), haben sich die belgischen Sozialisten nach dem Zweiten Weltkrieg einem „Harmoniemo­dell“ genähert, das mittels einer „sozialen Programmierung“ soziale Konflikte abbauen helfen sollte. Die Partnerschaft zwischen Unternehmern und Arbeiterschaft war Grundlage dieses Modells. In jüngster Zeit ist allerdings eine erneute Radikalisierung festzustellen, die von der den Sozialisten nahestehenden Gewerkschaft, dem Allgemeinen Belgischen Arbeiterbund (ABVV — FGFB), ausgeht. Die mehrfache Ablehnung der Mitbestimmung nach deutschem Muster durch die belgischen Sozialisten unterstreicht diese Tendenz.

Trotz des belgischen Sprachenstreits zwischen Flamen und Wallonen, der bei den anderen Parteien sehr schnell auch zu erheblichen ideologischen Differenzen geführt hat, konnten die belgischen Sozialisten die Einheitsstruktur ihrer Partei bis November 1978 erhalten; seitdem sind der Parti Socialiste Belge (wallonisch) und die Belgische Sozialistische Partij (flämisch) voneinander unabhängige Parteien. Ihre Bemühungen, bei der Föderalisierung Belgiens als treibende Kraft hervorzutreten, haben sich nicht ausgezahlt.

Bei den vorgezogenen Neuwahlen vom 17. Dezember 1978 verloren die Sozialisten vier Mandate und haben jetzt 58 Parlamentssitze. Nach der christlichen Volkspartei mit 82 Sitzen und vor der Liberalen Partei mit 36 Mandaten sind die belgischen Sozialisten nach wie vor die zweitstärkste Fraktion im belgischen Parlament. Insgesamt waren die Sozialisten seit 1944 neunmal an der Regierung beteiligt.

2. Dänemark

Die Sozialdemokratische Partei Dänemarks, gegründet 1871, ist seit 1884 im dänischen Parlament vertreten. Seit 1924 ist sie zudem stärkste Partei im Land. Bei den letzten Wahlen im Februar 1977 konnte sie 37,1 % der Stimmen erringen und bildet damit einen starken Block in der sehr zersplitterten dänischen Parteienlandschaft, dem oft die Regierungsmacht (auch als Minderheitsregierung) zufällt. Links von den Sozialdemokraten gibt es allein drei Parteien: die orthodox-kommunistische Partei, die schon 1930 einmal im Parlament vertreten war, aber 1960 alle Mandate wohl infolge der Ungarnkrise und der unbewältigten Probleme des Stalinismus

²⁾ Die Ausführungen basieren zum Teil auf: Alfred Jüttner und Hans-J. Liese, Taschenbuch der Europäischen Parteien und Wahlen, München 1977; Joachim Raschke (Hrsg.), Die politischen Parteien Westeuropas. Geschichte — Programme — Praxis. Ein Handbuch, rororo aktuell, Reinbek b. Hamburg 1978.

wieder verlor; die Linkssozialisten, die sich von der Sozialistischen Volkspartei abspalteten, und die Sozialistische Volkspartei. Zusammen erreichten die sozialistischen Parteien in Dänemark 1977 47,5 % der Stimmen. Gegenwärtig regiert die Sozialdemokratische Partei mit den bürgerlichen Parteien in einer inoffiziellen Mehrheitskoalition.

Früher eine marxistische Partei, ist die dänische Sozialdemokratie heute eine linke Reformpartei, die sich zu den Grundwerten Freiheit, Gleichheit und Solidarität bekennt. Die Demokratie ist aus ihrer Sicht nur gewährleistet, wenn wirtschaftliche Macht demokratisch kontrolliert wird. In der Europafrage ist die Mehrheit zwar prinzipiell für eine Mitgliedschaft in der EG, aber nur mit der Perspektive, daß die EG im Sinne des demokratischen Sozialismus ausgebaut wird. Eine nicht unerhebliche Minderheit spricht sich allerdings gegen die Mitgliedschaft Dänemarks in der EG aus. Traditionell wird die Sozialdemokratie von den Gewerkschaften unterstützt. Seit Anfang der siebziger Jahre muß sie diese Unterstützung allerdings mit den links von ihr stehenden sozialistischen Parteien teilen³⁾. Im übrigen gibt es nur wenige Doppelmitgliedschaften in Partei und Gewerkschaften.

3. Bundesrepublik Deutschland

Als Gründungsdatum der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands wird allgemein 1863 angenommen (Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein). Die SPD war bis zum Ersten Weltkrieg die größte und am besten organisierte Partei der 2. Internationale. Die großen theoretischen Auseinandersetzungen, die auch heute noch den ideologischen Kampf in den Arbeiterparteien bestimmen, sind in der SPD bis in den Ersten Weltkrieg exemplarisch ausgetragen worden. Das weiterhin große internationale Ansehen der SPD kommt nicht zuletzt darin zum Ausdruck, daß der Vorsitzende der deutschen Sozialdemokratie, Willy Brandt, auch Vorsitzender der Sozialistischen Internationalen ist. Bei den Wahlen im Oktober 1976 konnte die SPD 42,6 % der Stimmen und 214 Mandate erringen (1972: 45,8 % und 230 Mandate). Sie stellt zusammen mit der FDP seit 1969 die Bundesregierung.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stagnierte die SPD lange Zeit; erst mit Verabschiedung des Godesberger Programms 1959 begann der Durchbruch. Die SPD tritt für einen demokra-

tischen, freiheitlichen Sozialismus ein. Aus diesem Grunde grenzt sie sich scharf vom Kommunismus ab und lehnt jede Zusammenarbeit ab. Zusammenballungen wirtschaftlicher Macht, die zur politischen Macht zu werden drohen, sollen über die Mitbestimmung kontrolliert werden; die Mitbestimmung ist darüber hinaus ein Gestaltungsprinzip der Demokratie, dem ein Eigenwert zukommt. In Fortentwicklung des Godesberger Programms hat die SPD ihre politischen Zielvorstellungen im „Orientierungsrahmen '85“ festgelegt. Die deutsche Sozialdemokratie ist dezidiert proeuropäisch; es gibt in ihr keine Kräfte, die den europäischen Zusammenschluß ablehnen.

4. Frankreich

Die Sozialistische Partei Frankreichs⁴⁾ ist eine Neugründung, die 1971 in Epinay zustande kam. In der neuen Sozialistischen Partei aufgegangen war die SFIO (Section Française de l'Internationale Ouvrière), die seit ihrer Gründung 1905 den französischen Sozialismus im wesentlichen repräsentiert hatte. Die SFIO, die schon in der 4. Republik (1946 bis 1958) deutliche Zeichen des Niedergangs erkennen ließ, die sich in Mitglieder- und Wählerschwund ausdrückten, verlor nach der Machtergreifung de Gaulles 1958 immer mehr an Boden. Unfähig, die neuen, vom Gaullismus geschaffenen Tatsachen zu verarbeiten, erstarrte die SFIO zu einer toten Parteimaschinerie, die in die Geschicke Frankreichs nur noch am Rande eingreifen konnte. Den absoluten Tiefpunkt erreichte der französische Sozialismus 1969, als die beiden sozialistischen Präsidentschaftskandidaten Gaston Defferre (SFIO) und Michel Rocard (PSU) gemeinsam nur 9 Prozent der Stimmen erhielten.

Der Parteitag 1971 in Epinay, auf dem sich einige Clubs und Diskussionszirkel, die dem Sozialismus nahestanden — u. a. auch die Convention des Institutions Républicaines von François Mitterrand —, zur neuen Parti Socialiste (PS) zusammenschlossen (der Namenswechsel in Parti Socialiste statt SFIO war schon 1969 vorgenommen worden), führte zu einer grundlegenden Erneuerung und Neuorientierung des französischen Sozialismus. Entscheidend für das Gelingen der Neugründung war der Grundkonsens, mit den französischen Kommunisten (KPF) ein Bündnis einzugehen,

³⁾ Vgl. Reinhard Lund, Die dänische Gewerkschaftsbewegung von 1945 bis 1975, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9/1976, S. 551 ff.

⁴⁾ Im einzelnen: Guntram von Schenck, Die Sozialistische Partei Frankreichs, in: Zeitschrift für Politik 4/1978, S. 377 ff.

sowie ein Höchstmaß an innerparteilicher Demokratie, das alle Strömungen zur Geltung kommen ließ. Die Wahl François Mitterrands zum Vorsitzenden der neuen Partei sollte sich als besonderer Glücksfall erweisen.

Bereits 1972 hat die PS ein Bündnis mit der KPF und den Linksliberalen abgeschlossen (Linksunion), das ein „Gemeinsames Regierungsprogramm“ und eine Wahlabsprache vorsah, die angesichts des französischen Wahlrechts notwendig war. Die Zukunft der Sozialisten in diesem Bündnis blieb zunächst ungewiß, konnte doch niemand vorhersehen, ob der Wähler jetzt nicht auch die PS mit der gleichen Ablehnung strafen würde wie die KPF. Die Hoffnungen der Sozialisten wurden jedoch über ihre eigenen Erwartungen hinaus erfüllt: die PS mauserte sich bis 1977 vom Juniorpartner der KPF zur selbstbewußten stärksten Partei Frankreichs, indem sie bei den Gemeinderatswahlen im Frühjahr 1977 ca. 30 Prozent der Stimmen erhielt (KPF: 21 Prozent). Der Präsidentschaftskandidat der PS, François Mitterrand, verfehlte 1975 nur um ein halbes Prozent die absolute Mehrheit. Bei den Parlamentswahlen vom März 1978 erfüllten sich die hochgeschraubten Erwartungen für die PS jedoch nicht; gleichwohl blieb sie mit 22,78 Prozent stärkste Partei der Linken (KPF: 21,25 Prozent).

Die Ideologie der PS ist gekennzeichnet durch die Abgrenzung gegenüber dem Kommunismus einerseits und der Sozialdemokratie mitteleuropäischer oder skandinavischer Prägung andererseits. Den Kommunisten wirft die PS bürokratisches Denken und Handeln, einen völligen Mangel an innerparteilicher Demokratie und ein unzureichendes Eintreten für die bürgerlichen Freiheiten vor. Die mitteleuropäische und skandinavische Sozialdemokratie wird von der PS kritisiert, weil sie es aufgegeben habe, den Kapitalismus zu überwinden; die PS versteht sich hingegen — zumindest in der Theorie — als konsequent antikapitalistische Partei. Es genügt ihr nicht, konkrete Verbesserungen für die Arbeiterschaft zu erreichen, solange das kapitalistische System weiterexistiert.

Ideologisch macht sich die PS zum Sprecher einer Art „mediterranem Sozialismus“, der die Gegebenheiten in diesen Ländern, wo die kommunistischen Parteien ein politischer Faktor sind, berücksichtigt. Als eigener Beitrag der PS zur sozialistischen Theorie ist die Idee der Selbstverwaltung zu nennen, die die PS zu einem wesentlichen Bestandteil ihres Programms gemacht hat. Übernommen hat die PS diese Vorstellungen weitgehend von der CFDT (Confédération Française du Travail),

der zweitgrößten Gewerkschaft Frankreichs (ca. 800 000 — 900 000 Mitglieder), die den Sozialisten nahesteht. Die größte Gewerkschaft, CGT (Confédération Generale du Travail: ca. 2,5 Millionen Mitglieder), hingegen ist prokommunistisch. Die Mitbestimmung nach deutschem Vorbild wird von der PS und der CFDT strikt abgelehnt.

Die PS tritt für die Einigung Europas ein. Die Europafrage war in der Linksunion stets ein latenter Streitpunkt mit der KPF gewesen, da diese der EG — im Gegensatz zur KP Italiens und Spaniens — mit größter Reserve gegenübersteht. Der nicht unerhebliche linke Flügel der PS, der sich im CERES zusammengeschlossen hat und immerhin rund 25 Prozent der Delegierten auf den Parteitag hinter sich bringen kann, nimmt ebenfalls eine äußerst kritische Haltung gegenüber der EG ein: Er sieht in der EG nur wenig Chancen für eine Veränderung im Sinne des demokratischen Sozialismus und erblickt darin eher einen Hemmschuh für die autonome Entwicklung Frankreichs zum Sozialismus. Die kritische Einstellung des CERES gegenüber Europa ändert an der proeuropäischen Grundorientierung der PS freilich nichts; Mitterrand sieht in der europäischen Einigung die große Chance unseres zu Ende gehenden Jahrhunderts.

Die Linksunion, die die PS 1972 eingegangen war, hatte immer schon Risse gezeigt: Im Herbst 1977, als sich die PS mit der KPF und den Linksliberalen um eine Aktualisierung des „Gemeinsamen Regierungsprogramms“ zur Vorbereitung der Parlamentswahlen bemühte, erweiterten sich die Risse zum Bruch. Obwohl alle Meinungsumfragen der Linksunion einen Wahlsieg prognostizierten, konnten sich die Linksparteien nicht rechtzeitig auf ein Programm einigen und trafen jede für sich allein die Wahlvorbereitungen. In der Konsequenz hat die französische Linke im März 1978 eine Niederlage erlitten. Die Sitzverteilung von 200 Abgeordneten (PS: 104, KPF: 86, Linksradi-kale: 10) gegenüber 290 für die Rechte spiegelt den Stimmenanteil freilich nicht adäquat wider, da auf die Linke im zweiten Wahlgang immerhin 49,3 Prozent der Stimmen entfielen. Welche Auswirkungen die Niederlage für das Verhältnis zwischen französischen Sozialisten und Kommunisten auf längere Sicht haben wird, ist derzeit noch offen.

5. Irland

Die irische Labour Party ist — wie in England — als politische Organisation der Gewerkschaften entstanden. Sie konstituierte sich

1911 als „Trade Union Congress and Labour Party“. Nur nach und nach gelang es der irischen Labour Party, sich organisatorisch von den Gewerkschaften zu lösen und eine gewisse Eigenständigkeit zu erreichen. Sinnfällig kam dieser Abnabelungsprozeß 1930 in der Umbenennung in „Irish Labour Party“ zum Ausdruck. Die irische Labour Party versteht sich ideologisch als Klassenkampfpartei und ist damit im irischen Parteienspektrum die einzige Partei mit einer ideologischen Fundierung ihres Programms.

Die irische Labour Party ist die kleinste Partei im irischen Parteiensystem, das einen hohen Grad von Stabilität aufweist. Gegenwärtig koalitiert sie mit der Fine Gael (gälischer Stamm), die aus der irischen Befreiungsbewegung hervorgegangen ist. In der Opposition befindet sich die radikale Fianna Fail (Soldaten des Schicksals), die ebenfalls in der irischen Befreiungsbewegung wurzelt. Die Labour Party bildet im irischen Parlament — ähnlich wie in Deutschland die FDP — das Zünglein an der Waage. Die Fianna Fail ist deshalb bestrebt, das Wahlrecht zu ändern und statt des Verhältniswahlrechts das Mehrheitswahlrecht einzuführen, das ihr mittels einer weitgehenden Ausschaltung der Labour Party die absolute Mehrheit der Parlamentssitze bringen würde.

6. Luxemburg

Die Sozialistische Partei Luxemburgs ist im Jahre 1901 gegründet worden. Die größte Krise ihrer Geschichte machte die Partei unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg durch, als sich die Führung nicht entschließen konnte, ob sie für die Annexion des Landes durch Frankreich stimmen sollte. Außerdem hatte sich die Partei für die Umwandlung des Großherzogtums in eine Republik ausgesprochen; in einer Volksabstimmung wurde dies jedoch abgelehnt. Nur geringen Schaden hat der Partei bisher der Ausschluß rechtsstehender Mitglieder im Jahre 1970 zugefügt, die eine Sozialdemokratische Partei gründeten. Die neue Sozialdemokratische Partei konnte 1974 auf Anhieb fünf Mandate erringen; die Sozialistische Partei verlor allerdings nur einen Sitz. Die Sozialdemokraten machen einen Linksruck der Sozialistischen Partei in den sechziger Jahren für die Auseinandersetzungen verantwortlich, die zu ihrem Ausschluß geführt hätten.

Seit den Kammerwahlen von 1974 befinden sich die Sozialisten in einer Koalitionsregierung mit den Liberalen. Damit ist die Christ-

lich-Soziale Partei Luxemburgs seit fast 50 Jahren zum ersten Mal nicht mehr an der Regierung beteiligt. Seit dem Zweiten Weltkrieg hatten sich die von der Christlich-Sozialen Partei gehaltenen Kammersitze allmählich verringert, während die Sozialisten langfristig ihren Einfluß vergrößern und ausbauen konnten. Den entscheidenden Sprung machten sie Anfang der fünfziger Jahre, als sie ihre Parlamentssitze von elf auf 19 erhöhen konnten. Die Sozialistische Partei Luxemburgs ist entschieden proeuropäisch und nimmt im politischen Spektrum des Bundes sozialdemokratischer Parteien eine vermittelnde Haltung ein.

7. Niederlande

Im Jahre 1894 wurde in den Niederlanden die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet. Ihre Entwicklung verlief parallel zu den anderen Parteien der 2. Internationalen: aus der ursprünglich revolutionär-antikapitalistischen Partei wurde eine reformerische Volkspartei. Den entscheidenden Durchbruch auf diesem Wege erzielte die sozialistische Partei nach dem Zweiten Weltkrieg, als sie mit linksliberalen, linkskatholischen und linksprotestantischen Bewegungen zur Partij van de Arbeid (PvdA) fusionierte. 1970 spalteten sich konservative Mitglieder von der PvdA ab und gründeten eine neue Partei: Demokratische Sozialisten '70. Der Grund für diese Spaltung lag in dem von den konservativen Sozialisten gesehene Linkstrend in der PvdA, in der 1970 die „Neuen Linken“ die Hälfte der Parteiführung stellten.

Nach dem Zweiten Weltkrieg trugen die Sozialisten gemeinsam mit der Katholischen Volkspartei die Regierung und waren dann bis 1972 in der Opposition. Nach 1972 wurde das konfessionell-sozialistische Regierungsbündnis erneuert; nach den Wahlen vom 25. Mai 1977 scheiterte die PvdA allerdings dabei, eine neue Regierung zu bilden. Sie ist gegenwärtig wieder in der Opposition, obwohl sie die stärkste Fraktion im niederländischen Parlament stellt (seit 1971); 1967 erhielt sie 23,5 Prozent der Stimmen, 1971: 24,7 Prozent, 1972: 27,3 Prozent und 1977: 33,8 Prozent. Das niederländische Parteiensystem ist seit etwa einem Jahrzehnt in Bewegung geraten, nachdem die sogenannte „Versäulung“ des politischen Lebens (konfessionelle, liberale und sozialistische Säule) aufgebrochen war. Auch die PvdA ist natürlich von der Veränderung ihres politischen Umfeldes nicht ganz unberührt geblieben.

8. Großbritannien

Die Labour Party⁵⁾ ist aus dem Zusammenschluß der Gewerkschaften, einiger sozialistischer Verbände, insbesondere der „Fabier“, und einer Arbeiterpartei hervorgegangen. Als Gründungsdatum gilt gemeinhin das Jahr 1900, als das „Labour Representation Committee“ geschaffen wurde. Die Labour Party kann auch heute ihre Ursprünge noch nicht verleugnen: nach wie vor sind die Gewerkschaften in der Partei das bestimmende Element, obwohl sich die Partei gründlich gewandelt hat und heute rund 800 000 direkte Mitglieder hat (indirekte Mitglieder über die Gewerkschaften: rund 6 Millionen). Die Labour Party ist Partei und Interessenverband zugleich, was unmittelbar in der Tatsache zum Ausdruck kommt, daß die Gewerkschaften Labour-Kandidaten für das Unterhaus aufstellen. Einerseits gewinnt die Labour Party dadurch eine breite Basis, andererseits erweist sich diese enge Verbindung mit der Gewerkschaftsbewegung nicht selten als Hemmschuh für die Labour Party.

Von 1906 bis 1935 hat die Labour Party die Liberale Partei, aus der sie sich zu Beginn des Jahrhunderts herausgelöst hatte, im Parlament allmählich verdrängt. Das Mehrheitswahlrecht bewirkt in Großbritannien, daß die Liberale Partei trotz eines schwankenden Stimmanteils von zuletzt 10 bis 20 Prozent nur über eine kleine Anzahl von Abgeordneten im Parlament verfügt (derzeit 13 Abgeordnete bei einem Stimmanteil von ca. 20%). Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte die Labour Party die Regierung bis 1951, wurde dann bis 1964 von der Macht verdrängt, die sie, abgesehen von der Unterbrechung 1970 bis 1974, bis heute ausübt. Bei den letzten Wahlen zum Unterhaus erhielt die Labour Party 39,3 Prozent der Stimmen und 319 von 655 Mandaten. Sie regiert als Minderheitsregierung mit stillschweigender Tolerierung und Unterstützung durch die Liberalen. Die nächsten Wahlen finden in diesem Jahr statt.

Heftige innerparteiliche Auseinandersetzungen charakterisieren das Bild der Labour Party in der Öffentlichkeit. Die Mehrheit tritt für eine gemäßigte Reformpolitik ein, wogegen die linke Minderheit an die anfänglichen radikalen Forderungen der Labour Party anknüpft. Kernpunkte der Auseinandersetzungen sind das Ausmaß der Verstaatlichungen bzw. die Ausdehnung der „mixed economy“. Die kommunistische Partei Großbritanniens

⁵⁾ Dazu im einzelnen: Henry Pelling, A short history of the Labour Party, London 1976.

spielt dabei nur eine marginale Rolle, so daß es keine nennenswerten Probleme gibt. Anders jedoch ist das Aufkommen nationalistischer Parteien in Schottland und Wales zu bewerten: sie gefährden traditionelle Hochburgen der Labour Party und könnten auch das traditionelle Parteiensystem Großbritanniens verändern. Bislang hat die Labour Party noch keine Antwort auf die Herausforderung durch diese regionalistischen Strömungen gefunden.

Die weltweite Wirtschaftskrise nach dem Oilembargo 1973 ist auch an der ohnehin krisengeschüttelten britischen Wirtschaft nicht spurlos vorübergegangen. Mit dem „sozialen Kontrakt“ versucht deshalb die Labour-Regierung, die Gewerkschaften in eine Politik einzubinden, die sich eine evolutionäre Verlagerung der Einkommen zugunsten der Arbeitnehmer zum Ziel gesetzt hat. Die Struktur der britischen Gewerkschaftsbewegung macht die Durchsetzung einer solchen Politik, die die Gewerkschaften zu einer gewissen Mäßigung zwingt, jedoch äußerst schwierig. Noch ist nicht geklärt, ob es der Labour-Regierung gelingt, die Gewerkschaften — an denen die Konservativen 1970 bis 1974 gescheitert waren — in ihre Politik einzubinden. Mit dem Abklingen der akuten Wirtschaftskrise und den Möglichkeiten, die das Nordsee-Öl eröffnet, könnte die Versuchung für die Gewerkschaften, erneut kaum erfüllbare Forderungen zu stellen, übergroß werden.

Eine schwere Hypothek für die europäische Einigung ist die antieuropäische Grundhaltung der Mehrheit der Mitglieder der Labour Party. Auf Parteikongressen erhalten antieuropäische Resolutionen in der Regel Zweidrittelmehrheiten und mehr. Die Labour Party hat sich auch geweigert, an der Erstellung der Wahlplattform zu den Europawahlen des Bundes der sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien in der EG mitzuwirken. In seltener Einmütigkeit hat das britische Unterhaus überdies am 13. Dezember 1977 die Einführung eines Verhältniswahlrechts für die Direktwahlen zum Europäischen Parlament abgelehnt, mit der Folgewirkung, daß die Direktwahlen verschoben werden mußten.

9. Nordirland

Die Socialdemocratic and Labour Party, gegründet 1970, repräsentiert in Nordirland die katholische Arbeiterschicht. Sie ist die größte Oppositionspartei und vertritt eine Politik des „power sharing“, d. h. einer Regierungsbeteiligung der Katholiken in Nordirland, die von

der protestantischen Mehrheit in der Verfassungsgebenden Versammlung Nordirlands' abgelehnt wird. Dem Wahlmanifest zufolge soll die Wiedervereinigung Irlands langfristig mit friedlichen Mitteln herbeigeführt werden. Trotz Boykottdrohungen konnte sie sich in den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung 1975 behaupten. Unbedeutend neben ihr ist die „Northern Ireland Labour Party“, die der britischen Labour Party angeschlossen ist. Während diese 1975 nur ein Mandat erringen konnte, kam die Social Democratic and Labour Party auf 17 Sitze in der Verfassungsgebenden Versammlung.

10. Italien

Zwei Parteien repräsentieren den Sozialismus in Italien: der Partito Socialista Italiano (PSI) und der Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI). Der PSI spaltete sich 1947, als die Partei unter Führung von Nenni mit den Kommunisten ein Volksfrontbündnis einging, dem Saragat mit seinen Gefolgsleuten, die er in dem PSDI sammelte, nicht zustimmen wollte. 1966 unternahmen beide Parteien in der Konsequenz der Mitte-Links-Regierung, die sie beide mittrugen, den Versuch, die Spaltung in dem Partito Socialista Unitaria (PSU) zu überwinden, trennten sich aber bereits 1969 wieder, als sie bei den Wahlen 1968 feststellen mußten, daß die Wähler die Vereinigungspolitik nicht honorierten. Erwähnenswert ist eine weitere Abspaltung 1963 nach dem Eintritt des PSI in die erste Mitte-Links-Koalition: die Sozialproletarier (PSIUD), die jedoch keine nationale Bedeutung gewinnen konnten.

Der PSI ist 1882 gegründet worden. 1921 spalteten sich die Kommunisten (KPI) ab und traten der 3. Internationalen bei. 1946 bildete der PSI mit den Kommunisten eine Volksfront, ging jedoch als Verlierer aus den Wahlen von 1948 hervor: während die KPI damals 131 Parlamentssitze erringen konnte, erreichte der PSI nur 52 Mandate. Bis zur „apertura a sinistra“ (Öffnung nach links) Anfang der sechziger Jahre, die die Sozialisten in die Regierungskoalition von Democrazia Cristiana (DC) und PSDI einschloß, gelang es dem PSI nicht, sich an der Seite der ebenfalls oppositionellen KPI zu profilieren. In der Periode der Mitte-Links-Regierung bis 1975 war der PSI zu schwach, um seine Vorstellungen voll durchzusetzen; profitiert haben wiederum die Kommunisten, die als eigentliche Oppositionspartei erstmals die 30-Prozent-Hürde übersprangen.

Damit ist bereits das ganze Dilemma des PSI aufgezeigt: Weder in der Opposition noch in

der Regierung vermag sich die Partei derzeit glaubwürdig gegen die Kommunisten durchzusetzen. Eine Alternative zum „historischen Kompromiß“, den die Kommunisten den Christdemokraten anbieten, ist seit dem Scheitern der Mitte-Links-Koalition, das der PSI selbst verursacht hat, nicht in Sicht. Die große Frage der italienischen Politik, „historischer Kompromiß“ oder nicht, geht an den Sozialisten vorbei; sie werden im Falle eines „historischen Kompromisses“ weder benötigt noch gefragt. Mit 9,6 Prozent der Stimmen, die sie bei den Parlamentswahlen 1976 nur noch erreichten, wird es ihnen schwerfallen, ihr Gewicht in der italienischen Politik wieder zu vergrößern⁶⁾.

Dem PSI geht es deshalb vor allem darum, den „historischen Kompromiß“ als nicht notwendig darzustellen, um sich selbst wieder ins Spiel zu bringen. Aus diesem Grunde hatte er auch die Mitte-Links-Koalition aufgekündigt, um nicht als bloßes Anhängsel der Democrazia Cristiana dazustehen. Der PSI fordert statt des „historischen Kompromisses“ eine Notstandsregierung aller Parteien als Vorstufe für eine starke Linksregierung, in der sie dann unentbehrlich wäre. Dank der Aktivität ihres neuen Generalsekretärs, Bettino Craxi, ist seit zwei Jahren eine Aufwärtsentwicklung des PSI festzustellen, die sich in einer Steigerung ihres Stimmanteils bei den Kommunalwahlen von 9,5 auf 13,5 Prozent niederschlug. Die Zukunft wird zeigen, ob es dem PSI gelingt, seinen Platz zwischen KPI und DC auszubauen.

b) Partito Socialista Democratico Italiano (PSDI)

Der PSDI, 1948 gegründet, hat schon an vielen Regierungen des Centrisimo (1948 bis 1963) teilgenommen, der durch die faktische Alleinherrschaft der Democrazia Cristiana gekennzeichnet war. Nach deutschem Wahlrecht wäre er allerdings nur ein einziges Mal im Parlament vertreten gewesen, da er nur 1963 die Fünf-Prozent-Hürde nehmen konnte. Bei den Parlamentswahlen von 1976 erreichte er nur 3,4 Prozent. Von dem PSI unterscheidet ihn weiterhin eine antikommunistische Grundhaltung, die aber mit der Tolerierung der allmählichen faktischen Installierung des „historischen Kompromisses“ seitens der Christdemokraten nach und nach abbröckelt. Auch der PSDI konnte bisher von dem deutlichen Linkstrend in der italienischen Gesellschaft nicht profitieren.

⁶⁾ Vgl. Michael A. Ledeen, Italy in Crisis, in: The Washington Papers, Vol. V, Beverly Hills and London 1977, bes. S. 57 ff.

III. Die Unterschiede zwischen den sozialdemokratischen Parteien in der EG

Die knappe Charakterisierung der einzelnen sozialdemokratischen Parteien in der EG hat schon einige unterschiedliche Auffassungen zwischen den Parteien hervortreten lassen. Die Geschichte der Staaten der heutigen EG ist nicht ohne Einfluß auf die bisher im nationalen Rahmen operierenden Parteien geblieben. Die Industrialisierung, die zur Entstehung der Arbeiterbewegung geführt hat, hat sich nicht überall zum gleichen Zeitpunkt und nicht im gleichen Ausmaß durchgesetzt. Auch hat jedes europäische Volk im Laufe seiner Geschichte eine gewisse geistig-politische Identität entwickelt, der sich die Arbeiterparteien nicht völlig entziehen konnten. Die Rezeption des Marxismus schließlich und sein Einfluß auf die Parteien differierte sowohl zeitlich als auch inhaltlich.

1. Zusammenarbeit mit den Kommunisten

Die Zusammenarbeit mit Kommunisten ist ohne Zweifel einer der Hauptstreitpunkte unter den Parteien des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG. Während die SPD und die britische Labour Party jede Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien ablehnen, war die französische Sozialistische Partei 1972 mit der Kommunistischen Partei Frankreichs ein enges Bündnis eingegangen, das ein Wahlabkommen und ein gemeinsames Regierungsprogramm beinhaltete. Der italienische PSI tritt ebenfalls dezidiert für eine Zusammenarbeit von Kommunisten und Sozialisten ein und wird seit 1975 nicht müde, eine Regierungsbeteiligung der italienischen KP zu fordern. Die dänischen Sozialdemokraten und belgische Sozialisten sind in Abstufungen zwar nicht offen für eine Kooperation, praktizieren sie aber gelegentlich.

Für die unterschiedliche Haltung gegenüber dem Kommunismus gibt es unter anderem auch praktische Gründe. In Großbritannien, Irland und der Bundesrepublik Deutschland sind die kommunistischen Parteien eine *quantité négligeable*, die im politischen Leben der Staaten keine Rolle spielen. In Frankreich hingegen hat die kommunistische Partei seit 40 Jahren ganz selten weniger als 20 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinigen können. Die Kommunistische Partei Italiens ist die größte im Westen und konnte bei den letzten Wahlen 1976 nahezu 35 Prozent der Wählerstimmen erringen. Schon dadurch werden Tat-

sachen geschaffen, die die politische Einstellung einer Partei beeinflussen.

Es gibt auch historische Gründe, die z. B. in Frankreich und Italien eine die Zusammenarbeit bejahende, zumindest nicht grundsätzlich ausschließende Haltung der Sozialisten erklären — historische Gründe, die ihrerseits mitursächlich sind für die relative Stärke der kommunistischen Parteien in diesen Ländern. In Italien spielt die enge Zusammenarbeit aller heutigen demokratischen Parteien im Widerstand gegen den Faschismus und die deutsche Besatzung gegen Kriegsende die entscheidende Rolle: seit dieser Zeit war die KPI selbst in den düstersten Zeiten des Kalten Krieges im Bewußtsein des italienischen Volkes immer als nationale Partei anerkannt, die die Interessen des italienischen Volkes vertrat und nicht nur Vollstreckerin von Weisungen der Kommunistischen Zentrale in Moskau war.

In Frankreich geht die Zusammenarbeit mit den Kommunisten auf die Volksfront von 1936 zurück, als es den vereinten Sozialisten, Kommunisten und Radikalen (Liberale in deutschem Sprachgebrauch) gelang, den Versuch zur Errichtung eines dem deutschen oder italienischen Faschismus ähnlichen Regimes zu unterbinden. Im französischen Geschichtsbewußtsein lebt die Volksfront seither als positiver Mythos fort. In der Widerstandsbewegung gegen die deutsche Okkupation im Zweiten Weltkrieg konnte die französische KP ihr nationales Image gewaltig aufwerten. Selbst de Gaulle, wahrhaftig kein Kommunistenfreund, hat nach dem Zweiten Weltkrieg Kommunisten in sein Kabinett aufgenommen (1944—1947). Die KP Frankreichs war kurze Zeit nach dem Krieg die stärkste Partei Frankreichs und erreichte 1946 knapp 28 Prozent der Stimmen.

Ganz anders in Deutschland: Nicht zuletzt den hemmungslosen Angriffen der KPD gegen die SPD vor 1933 ist es anzulasten, daß der Faschismus in Deutschland siegen konnte. Unter Nichtachtung nationaler Interessen hatte die KPD in blindem Gehorsam gegenüber Moskau die Sozialdemokratie zum Hauptfeind erklärt und an der Zerstörung der Weimarer Republik mitgewirkt. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte sich die KPD zum Erfüllungsgehilfen der sowjetischen Besatzungsmacht und schuf auf deutschem Boden, nachdem sie die Reste der SPD der SED zwangs-

weise einverleibt hatte, einen Staat, dem die Menschen zu Millionen davonliefen. Nur Negatives, nichts Positives haftet damit dem Kommunismus im öffentlichen Bewußtsein der Bundesrepublik an; die Beziehungen der deutschen Sozialdemokratie zum Kommunismus sind geradezu traumatisch gestört.

Das britische Mehrheitswahlssystem, der anfänglich sehr geringe Einfluß des Marxismus in der britischen Arbeiterbewegung und der späte Durchbruch der Labour Party zu Lasten der Liberalen in den zwanziger Jahren dieses Jahrhunderts, also zu einem Zeitpunkt, als auf dem europäischen Kontinent die Spaltung der Arbeiterbewegung in Sozialisten und Kommunisten bereits vollzogen war, haben zusammen mit der mehr auf Ausgleich und Kompromiß ausgerichteten politischen Mentalität in Großbritannien das Entstehen einer gewichtigen kommunistischen Partei verhindert. Trotz der anhaltenden Wirtschaftskrise und den daraus resultierenden Erschütterungen des wirtschaftlichen und sozialen Gefüges wirken einige dieser Gründe weiter, so daß die britische Kommunistische Partei trotz ihres „eurokommunistischen“ Kurses auch weiterhin von der Bevölkerung kaum beachtet wird.

Neuerdings wird von den die Zusammenarbeit mit den Kommunisten bejahenden sozialistischen Parteien zur Begründung ihrer Einstellung auf Entwicklungen in den kommunistischen Parteien ihrer Länder hingewiesen, die mit dem Begriff „eurokommunistisch“ umschrieben werden. In der Tat kann man in Italien, Spanien und — in sehr viel geringerem Grade — in Frankreich eine Entwicklung in den kommunistischen Parteien feststellen, die in Richtung einer demokratischen Öffnungspolitik zu gehen scheint. Der hohe Stimmanteil der italienischen KP ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, daß sie schon in den fünfziger Jahren mit dieser Öffnungspolitik begonnen hat, die heute ihre Früchte trägt.

Obwohl diese eurokommunistische Entwicklung zweifellos interessant ist und auch von seiten der Sozialisten und Sozialdemokraten größte Aufmerksamkeit verdient, so sind doch in den Augen der deutschen Sozialdemokratie und der britischen Labour Party die Bedenken, die gegen eine Zusammenarbeit sprechen, nicht ausgeräumt. In der Bundesrepublik Deutschland entfällt zudem das Argument einer neuen Entwicklung des Kommunismus, ist doch die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) in ihrer moskautreuen Orthodoxie und Unbeweglichkeit als Partner außerhalb jeder Diskussion. Die SPD und die britische Labour Party bleiben bei ihrem Standpunkt, daß eine

Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht in Frage kommt und sich die Notwendigkeit zur Beantwortung dieser Frage auch im direkt gewählten Europäischen Parlament auf absehbare Zeit nicht stellt.

2. Das Verhältnis der EG zu den USA

Dissens besteht im Bund sozialdemokratischer Parteien auch darüber, ob die Europäische Gemeinschaft in enger Kooperation mit den Vereinigten Staaten oder gewissermaßen gegen die USA auf- und ausgebaut werden soll. In Frankreich, Belgien und Italien wird letztere Ansicht verfochten, während in Deutschland und Großbritannien an der engen Zusammenarbeit mit Nordamerika festgehalten wird. Die sozialistischen Parteien in Frankreich und Italien machen geltend, daß sich eine europäische Identität nur im Kampf gegen eine andere Macht herstellen lasse; dafür spreche die historische Erfahrung und die eigene Vision des künftigen Europa, das nicht kapitalistisch wie die USA, sondern sozialistisch sein solle.

In diesem Sinne drängen die Sozialisten in Italien und Frankreich darauf — mehr oder weniger unterstützt von den kommunistischen Parteien, mit denen sie zusammenarbeiten —, einen Bruch mit den USA zu vollziehen. Sie versuchen den Konfliktstoff anzuhäufen, dank dessen sie die anderen Parteien auf einen anti-amerikanischen Kurs herüberzuziehen hoffen. In der Vergangenheit hat Henry Kissinger ihnen so manchen Anlaß dafür gegeben, doch konnten sich die Argumente, die namentlich in Italien und Frankreich propagiert wurden, in Deutschland und Großbritannien nicht durchsetzen.

Die Bundesrepublik hält schon aus sicherheitspolitischen Erwägungen am engen Bündnis mit den USA fest, da nur durch die Präsenz der USA Berlin gehalten und die Bundesrepublik glaubhaft geschützt werden kann⁷⁾. Für Großbritannien und die Labour Party spielen neben sicherheitspolitischen Erwägungen Gründe mit, die Winston Churchill einst zum Schreiben einer Geschichte der englisch sprechenden Völker veranlaßte⁸⁾. In Deutschland und Großbritannien glaubt man zudem, daß die USA über genügend Machtmittel verfügen würden, den europäischen Integrationsprozeß zu stoppen und zurückzu-

⁷⁾ Vgl. Leitantrag des Parteivorstandes der SPD zur Europapolitik, verabschiedet auf dem Parteitag vom 15. bis 19. November 1977 in Hamburg.

⁸⁾ A history of English-speaking people, 4 Vol., London 1956—1958.

werfen, wenn die politische Führung in den Vereinigten Staaten den Eindruck haben sollte, daß in der EG eine den USA feindliche Macht im Entstehen sei.

3. Soziales oder sozialistisches Europa?

Eng mit der Frage eines proatlantischen oder nach allen Seiten — vor allem gegenüber den USA — unabhängigen Europa verknüpft ist die nach der inneren Ordnung der Europäischen Gemeinschaft. Läßt man die Labour Party mit ihrer antieuropäischen Grundhaltung einmal beiseite, gibt es zwei differierende Ansichten innerhalb des sozialdemokratischen Lagers: Die Italiener und Franzosen wünschen ein antikapitalistisches, sozialistisches Europa,⁹ in dem die Macht der Konzerne gebrochen und den sogenannten Multis mit US-amerikanischer Dominanz die Existenzmöglichkeiten entzogen werden. Nur durch die Verstaatlichung ganzer Wirtschaftsbranchen glauben sie, die Interessen der Arbeitnehmer wirksam vertreten zu können.

Demgegenüber nehmen sich die Ziele der SPD wesentlich bescheidener aus. Auf eine verkürzte Formel gebracht, geht es den deutschen Sozialdemokraten im europäischen Rahmen nicht um eine Überwindung des Kapitalismus, sondern um den Ausbau der sozialen Demokratie in Europa. Im einzelnen: eine bessere Durchschaubarkeit der gesamtgesellschaftlichen Vorgänge, verbesserte Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung und Kontrolle, den ständigen weiteren Ausbau sozialer und rechtsstaatlicher Grundsätze und eine verstärkte Ausrichtung der Tätigkeit der EG an den unmittelbaren Interessen der Bürger⁹⁾.

Beispielhaft für die unterschiedliche Konzeption sei hier nur die Mitbestimmung genannt. Während die Mitbestimmung von der deutschen Sozialdemokratie zu einem ihrer wichtigsten Ziele erhoben wurde, wird sie von den meisten der anderen sozialistischen Parteien der EG abgelehnt. Der PSI, die französische PS, die Labour Party und die belgischen Sozialisten lehnen das deutsche Modell dezidiert ab, da es ihnen auf dem Wege der Sozialpartnerschaft zu weit geht oder nach ihren Vorstellungen die Arbeitnehmer nicht „nur“ mitbestimmen, sondern „selbst“-bestimmen (autogestion) sollen. Insbesondere für die

französischen und italienischen Sozialisten steht die Mitbestimmung symbolhaft für das, was sie die Kompromißbereitschaft der deutschen Sozialdemokratie nennen, die sie, zumindest verbal, leidenschaftlich bekämpfen.

4. Mediterraner oder nordischer Sozialismus?

Von den sozialdemokratischen Parteien in der EG sind die unterschiedlichen Auffassungen selbst begrifflich als „mediterranean“ Sozialismus und „nordischer“ oder „germanischer“ Sozialismus gefaßt worden. Spätestens seit Mai 1975, als der französische Sozialistenchef François Mitterrand die Führer der sozialistischen Parteien Südeuropas in Latche (Südfrankreich) zusammenrief, gibt es innerhalb des europäischen Sozialismus ein klares Bewußtsein für die bestehenden Differenzen. In den Worten Mitterrands: „Es geht darum, wie in unseren Ländern (Südeuropa, d. Verf.) der Zusammenschluß der Massen um die Parteien entwickelt werden kann, die das Volk repräsentieren. Das stellt die Frage nach der Allianz, der Union und dem Zusammenhalt von Sozialisten und Kommunisten. Es handelt sich für uns alle um eine sozialistische Option. Das ist der neue, besondere und moderne Aspekt unserer Bemühungen.“¹⁰⁾

Es liegt auf der Hand, daß ein Beitritt Griechenlands, Spaniens und Portugals innerhalb des europäischen Sozialismus jene Kräfte verstärken würde, die eher den Vorstellungen eines „mediterranen“ Sozialismus anhängen, waren doch Mario Soares (Portugal), Felipe Gonzales (Spanien) und Andreas Papandreu (Griechenland) neben den Vertretern der belgischen und italienischen Sozialisten dem Ruf Mitterrands zu dem Treffen in Latche gefolgt. Eine gewisse Parallelität der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen sowie die Präsenz einer relativ starken kommunistischen Partei haben unter den Sozialisten Südeuropas zu Auffassungen geführt, die in einem gewissen Widerspruch zu den Vorstellungen stehen, die unter Sozialisten in Mittel- und Nordeuropa vorherrschen: hier die entschlossen sozialistischen Parteien im „armen“ Süden, dort die kompromißbereiten Sozialdemokraten im „reichen“, industrialisierten Norden¹¹⁾.

¹⁰⁾ Claude Estier, *La plume au poing*, Paris 1977, S. 306.

¹¹⁾ Vgl. auch Jean Ziegler, *Les équivoques de la Social-Démocratie*, in: *Le Monde diplomatique*, Januar 1978.

⁹⁾ Leitantrag zur Europapolitik, Parteitag der SPD, Hamburg 1977.

IV. Die Gemeinsamkeiten der sozialdemokratischen Parteien in der EG

Die Aufzählung der unterschiedlichen Zielvorstellungen und Politiken der sozialdemokratischen Parteien in der EG könnte den Eindruck entstehen lassen, als gäbe es überhaupt keine gemeinsame Basis, als sei die Union der sozialdemokratischen Parteien in der EG ein Bündnis disparater und divergierender Parteiinteressen, dem es an der notwendigen Einheitlichkeit fehlt. Dem ist aber nicht so: Die gemeinsame Tradition der demokratischen Arbeiterbewegung ist trotz der Einbettung der Parteien in die jeweilige nationale Geschichte so stark, einige Grundüberzeugungen so mächtig, daß gerade im Meinungsstreit auch der Konsens unter den Parteien deutlich wird. Wenn viele es nicht verstehen und manche darüber spotten mögen: das Band der Solidarität zwischen den sozialdemokratischen Parteien der EG hält stärksten Belastungen stand; das Einigungswerk Europas wäre ohne diese Solidarität wohl von vornherein aussichtslos.

1. Verhältnis zum Kommunismus

Die Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen Parteien der EG erweist sich nicht nur in der Abgrenzung zu anderen politischen Kräften, sondern positiv in der Vorstellung einer künftigen Gesellschaft. Gleichwohl spielt die Abgrenzung im politischen Geschäft auch auf europäischer Ebene eine selbstverständliche Rolle. Gegenüber den konservativen Kräften betonen die sozialdemokratischen Parteien in der EG, daß es notwendig sei, über das Erreichte hinauszugehen: Ein bloßes Bewahren der vorhandenen gesellschaftlichen Strukturen und Verhältnisse sei nicht geeignet, um ein größtmögliches Maß an sozialer Gerechtigkeit und konkreter Freiheit in einer Gesellschaft zu erreichen, die einem ständigen Wandel ihrer ökonomischen Grundlagen unterliegt. Insbesondere die Wirtschaftskrise nach dem Öl embargo 1973 mache eine konsequente Neuorientierung notwendig, der sich jedoch die Konservativen verschließen würden¹²⁾.

Die von einigen Parteien des Bundes sozialdemokratischer Parteien in der EG praktizierte Zusammenarbeit mit kommunistischen Parteien bedeutet nicht, daß diese Parteien der Politik der Kommunisten in ihrem Lande rück-

haltlos zustimmen würden. Wie die sozialdemokratischen Parteien, die gleich der SPD jede Zusammenarbeit mit Kommunisten strikt ablehnen, werden sie nicht müde, die ideologischen und programmatischen Linien, die sie von den Kommunisten trennen, zu markieren. Ihr Eintreten für den demokratischen Sozialismus ist unter anderem eine Absage an die kommunistische Ideologie, die zu einem menschenverachtenden dogmatischen Lehrgebäude erstarrt ist; es ist eine scharfe Verurteilung des „demokratischen Zentralismus“, der keine innerparteiliche Demokratie zuläßt, und eine kategorische Ablehnung des Einflusses, den die Moskauer Zentrale auf die kommunistischen Parteien in den einzelnen Ländern noch immer ausübt. Jüngste Entwicklungen in Richtung „Eurokommunismus“ haben die prinzipiellen Meinungsverschiedenheiten zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten keineswegs beseitigt¹³⁾.

Im übrigen stellt sich auf europäischer Ebene das Problem der Zusammenarbeit mit Kommunisten gar nicht. Die im Bund sozialdemokratischer Parteien in der EG zusammengeschlossenen Parteien werden alles daransetzen, aus den Direktwahlen als stärkste Fraktion hervorzugehen (was sie im jetzigen Europäischen Parlament auch schon sind). Das bedeutet auch auf europäischer Ebene, den kommunistischen Einfluß zurückzudrängen. Ist das Europäische Parlament direkt gewählt, stellt sich auf absehbare Zeit die Frage einer Zusammenarbeit nicht, da keine europäische Regierung zu bilden ist, die Bündnisse erforderlich machen würde. Im Europäischen Parlament wird es deshalb innerhalb der sozialdemokratischen Fraktion in der Frage einer Zusammenarbeit mit Kommunisten keine Kontroverse geben. Auf der anderen Seite besteht im Bund sozialdemokratischer Parteien in der EG Einigkeit darüber, daß nicht von vornherein bestimmte politische Gruppen im direkt gewählten Europaparlament isoliert und vom Aufbau eines demokratischen und sozialen Europas ausgeschlossen werden dürfen¹⁴⁾.

¹²⁾ Vgl. Rede des Vorsitzenden des Bundes sozialdemokratischer Parteien in der EG, Wilhelm Dröschner, in der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn am 19. Oktober 1977 (Manuskript).

¹³⁾ Vgl. Jean-Pierre Chevènement, *Les socialistes, les communistes et les autres*, Paris 1977. Chevènement ist der Sprecher des linken Flügels (CERES) der Sozialistischen Partei Frankreichs, der am entschiedensten für die Zusammenarbeit mit Kommunisten eintritt; sein Buch ist ein Beleg für die fortwährenden prinzipiellen Vorbehalte demokratischer Sozialisten gegenüber dem Kommunismus.

¹⁴⁾ Vgl. Horst Ehmke, *Kommunismus im ideologischen Westwind*, in: *Vorwärts*, 19. Januar 1978.

2. Verhältnis der EG zu den USA

In der Frage des Verhältnisses der EG zu den USA haben sich die sozialdemokratischen Parteien in der EG am 6. Juni 1977 im Entwurf einer Wahlplattform zu den Direktwahlen auf einen Kompromiß geeinigt. Einerseits wird im Entwurf der Wahlplattform an dem „essential“ der SPD festgehalten, daß sich „Europas Identitätsfindung nicht über eine Konfrontation mit den USA vollzieht“¹⁵⁾. Andererseits wird betont, daß die EG sich als eigene souveräne politische Kraft behaupten muß. Festgestellt wird auch, daß „die Beziehungen zwischen Europa und den USA ambivalent sind, weil Europa vor allem durch den demokratischen Sozialismus und die Arbeiterbewegung eine eigene Vorstellung der sozialen Demokratie und des Prinzips der sozialen Gerechtigkeit entwickelt hat. Es wäre falsch zu verschweigen“, so heißt es in dem Entwurf weiter, „daß es auch Gegensätze in den Wirtschaftsinteressen gibt“¹⁶⁾. Was erstrebt wird, ist die Zusammenarbeit auf gleichberechtigter Basis.

3. Entwurf einer Wahlplattform

Der Entwurf der Wahlplattform zu den Europawahlen, der am 6. Januar 1977 von den Parteichefs des Bundes sozialdemokratischer Parteien gebilligt worden war, dokumentiert ein hohes Maß an Übereinstimmung zwischen den sozialdemokratischen Parteien der EG. In dem Entwurf wird aufgezeigt, welche inhaltlichen Ziele angestrebt werden sollen. Er ist von dem Bewußtsein getragen, daß die einzelnen europäischen Staaten ihre Probleme nicht mehr allein, sondern nur noch im europäischen Rahmen lösen können. Realistisch wird allerdings darauf hingewiesen, daß die politische Autorität in Europa ihre Legitimität noch lange Zeit im nationalen Rahmen finden müssen. Das schrittweise Zusammenwachsen der Staaten kann — so die Überzeugung der Sozialdemokraten — nicht allein durch die Entwicklung eines einheitlichen Wirtschaftsraumes gewährleistet werden. Soll Europa eine wirkliche Gemeinschaft werden, so muß das „Europa der Arbeitnehmer, der politischen Richtungen, der Staatsbürgerrechte, der Wirtschafts- und Sozialrechte und der demokratischen Rechte“¹⁷⁾ stärker in den Vordergrund treten.

¹⁵⁾ Vorwärts Dokumentation vom 16. Juni 1977, Nr. 24, S. VI.

¹⁶⁾ ebd.

¹⁷⁾ ebd.

Der Entwurf der Wahlplattform ist in vier Teile untergliedert: Präambel, Abschnitte über „Demokratie und Institutionen“, „Wirtschafts- und Sozialpolitik“ (auf dem das Schwergewicht liegt) und „Außenpolitik“. Im institutionellen Bereich wird gefordert, daß das direkt gewählte Europaparlament mit seinen Kontrollbefugnissen an die Stelle der nationalen Parlamente treten soll, wo nationale Kompetenzen an europäische Institutionen abgegeben worden sind oder abgegeben werden. Die Übertragung neuer Befugnisse auf europäische Organe darf aber die Verwirklichung eines sozialistischen Programms auf nationaler Ebene nicht behindern. Der Kommission sollen vom Rat häufiger Exekutivbefugnisse delegiert werden; die Kommission soll im Einvernehmen mit dem Parlament vom Rat ernannt werden. Der Rat soll verpflichtet werden, über Initiativen und Stellungnahmen des Europäischen Parlaments zu beraten und ihm innerhalb einer bestimmten Frist Bericht zu erstatten. Schließlich soll die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofs erweitert und der Wirtschafts- und Sozialausschuß durch eine gerechtere Verteilung der Sitze demokratisiert werden.

Es ist für Sozialdemokraten natürlich, daß gesellschaftspolitische Forderungen und Zielvorstellungen in einer Wahlplattform im Vordergrund stehen. So gibt der Entwurf der Wahlplattform der Wiederherstellung der Vollbeschäftigung folgerichtig Priorität; denn das Recht auf Arbeit ist nach sozialdemokratischer Auffassung ein Grundrecht des Menschen. Humanes Wirtschaftswachstum, wirtschaftspolitische Strukturreformen, die eine flexible Einstellung auf technische und ökonomische Veränderungen ermöglichen, beschäftigungspolitische Maßnahmen, eine aktive Arbeitsmarktpolitik durch Hilfestellung für Arbeitnehmer, die ihre Arbeitsplätze aufgrund der wirtschaftlichen Entwicklung wechseln müssen, und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen sollen im Zusammenwirken dazu beitragen, die Arbeitslosigkeit in Europa zu überwinden. Ein gewichtiges Ziel sozialdemokratischer Politik in der EG wird es auch sein, die Inflation einzudämmen, um ihre negativen Folgen — Funktionsstörungen in Wirtschaft und Gesellschaft — abzuwenden.

Dem Entwurf der Plattform zufolge wollen die Sozialdemokraten dafür sorgen, daß künftig die Einkommen und Vermögen in Europa gerechter verteilt werden. Instrumente dieser Politik sind die Steuerpolitik, Tarifverträge, die Sparförderung und die Gewinnbeteiligung an Unternehmen. Die Wirtschaftsstruktur der

Gemeinschaft soll durch eine vorausschauende Strukturpolitik für die verschiedenen Wirtschaftszweige, durch Planungssysteme, durch die Kontrolle von marktbeherrschenden Unternehmen, durch eine wirksame und umfassende Regionalpolitik und durch die Sicherung der Energie- und Rohstoffversorgung leistungsfähiger gemacht werden. Die europäische Agrarpolitik muß in den Zusammenhang der Probleme der Welternährung gestellt werden. Sowohl im Interesse der Dritten Welt als auch im eigenen europäischen Interesse bleibt eine leistungsfähige Landwirtschaft, die einen großen Teil des gemeinschaftlichen Nahrungsmittelbedarfs deckt, ein unverzichtbarer Bestandteil der europäischen Wirtschaft.

Die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie, die der Entwurf aufstellt, bezieht ihre Rechtfertigung aus der Tatsache, daß die Marktwirtschaft nicht von sich aus zur sozialen Gerechtigkeit führt. Menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen können solange nicht verwirklicht werden, als die Arbeitnehmer nicht an der wirtschaftlichen und sozialen Planung beteiligt werden und noch keine echte Wirtschaftsdemokratie verwirklicht ist.

Den unterschiedlichen Vorstellungen der einzelnen Parteien hinsichtlich der Wirtschaftsdemokratie trägt der Entwurf dadurch Rechnung, daß er die Mitbestimmung nach deutschem Muster, die Ausdehnung der Verhandlungsbefugnis der Gewerkschaften auf alle Betriebsbereiche und die Selbstbestimmung entsprechend französischen Vorstellungen gleichberechtigt nebeneinander stellt. Mit besonderem Nachdruck tritt der Entwurf für eine Kontrolle der multinationalen Konzerne ein, die sich nicht länger der demokratischen Kontrolle der EG und den Notwendigkeiten der Wirtschaftspolitik der einzelnen Länder solten entziehen dürfen.

Es können nicht alle Punkte, die der Entwurf anspricht, gestreift werden, da er nahezu alle Politikbereiche umfaßt. Hervorzuheben ist allerdings die Bereitschaft der sozialdemokratischen Parteien, den beitrittswilligen Ländern Griechenland, Spanien und Portugal die bestmöglichen Bedingungen zu schaffen. Es muß ein Verfahren gefunden werden, das es diesen jungen Demokratien in Südeuropa gestattet, etappenweise über eine immer engere Assoziation schließlich die Vollmitgliedschaft zu erwerben. Aus sozialdemokratischer Sicht stellen auch die Beziehungen zwischen Europa und den Entwicklungsländern eine wichtige, wenn nicht sogar die wichtigste Herausforderung der nächsten Jahre dar. Eine gemeinsame fortschrittliche Position der EG-

Staaten im Dialog zwischen armen und reichen Ländern, eine Strukturplanung in der EG, die die Bedürfnisse der Entwicklungsländer berücksichtigt, und die Erhöhung der Mittel für die Entwicklungshilfe sollen dazu beitragen, die Kluft zwischen Industriestaaten und Entwicklungsländern zu verringern.

Der Entwurf der Wahlplattform war im wesentlichen eine Synthese der Vorstellungen der SPD und der französischen Sozialisten; die britische Labour Party hatte nicht daran mitgearbeitet. Nach den verlorenen Parlamentswahlen vom März 1978 distanzieren sich jedoch die Führungsgremien des Parti Socialiste (PS) von dem deutsch-französischen Kompromiß, weil sie der Agitation der KPF, die einen Rechtsruck der PS behauptete, keine Ansatzpunkte geben wollte¹⁸⁾. Damit war einer Einigung des Bundes der sozialdemokratischen Parteien in der EG auf der Basis dieses Entwurfs der Boden entzogen. Gleichwohl bleibt der Entwurf einer Wahlplattform im Prozeß der Einigung Europas ein wichtiges historisches Dokument, da es gewissermaßen den Minimalkonsens der westeuropäischen sozialdemokratischen Parteien zum Ausdruck bringt.

4. Die Politische Erklärung vom 23./24. Juni 1978

Gegenüber dem Entwurf einer Wahlplattform nimmt sich die „Politische Erklärung“, die die Vorsitzenden der sozialdemokratischen Parteien in der EG am 23./24. Juni 1978 zu den europäischen Direktwahlen abgaben, sehr viel bescheidener aus. Sie hat allerdings den Vorteil, daß sie die Zustimmung aller Parteien des Bundes — auch der britischen Labour Party — gefunden hat. Auf ihrer Grundlage haben die einzelnen sozialdemokratischen Parteien eigene Programme für die Direktwahlen ausgearbeitet, die auf die spezifischen Probleme der einzelnen Staaten eingehen¹⁹⁾. Die Politische Erklärung stellt auch gleich zu Beginn fest, daß die weitere Zusammenarbeit in Europa nur unter Achtung der eigenständigen Entwicklung der Länder und Parteien möglich ist. Eine Beschleunigung des Integrationsprozesses fordert die Politische Erklärung nicht. Im Hinblick auf die Befugnisse des direkt zu wählenden Europäischen Parlaments wird anerkannt, „daß jede weitere Übertra-

¹⁸⁾ Vgl. Le Monde vom 24. Juni 1978.

¹⁹⁾ Z. B. Programm der SPD für die erste europäische Direktwahl 1979, verabschiedet auf dem Europa-Parteitag der SPD in Köln am 10. Dezember 1978.

gung von Befugnissen von nationalen Regierungen auf Gemeinschaftsinstitutionen oder von nationalen Parlamenten auf das Europäische Parlament nur aufgrund eindeutiger Zustimmung der nationalen Regierungen und Parlamente stattfinden kann" ²⁰⁾.

Die Politische Erklärung tritt für das Recht auf Arbeit aller ein und fordert die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung. Nach zwanzigjähriger Verfolgung rein wirtschaftlicher Interessen soll die EG jetzt in eine Phase eintreten, in der menschliche Ziele im Vordergrund stehen. Aus diesem Grunde muß die wirtschaftliche und soziale Entwicklung beeinflusst werden, damit vor allem jene Gruppen, die auf dem Arbeitsmarkt mit den größten Problemen zu kämpfen haben, nämlich Jugendliche, Frauen und ausländische Arbeitnehmer, Nutzen davon haben.

Eine solche Politik kann nur — so die Überzeugung der Sozialdemokraten — in enger Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften verwirklicht werden. Die Demokratisierung der Unternehmen und der Wirtschaft soll in einer für jedes Land angemessenen Weise erfolgen; Wirtschaftskonzerne und multinationale Unternehmen sollen demokratisch kontrolliert werden. Eine Verstaatlichung bestimmter Industrien sieht die Politische Erklärung nicht vor; allein die Kernenergie-Unternehmen sollen einer öffentlichen Kontrolle unterworfen werden, um Sicherheits- und Umweltprobleme zufriedenstellend zu lösen.

Die Energiepolitik, die Politik gegenüber der Dritten Welt, die Entspannungspolitik und die Friedenssicherung bilden weitere Schwerpunkte der Politischen Erklärung. Hervorzuheben ist die nochmalige Zustimmung der sozialdemokratischen Parteien in der EG zur Erweiterung der Gemeinschaft um Griechenland, Portugal und Spanien. Hier sehen die Sozialdemokraten eine Mitverantwortung des demokratischen Europa für die Festigung der Demokratie in diesen Ländern. Die EG ist aufgerufen, den Beweis für die Solidarität mit den Arbeitnehmern in diesen Ländern zu erbringen. Die Erweiterung der Gemeinschaft soll nach der Vorstellung der Sozialdemokraten zu einer Quelle neuer Stärke und Dynamik für Europa werden. Regionale Ungleichgewichte, die durch die Erweiterung noch einmal besonders stark akzentuiert werden, sollen durch eine entsprechende Regionalpolitik ausgeglichen und der Zusammenhalt der Gemeinschaft dadurch gefördert werden.

²⁰⁾ Politik. Aktuelle Informationen der SPD, Nr. 5, Juli 1978.

5. Der Wahlaufuf vom 12. Januar 1979

Am 12. Januar 1979 hat der Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG auf seinem 10. Kongreß in Brüssel aus Anlaß der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament einstimmig einen „Aufruf an die Wähler Europas“ verabschiedet, der in 35 Thesen untergliedert ist ²¹⁾. Der Wahlaufuf nimmt die meisten Punkte der Politischen Erklärung wieder auf, betont aber den wirtschafts- und sozialpolitischen Teil etwas stärker. Es wird mit Nachdruck festgestellt, daß die Marktwirtschaft von sich aus nicht zu sozialer Gerechtigkeit führt und Vollbeschäftigung gewährleistet. Wirtschaftsdemokratie, wirtschaftliche Rahmenplanung und langfristige Strukturformen sind notwendig, um die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen und das Recht auf Arbeit für alle zu sichern. Die Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit auf 35 Stunden spielt bei der gerechten Verteilung der verfügbaren Arbeit ebenfalls eine wichtige Rolle. Jedweder Diskriminierung, insbesondere der der Frauen, wird in dem Wahlaufuf der Kampf angesagt. Der lediglich mit politischen Überzeugungen begründete Ausschluß vom Staatsdienst wird abgelehnt.

Weitere Schwerpunkte des Wahlaufufs bilden die Themen Frieden, Sicherheit und Zusammenarbeit sowie die Erweiterung und Verteidigung der Menschenrechte und bürgerlichen Freiheiten. Die Anregung der französischen Sozialisten, die den Kampf für die Verwirklichung der Menschenrechte besonders hervorheben wollten, ist bei den anderen Parteien des Bundes auf fruchtbaren Boden gefallen. Sie haben deshalb in dem Wahlaufuf erklärt, daß das Eintreten für die Menschenrechte nicht zu einem Instrument der politischen Opportunität werden darf und sie im Europäischen Parlament dafür sorgen wollen, daß die Europäische Gemeinschaft beim Kampf um die Verwirklichung der Menschenrechte überall in der Welt in vorderster Front steht. In diesem Sinne sollen unter anderem die wirtschaftlichen und sozialen Grundrechte, insbesondere das Recht auf Arbeit, im Gemeinschaftsrecht verankert werden.

Das Dokument lenkt den Blick auch auf die Staaten und Völker Europas, die außerhalb der Europäischen Gemeinschaft stehen. Die Verwendung des Begriffs „Europa“ für die Europäische Gemeinschaft, so heißt es in dem Wahlaufuf, „verstellt den Blick für die Tat-

²¹⁾ Politik. Aktuelle Informationen der SPD, Nr. 2, Januar 1979.

sache, daß die Mehrheit der europäischen Völker und Staaten nicht Teil dieser Gemeinschaft ist. Der Kampf für die Stärkung der internationalen Sozialdemokratie geht über die Grenzen der Gemeinschaft hinaus" ²²⁾. Damit wird darauf hingewiesen, daß die Festigung der EG durch die Direktwahlen und die Erweiterung der EG durch den Beitritt der Länder Portugal, Spanien und Griechenland

In dem Maße, in dem das Europäische Einigungswerk auf Parteiebene konkrete politische Aussagen erforderlich macht, die über allgemeine Absichtserklärungen hinausgehen, gibt es auch einen Zwang zur Annäherung und Vereinheitlichung divergierender Meinungen der Parteien. Die Direktwahlen zum Europäischen Parlament üben einen solchen heilsamen Druck auf die Parteien aus. Die notwendigen Vorbereitungen zu den Direktwahlen machen eine über das Unverbindliche hinausgehende gemeinsame Programmatik unabweisbar. Noch kann es sich bei allen Parteien auf europäischer Ebene — auch beim Bund sozialdemokratischer Parteien in der EG — nur um einen Minimalkonsens handeln, da sie zunächst einmal von den Vorstellungen ausgehen, die sie im nationalen Rahmen entwickelt haben. Es bleibt abzuwarten und zu hoffen, daß der europäische Gedanke eine Dynamik entfaltet, aus der heraus die Konzeptionen der Parteien ihrerseits Anregungen und Impulse erhalten. Erst dann wird man auch im parteipolitischen Sinne von einer Dynamik der Einheit sprechen können.

²²⁾ These 32 des Wahlaufrufs.

für die sozialdemokratischen Parteien der neun Mitgliedstaaten nicht bedeutet, daß die EG sich insbesondere gegenüber Mittel- und Osteuropa abkapselt oder dazu beiträgt, daß sich der Graben zwischen West- und Osteuropa vertieft. Der Bund der sozialdemokratischen Parteien bekräftigt vielmehr die Mitverantwortung der EG auch für den Teil Europas, der nicht zur EG gehört.

V. Perspektiven

An die Direktwahlen werden große Hoffnungen für den europäischen Einigungsprozeß geknüpft. Diese Hoffnungen könnten dann realisiert werden, wenn die führenden Männer der Parteien dem Europäischen Parlament angehören würden und durch ihr persönliches Engagement aus dem Europäischen Parlament, das auf absehbare Zeit keine entscheidenden Kompetenzen haben wird, eine Institution machen, die auf die nationalen Parteien ausstrahlt. Nach den jetzt vorliegenden Informationen scheint dieser Erwartung weitgehend Rechnung getragen worden zu sein. Man darf freilich den Einfluß, der vom direkt gewählten Europaparlament auf die nationalen Parteien ausgehen kann, nicht überschätzen. Er kann vielleicht eine Zeitlang dazu beitragen, unterschiedliche wirtschaftliche und soziale Entwicklungen in den einzelnen Ländern zu überbrücken. Gegen derartige, heute schon erkennbare Fehlentwicklungen wären die Parteien aber auf Dauer machtlos. Hier vermag nur eine Politik der Solidarität — auch im Hinblick auf die neuen Beitrittskandidaten — Abhilfe zu schaffen ¹⁸⁾.

²³⁾ Vgl. Leitantrag zur Europapolitik, SPD-Parteitag Hamburg 1977.

Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten

Die „Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft“ wurde am 26./27. März 1976 in Stuttgart gegründet. An dem Stuttgarter Gründungskongreß nahmen 14 Parteien aus acht Ländern der Gemeinschaft teil, die neben einer Satzung und Geschäftsordnung der Föderation mit der „Stuttgarter Erklärung“ eine politische Grundsatzerklärung verabschiedeten, die die Ziele liberaler Politik für eine Europäische Union definiert. Die Stuttgarter Erklärung bildete auch die Grundlage der anlaufenden weiteren programmatischen Arbeit der Föderation. Für diese Arbeit wurde bereits in Stuttgart die Einrichtung von Arbeitsgruppen zu bestimmten Politikbereichen beschlossen.

Die Liberale Fraktion im Europäischen Parlament, die bisher „Fraktion der Liberalen und Nahestehenden“ hieß, benannte sich in „Liberales und Demokratische Fraktion“ um, um auch nach außen hin zu dokumentieren, daß sie sich seither als parlamentarische Vertretung der Föderation versteht.

Bis zum ersten Kongreß der Föderation, der vom 5. bis 7. November 1977 in Den Haag stattfand, erklärten auch diejenigen Parteien ihren Beitritt zur Föderation, die diesen Schritt aufgrund ihrer noch nicht abgeschlossenen innerparteilichen Willensbildung in Stuttgart noch nicht vollzogen hatten. Damit setzte sich die Föderation aus folgenden 14 Mitgliedsparteien zusammen:

Partij voor Vrijheid en Vooruitgang, PVV	Belgien
Parti de la Liberté et de Progres, PLP ¹⁾	Belgien
Parti Libéral, PL	Belgien
Venstres Landorganisation, V	Dänemark
Det Radikale Venstres Landsforbund, RV ²⁾	Dänemark

¹⁾ Inzwischen umbenannt in „Parti des Reformes et de la Liberté de Wallonie“ PRLW.

²⁾ Seit September 1977 aus der Föderation ausgeschieden.

Freie Demokratische Partei, F.D.P.	Bundesrepublik Deutschland
Federation Nationale des Republicains Independants ³⁾ , FNRI	Frankreich
Parti Radical Socialiste, PRS	Frankreich
Mouvement des Radicaux de Gauche, MRG ⁴⁾	Frankreich
Liberal Party Organisation, LPO	Großbritannien
Partito Repubblicano Italiano, PRI	Italien
Partito Liberale Italiano, PLI	Italien
Parti Démocratique, PD	Luxemburg
Volkspartij voor Vrijheid en Democratie, VVD	Niederlande

Neben den Parteien erhielten auch die liberalen Jugendverbände der EG (Liberal and Radical Youth Movement of the European Community LYMEC) auf dem Kongreß und im Exekutivkomitee Sitz und Stimmrecht.

In Den Haag wurden satzungsgemäß Präsident und Exekutivkomitee der Föderation gewählt. Präsident wurde der luxemburgische Ministerpräsident Gaston Thorn, Vizepräsidenten Hans-Dietrich Genscher (F. D. P.) und Hans de Koster (VVD). Im Mittelpunkt der programmatischen Arbeit des Kongresses stand die Diskussion der Zwischenergebnisse, die von den einzelnen Arbeitsgruppen zur Vorbereitung des Wahlprogramms vorgelegt worden waren.

Bis Ende März 1977 schloß die inzwischen eingerichtete zentrale Programmkommission unter der Leitung von Martin Bangemann (F. D. P.) ihre Arbeit ab und legte einen ausführlichen Programmwurf vor. Dieser Programmwurf wurde nach seiner Billigung durch das Exekutivkomitee im April 1977 an alle Mitgliedsparteien versandt. Gleichzeitig wurde entschieden, im Wahlkampf bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament un-

³⁾ Inzwischen umbenannt in Parti Republicain, PR.
⁴⁾ 1978 aus der Föderation ausgeschieden.

ter dem Signum „ELD — Europäische Liberale Demokraten“ anzutreten.

Vom 18. bis 20. November 1977 fand in Brüssel der zweite Kongreß der Föderation statt, auf dem nach umfangreichen Beratungen das Wahlprogramm für die Direktwahl ohne Gegenstimmen bei Stimmenthaltung der liberalen Jugendverbände verabschiedet wurde. Hierbei standen allerdings nur die Thesen des Programmentwurfs zur Abstimmung, während die Diskussion der Präambel und der Erläute-

rungen zu den Thesen zunächst zurückgestellt wurde.

Der dritte ELD-Kongreß wurde vom 1. bis 3. Dezember 1978 in London durchgeführt und beschäftigte sich vor allem mit der zweiten Erweiterung der Europäischen Gemeinschaft, dem Europäischen Währungssystem und der Transportpolitik. Bei den Wahlen zum Exekutivkomitee wurde Gaston Thorn mit überwältigender Mehrheit in seinem Amt als Präsident der Föderation bestätigt.

I. Entstehungsgeschichte der Föderation

Mit der Gründung der Föderation der liberalen und demokratischen Parteien der EG im März 1976 war den Liberalen als erster politischer Kraft das Kunststück gelungen, eine europäische Parteienföderation ins Leben zu rufen. Dies ist schon deshalb bemerkenswert, weil die ideologischen Voraussetzungen für eine internationale Zusammenarbeit der Liberalen bisher verhältnismäßig ungünstig waren. Auch von ihrer schwach entwickelten Organisationsstruktur her waren die liberalen Parteien in der Vergangenheit kaum in der Lage oder interessiert, in die internationale Zusammenarbeit viel Energie zu investieren.

Die politischen Aufgaben, die sich die Liberalen im 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts stellten, reichten zunächst über den Rahmen des Nationalstaates nicht hinaus. Im wesentlichen ging es den liberalen Parteien in dieser Zeit darum, eine auf der Gleichheit vor dem Gesetz beruhende rechtsstaatliche Ordnung durchzusetzen, den demokratischen und parlamentarischen Verfassungsstaat aufzubauen, die Einheit des Nationalstaats zu eringen und die mit der Industrialisierung anfallenden sozialen Probleme zu lösen. Eine organisierte internationale Zusammenarbeit — wie bei den Sozialisten zu dieser Zeit bereits vorhanden — hatte daneben keinen Raum.

Nach dem Zweiten Weltkrieg fanden die Liberalen eine veränderte politische Wirklichkeit vor. Diese Wirklichkeit war gekennzeichnet durch den Verlust des absoluten Machtmonopols der europäischen Nationalstaaten. Auf sich allein gestellt, waren sie den politischen und wirtschaftlichen Herausforderungen einer veränderten Welt- und Wirtschaftslage nicht mehr gewachsen. Erste gemeinschaftliche politische Initiativen führten zu europäischen Lösungen im wirtschaftlichen und politischen Bereich.

Die liberalen Parteien mußten sich diesem veränderten politischen Bezugsrahmen organisatorisch und programmatisch anpassen, um ihre Ziele wie die Verwirklichung der größtmöglichen Freiheit des Menschen und die Wahrung seiner Rechte in jeder gesellschaftlichen Situation auch weiter erfolgreich durchsetzen zu können. Aus diesen Gründen wurde im Jahre 1947 die „Liberale Internationale“ (LI) gegründet. Ihr gehören nicht nur Parteien, sondern auch liberale Organisationen und Individuen an, auch wenn die politische Arbeit im wesentlichen von den Parteien bestimmt wird. Grundlage der Zusammenarbeit in der Liberalen Internationale sind die politischen Prinzipien, die in dem „Liberalen Manifest“ von 1947 und der Oxforder Erklärung aus dem Jahre 1967 zum Ausdruck kommen. Die europäischen Mitgliedsorganisationen der LI kommen aus den Ländern der Europäischen Gemeinschaft mit Ausnahme Irlands, den skandinavischen Ländern sowie aus Österreich, der Schweiz und Spanien.

Auf den seit 1948 jährlich stattfindenden Kongressen der Liberalen Internationale wurden wiederholt europapolitische Themen behandelt. Die Resolutionen, die hierzu in den fünfziger Jahren verabschiedet wurden, zeigen jedoch deutlich, daß eine verstärkte westeuropäische Zusammenarbeit von den Mitgliedsorganisationen der LI zwar unterstützt wird, die Vorstellungen über Ziele und Wege dieser Zusammenarbeit aber so weit auseinandergehen, daß es nur zu vagen und allgemeinen Kompromissen kommen konnte. Die Meinungsverschiedenheiten wurden selbst innerhalb der liberalen Parteien aus dem Bereich der EWG deutlich, als sich die Liberalen aus Belgien, den Niederlanden und Luxemburg geschlossen für, die deutschen Liberalen jedoch einheitlich gegen die Römischen Verträge aussprachen.

Die mangelnde europapolitische Handlungsfähigkeit der LI ist auch der Grund, weshalb die als Zusammenschluß liberaler Organisationen aus dem Bereich der späteren EWG 1952 gegründete „Liberaler Bewegung für ein vereintes Europa“ längere Zeit in einem Spannungsverhältnis zur Liberalen Internationale stand. Erst 1972 erfolgte eine organisatorische Verknüpfung durch die Aufnahme der Bewegung als regionale Gruppe der Liberalen Internationale.

Der Kongreß der Liberalen Internationale in Oxford 1967 bringt eine politische Wende und ein erstes klares Bekenntnis zur europäischen Einigung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften. Unter Mithilfe der Vertreter der Fraktion der „Liberalen und Nahestehenden“ im Europäischen Parlament wird diese Politik auf den Kongressen 1969 bis 1974 weiterentwickelt. So wird auf dem Kongreß 1969 in München erstmals die Direktwahl des Europäischen Parlaments und eine enge Zusammenarbeit der liberalen Parteien aus den demokratischen Ländern Europas gefordert. Auf

dem Kongreß 1972 in Paris wird zum ersten Mal ein detaillierter Katalog von Sachforderungen für die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaften aufgestellt.

Darüber hinaus stellt der Kongreß in Paris eine bedeutsame Forderung auf: die Schaffung einer Föderation der liberalen Parteien der EG mit der Einrichtung eines ständigen Sekretariats. Daraufhin wurde ein Satzungsentwurf für die Föderation ausgearbeitet und auf dem Kongreß der LI in Florenz 1974 angenommen. Den letzten Anstoß zur Gründung der Parteienföderation im Rahmen der EG gaben die liberalen Parteiführer — die seit 1974 zweimal jährlich zu informellen, aber politisch wichtigen Treffen zusammenkommen (an diesen Treffen nehmen auch der Vorsitzende der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament und die liberalen Mitglieder der EG-Kommission teil) — auf ihrer Sitzung Anfang 1975 in Berlin: sie beschloßen, im März 1976 den Gründungs-Kongreß einer liberalen Parteienföderation durchzuführen.

II. Hintergründe der Föderationsgründung

Nachdem die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten seit nunmehr drei Jahren besteht und damit aus den Kinderschuhen geschlüpft ist, stellt sich die Frage nach den Ursachen, die dazu beigetragen haben, daß nach der Stagnation der fünfziger und frühen sechziger Jahre gerade die liberalen Parteien der EG so eng zusammengedrückt sind und sich als erste politische Kraft zu einer europäischen Parteienföderation zusammengeschlossen haben.

Zunächst läßt sich generell feststellen, daß die Europäischen Gemeinschaften seit Ende der sechziger Jahre in ein neues Stadium ihrer Entwicklung eingetreten sind, in dem sich die Parteien verstärkt zu direktem, planmäßigem Engagement gedrängt fühlen. Im ersten Jahrzehnt ihres Bestehens beschränkte sich die EWG weitgehend auf das Ziel der Erhöhung wirtschaftlichen Wachstums und des Abbaus von Zollschränken. Das änderte sich spätestens mit der Gipfelkonferenz von Den Haag im Dezember 1969 und den in ihrem Gefolge eingeleiteten Initiativen zur Weiterentwicklung der Gemeinschaft. Ziele wie die Wirtschafts- und Währungsunion, die Politische Union sowie eine gemeinsame Sozial- und Regionalpolitik stellten auch die libera-

len Parteien vor die Notwendigkeit, sich auf die neue Situation einzustellen und gegenüber dieser politischen Herausforderung ihre eigene Handlungsfähigkeit zu beweisen.

Mit der von den EG-Mitgliedsstaaten auf der Pariser Gipfelkonferenz 1972 formulierten Zielsetzung, bis 1980 die „Europäische Union“ zu schaffen, wurde europäische Integrationspolitik letztlich als europäische Innenpolitik definiert. Fehlte es bisher auch an genügend konkreten Schritten, die die Erreichung einer Europäischen Union auf absehbare Zeit realistisch erscheinen lassen, so ist doch seither für die Parteien nicht länger gewährleistet, daß das nationale politische System als allein maßgeblicher Rahmen politischen Handelns bestehen bleibt. Unter anderem ist daher die Gründung der Föderation der Liberalen Demokraten als Reaktion auf diese Entwicklung anzusehen.

Hinzu kommt, daß spätestens mit dem Beschluß, die Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1978 stattfinden zu lassen, trotz der zwischenzeitlich eingetretenen Verzögerungen deutlich geworden ist, daß die Parteien bei der europäischen Integration eine wesentliche Rolle zu spielen haben. Hierbei können die liberalen Parteien aber nur dann ein ei-

genständiges Gewicht erhalten, wenn sie sich organisatorisch und programmatisch als Einheit darstellen.

Ein weiteres Moment ist, daß sich die „Fraktion der Liberalen und Demokraten im Europäischen Parlament“, die immerhin 23 von 198 Sitzen innehat, sich bisher redlich, aber nur mit unterschiedlichem Erfolg bemüht hat, eine gemeinsame Europapolitik zu betreiben und hierfür auch im nationalen Bereich die notwendige Unterstützung zu erhalten. Versteht man aber nach der klassischen Definition des Parlamentarismus unter Fraktion den „parlamentarischen Arm“ einer Partei, so wird deutlich, worin bisher die Schwierigkeit lag: Da die Verankerung in der EG-weiten transnationalen Parteiorganisation fehlte, brachte dies bis vor kurzer Zeit eine Isolierung der Fraktionsarbeit mit sich. Diese Isolierung wurde noch dadurch verstärkt, daß auch die Rückkopplung der Fraktionen und ihrer Arbeit mit der Ebene des jeweiligen nationalen politischen Systems nur schwach entwickelt war. Insgesamt ist es nach alledem erklärlich und verständlich, daß sich nach anfänglichem Zögern gerade die liberale Frak-

tion im Europäischen Parlament für das Zustandekommen und den Ausbau der Fraktion stark eingesetzt hat.

Schließlich ist auch als wesentlicher Faktor zu berücksichtigen, daß es bei den in der Föderation zusammengefaßten liberalen Parteien eine weitgehende und grundsätzliche Übereinstimmung in den für eine europäische Politik so wesentlichen Fragen wie dem Ausbau und der Erweiterung der EG, der Stärkung der Rechte und der direkten Wahl des Europäischen Parlaments und der gemeinsamen Durchsetzung von Freiheitsrechten in der EG gibt. Die Gründung der ELD ist eine logische Konsequenz dieser Politik, da es den liberalen Parteien daran gelegen sein mußte, ein effektives politisches Instrument zur Durchsetzung der gemeinsamen politischen Vorstellungen zu entwickeln.

Damit zeigt sich, daß die liberalen Parteien der EG mit der Gründung einer Parteienföderation zunächst nur die notwendigen politischen und organisatorischen Konsequenzen aus der Entwicklung der EG, ihrer Arbeit im Europäischen Parlament und ihren eigenen politischen Zielsetzungen gezogen haben.

III. Organisation und Zuständigkeiten der Föderation

Der organisatorische Aufbau der Föderation entspricht im wesentlichen dem einer Partei. Organe der Föderation sind der Kongreß und das Exekutivkomitee, die von einem ebenfalls mit Exekutivbefugnissen ausgestatteten Generalsekretariat unterstützt werden.

Der Kongreß, der mindestens einmal jährlich zusammentritt, setzt sich aus den Delegierten der verschiedenen Mitgliedsparteien zusammen. Jedes Land kann mindestens sechs Delegierte entsenden, die für den Fall, daß in einem Land mehrere Mitgliedsparteien vorhanden sind, nach dem Verhältnis der Stimmen, die bei der letzten nationalen Wahl von den Parteien errungen worden sind, auf diese verteilt werden. Den Parteien stehen zusätzliche Delegierte zu, wenn sie bei den Wahlen auf nationaler Ebene bestimmte Stimmzahlen erreichen, so daß ihre Vertretung auf dem Kongreß weitgehend dem Verhältnis der Stimmen entspricht, die bei den nationalen Wahlen erreicht worden sind. Darüber hinaus sind als Delegierte die Mitglieder der Fraktion der Liberalen und Demokraten im Europäischen Parlament und zehn Vertreter des liberalen Jugendverbandes der EG (LYMEC) vorgesehen.

Dem Kongreß stehen weitgehende Entscheidungsbefugnisse zur Verfügung. Er kann Entscheidungen in allen Angelegenheiten im Rahmen der Zuständigkeit der Verträge zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft und in Angelegenheiten im Zusammenhang mit der politischen Zusammenarbeit der Europäischen Gemeinschaft treffen; er kann über alle sonstigen Angelegenheiten beschließen, die nach der einstimmigen Ansicht seiner Mitglieder in seine Zuständigkeit gehören; er kann über alle Vorschläge, die von einer Mitgliedspartei oder einem ihrer Vertreter gemacht werden, beraten und zu diesen Vorschlägen Stellung nehmen; er kann Änderungen an der Satzung und der Geschäftsordnung vornehmen; er kann den Bericht der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments und des Exekutivkomitees entgegennehmen und erörtern sowie Empfehlungen an die Fraktion der Liberalen und Demokraten im EP richten. In diesem Rahmen kann der Kongreß mit Zweidrittelmehrheit der abstimmenden Delegierten Beschlüsse fassen. Dies ist deswegen bedeutsam, weil die Möglichkeit, für die Mitgliedsparteien bindende politische Entscheidungen zu treffen, ein wesentliches Element transnationaler Willensbildung darstellt.

Zu den Aufgaben des Kongresses gehört es auch, den Präsidenten der Föderation und zwölf Mitglieder des Exekutivkomitees zu wählen. Das Exekutivkomitee setzt sich aus diesen zwölf Mitgliedern, weiteren zwölf Mitgliedern, die von den Parteien entsprechend den für den Nationalitätenproporz der Mitglieder der Kommission der Europäischen Gemeinschaften geltenden Kriterien ernannt werden, dem Vorsitzenden der Liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments, einem Vertreter des liberalen Jugendverbands der EG und dem Präsidenten der Föderation als Vorsitzenden zusammen. Das Komitee ernannt aus seiner Mitte zwei Vizepräsidenten sowie den Schatzmeister und den Generalse-

ekretär. Das Exekutivkomitee vertritt die Föderation in der Zeit zwischen den Kongressen.

Eine enge Verzahnung besteht nach der Satzung der ELD auch zwischen der Arbeit der Föderation und der Fraktion der Liberalen und Demokraten im Europäischen Parlament. Gewählte oder ernannte Mitglieder des Europäischen Parlaments, die einer Mitgliedspartei der Föderation angehören, sind verpflichtet, in der liberalen Fraktion mitzuarbeiten. Gleichzeitig sind die Mitglieder der Fraktion Delegierte auf den Kongressen der ELD, der Fraktionsvorsitzende hat Sitz und Stimme im Exekutivkomitee.

IV. Die Mitgliedsparteien der Föderation

Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten setzt sich aus zwölf Mitgliedsparteien zusammen, die, mit Ausnahme Irlands, aus allen Mitgliedsländern der EG kommen.

Belgien

In Belgien wird der politische Liberalismus durch die *Parti des Reformes et de la Liberté da Wallonie* (PRLW) im wallonischen Landesteil, durch die *Partij voor Vrijheid en Vooruitgang* (PVV) in Flandern und durch die *Parti Libéral* (PL) in Brüssel vertreten. In diesen Namen schlagen sich die bestehenden regionalen Konflikte nieder, die in Belgien nach wie vor eine bedeutsame Rolle spielen. Das war in früheren Jahren nicht so. 1830 galt es, Belgiens Unabhängigkeit von den Niederlanden zu erkämpfen. Danach folgten kulturpolitische und noch später wahrrechtliche Auseinandersetzungen. Dabei spielten die belgischen Liberalen eine wesentliche Rolle und prägten zwischen 1847 und 1882 weitgehend das politische System. Ihre hauptsächlichsten Gegner waren die Konservativen, die wichtigsten Verbündeten waren für lange Zeit aus vorwiegend kulturpolitischen Gründen die Sozialisten, mit denen oft Koalitionen eingegangen wurden. 1974 traten die Liberalen in eine Koalitionsregierung mit der Christlichen Volkspartei ein, die jedoch 1977 von einer großen Koalition unter Ausschluß der Liberalen abgelöst wurde. Die belgischen Liberalen, die bei den Wahlen 1978 bei leichten Stimmengewinnen zusammen 16,3% der Stimmen und 37 von 212 Sitzen errangen, bilden seitdem die Opposition.

In organisatorischer Hinsicht gehören die Liberalen Belgiens zu den Pionieren. Als erste liberale Partei auf nationaler Ebene gründeten sie 1846 die *Association Libérale*. Später nannten sie sich *Parti Libéral*. Die heutigen Bezeichnungen gehen auf eine Neustrukturierung im Jahre 1961 zurück. PVV, PRLW und PL zählen zusammen etwa 167 000 Mitglieder (PRLW 37 000, PVV 65 000, PL 65 000), die sich aus allen Schichten rekrutieren, vor allem jedoch aus der säkularisierten Mittelklasse. In der Partei dominieren unternehmerfreundliche Interessen; trotzdem stimmen relativ viele Arbeitnehmer liberal. Sie sind in der marktwirtschaftlich orientierten Gewerkschaft *Centrale Générale des Syndicats Libéraux* mit etwa 150 000 Mitgliedern organisiert.

Dänemark

In Dänemark wurde bereits 1870 eine liberale Partei unter dem Namen *Venstre* („Linke“) gegründet. Zunächst sich selbst als Linkspartei verstehend, orientierte sich *Venstre* schon bald mehr zur Mitte und vermochte 1903 48% der Stimmen und 65% der Mandate an sich zu ziehen. Schon zwei Jahre später spaltete sich der linke Flügel ab und gründete als neue linksliberale Partei die *Radikale Venstre*.

Beide liberalen Parteien haben seither jeweils einen beträchtlichen Stimmenanteil auf sich vereinigt. Sie konnten sich hierbei vor allen Dingen auf Wähler aus dem bäuerlichen und mittelständischen Bereich stützen. *Venstre*, das sich bei Koalitionsbildungen bisher vor-

wiegend nach rechts orientierte, stellte 1973 bis 1975 eine Minderheitenregierung unter Führung von Poul Hartling und errang bei den Wahlen 1975 23,3 % der Stimmen. Bei den Wahlen im Februar 1977 erlitt *Venstre*, die über etwa 110 000 Mitglieder verfügt, eine schwere Niederlage und konnte lediglich 12 % der Stimmen und 21 von 175 Parlamentssitzen auf sich vereinigen.

Im Jahre 1978 trat *Venstre* in eine Koalitionsregierung mit den Sozialdemokraten ein, in der sie mit dem Parteivorsitzenden Henning Christophersen den Außenminister stellt und außerdem die Ministerien für Justiz, Wirtschaft und Finanzen, Landwirtschaft, Inneres, Handel und Transport besetzt.

Die *Radikale Venstre*, die traditionell eher Koalitionen mit den Sozialdemokraten zuneigte, aber von 1968 bis 1971 in einer Koalition mit *Venstre* und den Konservativen mit Hilmar Baunsgaard sogar den Ministerpräsidenten stellte, hat in den letzten Wahlen schwere Einbußen hinnehmen müssen. Die Partei, die etwa 22 000 Mitglieder zählt, ging in ihrem Stimmenanteil von 7,1 % im Jahre 1975 auf 3,6 % bei den Wahlen 1977 zurück und verfügt damit nur noch über sechs Abgeordnete. Die Radikale *Venstre* sitzt gegenwärtig in der Opposition gegenüber der Koalitionsregierung von *Venstre* und Sozialdemokraten.

Stand *Venstre* dem Beitritt Dänemarks zur Europäischen Gemeinschaft und einer fortschreitenden europäischen Integration von vornherein positiv gegenüber, so nahm die *Radikale Venstre* in diesen Fragen eine eher zögernde und zurückhaltende Haltung ein. Die Aussagen des Wahlprogramms der ELD zur weiteren Integration der Gemeinschaft und zur Zusammenarbeit im atlantischen Bündnis führten daher auch im Oktober 1977 zu einem allerdings knappen Parteitagsbeschluß der Radikale *Venstre*, aus der ELD auszutreten.

Bundesrepublik Deutschland

Die F. D. P. ist weder von ihrem Stimmergebnis bei den letzten Wahlen noch von ihrer Mitgliederstärke zu den größten Mitgliedsparteien der Föderation zu zählen. Dennoch hat die F. D. P. schon immer in der Geschichte der Bundesrepublik einen verhältnismäßig großen Einfluß auf die europäische Politik ausgeübt. Die F. D. P. wurde dabei begünstigt durch das Wahlsystem, das zur Beschränkung der parlamentarischen Vertretung auf drei Parteien geführt hat, und das konstante Patt zwischen den beiden großen Parteien, den Sozialde-

mokraten und den Christdemokraten. In dieser Situation war die F. D. P. stets ein entscheidender politischer Faktor und hat dies bis 1966 zu Koalitionen mit der CDU/CSU, seit 1969 mit der SPD genutzt.

Die F. D. P. hatte dabei das Glück, von größeren Parteispaltungen verschont zu bleiben, nachdem die Liberalen zwischen 1861 und 1914 mit den Nationalliberalen und der Fortschrittspartei und zwischen 1919 und 1933 mit der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Demokratischen Partei nie zu einer einheitlichen Partei zusammengefunden hatten. Die F. D. P. wurde im Jahre 1948 gegründet und errang bei der ersten Bundestagswahl 1949 unter dem Vorsitz von Theodor Heuss 11,9 % der Stimmen und 52 von 402 Mandaten. 1961 konnte die F. D. P. mit 12,8 % ihren bisher höchsten Stimmenanteil erreichen. Danach folgten parteiinterne Konflikte, die mit der Niederlage des bis dahin vorherrschenden nationalliberalen Flügels unter Erich Mende endeten. Austritte und Übertritte zur CDU trugen dazu bei, daß der Stimmenanteil der F. D. P. bei den Bundestagswahlen im Jahre 1969 auf 5,8 % schrumpfte. Nach der Koalitionsbildung mit der SPD 1969 und der Überwindung anfänglicher Schwierigkeiten gelang es, die Situation der Partei wieder zu stabilisieren. Der Mitgliederstand stieg von 53 000 im Jahre 1971 auf heute 79 000, der Stimmenanteil betrug bei der letzten Wahl 1976 7,9 %. Mit Hans-Dietrich Genscher, Otto Graf Lambsdorff, Gerhart Baum und Josef Ertl stellt die Partei vier Minister der amtierenden Regierung.

Mit ihren in den Freiburger Thesen niedergelegten Vorstellungen einer liberalen Gesellschaftspolitik, die erst kürzlich durch die Kieker Thesen ergänzt wurden, nimmt die F. D. P. unter den Mitgliedsparteien der ELD eine mittlere Position ein. Dies hat dazu geführt, daß der F. D. P. auch in der Föderation eine wichtige politische Position zufällt.

Frankreich

In Frankreich hatte die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten bis vor kurzem drei Mitgliedsparteien, die aus sehr unterschiedlichen Traditionen stammen und verschiedene politische Zielsetzungen verfolgen: die *Parti Republicain* unter der Leitung von Giscard d'Estaing, die *Parti Radical Socialiste* mit Jean-Jaques Servan-Schreiber und das *Mouvement des Radicaux de Gauche* unter seinem Vorsitzenden Robert Fabre. Daß keine der drei Parteien den Begriff „liberal“ in ih-

rem Namen führt, kommt dabei nicht von ungefähr: In Frankreich wird liberal weitgehend mit konservativ gleichgesetzt. Am ehesten stehen in Frankreich noch die Radikalen in der Tradition des politischen Liberalismus.

Der ausgesprochenste und traditionsreichste Vertreter des französischen Liberalismus ist die *Parti Radical-Socialiste* (PRS). Diese Partei hat von etwa 1871 bis 1939 das politische System Frankreichs getragen. Die Radikalsozialisten betrachten sich als Nachfahren der Jakobiner, die trotz ihrer Schreckensherrschaft diejenigen waren, die auch als erste die Menschenrechte und das Recht auf Eigentum geltend gemacht hatten. Als Organisation entstand die PRS als eine typische Honoratiorenpartei erst 1901, die sich in den mittelgroßen und kleinen Städten auf Advokaten, Notare, Ärzte und andere freie Berufe stützte. In der IV. Republik sank ihr Wähleranteil von einst 28,5 % im Jahre 1906 auf 10 % bis 15 % seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Nach dem Sieg des Gaullismus erlitt sie weitere Niederlagen, zumal sich der rechte Flügel unter Edgar Faure den Gaullisten anschloß. Hatte die Radikalsozialisten lange Zeit eng mit den Sozialisten zusammengearbeitet, führte die Wahl Servan-Schreibers zum Parteivorsitzenden 1971 zu einer Öffnung nach rechts. Seit 1974 gehören die Radikalsozialisten dem Regierungsbündnis Giscard d'Estaings an.

Das *Mouvement des Radicaux de Gauche* (MRG, Bewegung der linken Radikalen) entstand 1972 als Abspaltung jener Abgeordneten der Radikalsozialisten, die den Rechtsruck von Servan-Schreiber nicht mitmachen und an der traditionellen Allianz mit der Sozialistischen Partei festhalten wollten. Das Mouvement hat inzwischen bezüglich der Zahl seiner Mitglieder (etwa 25 000) und seiner Abgeordneten die Radikalsozialisten überflügelt. Es versteht sich als liberale Linkspartei und trat 1973 dem Wahlbündnis mit Kommunisten und Sozialisten bei, in dem es jedoch seine Selbständigkeit bewahrt hat. Das *Mouvement des Radicaux de Gauche* hatte in den vergangenen Jahren tiefgreifende politische Konflikte mit den Republikanern Giscard d'Estaings, deren Beitritt zur ELD im November 1976 dazu führte, daß das Mouvement seine Mitgliedschaft bis 1978 „eingefroren“ hatte. Nach den Wahlen von März 1978 brachen in der Partei schwere interne Konflikte aus, die zum Rücktritt Robert Fabres und zur Wahl Michel Crepeaus zum neuen Parteivorsitzenden führten. Die neue Parteiführung erklärte im Laufe des Jahres 1978 endgültig den Austritt des *Mouvement des Radicaux de Gauche* aus der ELD.

Die *Parti Republicain* (Republikanische Partei) wurde 1962 unter dem Namen Unabhängige Republikaner von Giscard d'Estaing gegründet und galt lange Zeit als klassische Rechtspartei. Seit seiner Wahl zum Staatspräsidenten im Jahre 1973 hat Giscard d'Estaing eine Reihe von liberalen Reformen durchgeführt und bemüht sich um ein liberales Image. Die Tatsache, daß eine ganze Reihe von republikanischen Abgeordneten in der französischen Nationalversammlung gegen diese liberalen Reformen gestimmt haben, macht deutlich, daß die Parteibasis der Republikaner nicht ohne weiteres gewillt ist, sich als reformerische Liberale zu profilieren. Da die Republikaner bisher eher eine Honoratiorenpartei waren, fehlt es noch an einer effektiven Parteiorganisation, die erst seit kurzem von dem Generalsekretär Soisson aufgebaut wird.

Bei den Wahlen im Mai 1978 bildeten die Republikaner zusammen mit den Radikalsozialisten, dem Zentrum der sozialen Demokraten und einigen kleinen rechtssozialdemokratischen Gruppen das Wahlbündnis *Union pour la democratie française* (UDF), das 23,18 % der Stimmen errang. Von den 137 Sitzen, die die UDF errang, entfallen auf die Republikaner 69 und die Radikalsozialisten 9 Sitze. Das *Mouvement des Radicaux de Gauche*, das im Linksbündnis zur Wahl angetreten war, erhielt 2,36 % der Stimmen und 10 Mandate.

Seit diesen Wahlen ist die politische Landschaft in Frankreich wieder in Bewegung geraten. Bei dem MRG gibt es einerseits Bestrebungen, das enge Bündnis mit den Sozialisten fortzusetzen, während andererseits eine Gruppe um den früheren Vorsitzenden Fabre sich gerade bei den Europawahlen wieder stärker als eigenständige politische Kraft darstellen will. Bei den Republikanern und den Christdemokraten gibt es Bestrebungen, die UDF zu einer Partei auszubauen oder zumindest als Bündnis auch bei der Direktwahl zum Europäischen Parlament zur Wahl zu stellen. Bei einer solchen Lösung ist es aber offen, ob die Republikaner ihre Mitgliedschaft in der ELD aufrechterhalten können und wollen.

Großbritannien

Von den Stimmergebnissen bei den letzten Wahlen und ihrer Mitgliedschaft her gehört die *Liberal Party* zu den größten liberalen Parteien in Europa. Dennoch ist ihr direkter politischer Einfluß relativ gering: Bei einem Stimmergebnis bei den letzten Unterhauswahlen 1974 von 18,3 %, das ihr bei einem Verhältniswahlrecht 116 von 635 Mandaten ein-

gebracht hätte, konnte die *Liberal Party* nur 13 Sitze gewinnen. Es ist daher verständlich, daß die Hauptanstrengungen der Partei auf eine Wahlrechtsänderung abzielen, die jedoch auch im Hinblick auf die Direktwahlen zum Europäischen Parlament immer wieder abgelehnt wurde.

Der politische Liberalismus kann in Großbritannien auf eine lange Tradition zurückblicken. Die Liberalen, bereits 1830 als *Liberal Party* auftretend, übten Ende des 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts unter der Führung von Männern wie Gladstone, Palmerston, Lloyd George oder Asquith einen dominierenden politischen Einfluß aus. 1918 begann jedoch ein allmählicher Niedergang, der durch instabile Mehrheitsverhältnisse im Parlament und die damit verbundene Koalitionsfrage eingeleitet wurde. Nutznießer wurde in erster Linie die *Labour Party*, die seit ihren Anfängen noch bis ins 20. Jahrhundert hinein mit dem linken Flügel der Liberalen zusammengearbeitet hatte. 1951 stimmten noch 2,5 % der Wähler für die Liberalen, die sich in der Folgezeit aber wieder stabilisieren konnten.

Die Mitgliederzahl der *Liberal Party* läßt sich nur schwer ermitteln und dürfte nach Schätzungen zwischen 160 000 und 190 000 liegen. Die Parteimitglieder stammen mehrheitlich aus dem Mittelstand. Beruflich handelt es sich vor allem um Intellektuelle: Lehrer, Professoren, Juristen, Ärzte. Die Wählerschaft entspricht indes nach Gallup-Umfragen ziemlich genau der gesellschaftlichen Struktur.

Die Programmatik der *Liberal Party* kann als sozialreformerisch charakterisiert werden. Bei dem letzten Wahlkampf wurde eine Vermögensumverteilung gefordert, wozu ein gesetzlich garantierter Mindestlohn eingeführt werden sollte. Zur Kompensation wurde eine entsprechende Reduktion des Lohnanstiegs der überdurchschnittlich Verdienenden vorgesehen. Darüber hinaus treten die Liberalen für eine gesetzliche Lohn- und Preispolitik zur Inflationsbekämpfung und für eine die Arbeitnehmer favorisierende Mitbestimmung ein.

Die Mehrheitsverhältnisse in Großbritannien sind so knapp, daß die Labour-Regierung von James Callaghan, dessen Partei im Unterhaus durch Nachwahlen die Mehrheit verloren hat, sich eine Zeitlang nur dank einer Absprache mit den Liberalen unter David Steel an der Macht halten konnte. Dieser „Lib-Lab“-Pakt hat sich jedoch als zu brüchig erwiesen, um zu einer dauerhaften Zusammenarbeit zwischen den Liberalen und der Labour Party führen zu können.

Italien

Der Liberalismus in Italien präsentiert sich nicht nur als schwache und schwindende Kraft, sondern auch als stark zersplittert. So hat die ELD in Italien zwei Mitgliedsparteien, von denen die Liberale Partei (*Partito Liberale Italiano*, PLI) bei den letzten Wahlen im Juni 1976 1,3 % der Stimmen und 5 Sitze, die Republikaner (*Partito Repubblicano Italiano*, PRI) 3,1 % der Stimmen und 14 Mandate errangen.

Dies erscheint zunächst verwunderlich, nachdem den Liberalen im 19. Jahrhundert mit Mazzini, Cavour, Garibaldi und Rosselli populäre Persönlichkeiten zur Seite standen und sie noch 1909 — zum damaligen Zeitpunkt als Partei der aufgeklärten Oberschicht — 64 % aller Stimmen auf sich vereinigen konnten. Die Liberale Partei trat unter ihrem jetzigen Namen nach der Zerschlagung des Faschismus erstmals 1946 auf. Als sie sich jedoch in der Frage der Staatsreform zwischen Republik und Monarchie „agnostisch“ erklärte, degenerierte sie früh zum Sammelbecken rechter Kräfte. Sie erhielt das Etikett einer konservativen Rechtspartei, die zwischen die Christdemokraten und die Faschisten plazierte wurde.

Die Folge waren nicht nachlassende Streitereien innerhalb der Partei, die regelmäßig Abbröckelungserscheinungen auf dem linken Flügel verursachten. So entstand u. a. die radikale Partei, die einen linksliberalen Kurs verfolgt und bei den letzten Wahlen bei 3 000 Mitgliedern mit 1,1 % fast den Stimmenanteil der Liberalen erreichte, die eine Mitgliederzahl von 153 000 haben. In der PLI bestimmte indes bis vor kurzem die rechte Mitte unter Giovanni Malagodi und Agostino Bignardi mit Unterstützung einer extrem rechten Gruppe. Vor den letzten Wahlen hat aber dieser Teil der Partei eine entscheidende Niederlage einstecken müssen, denn es gelang den gemäßigten Kräften unter Valerio Zanone, die Macht zu übernehmen. Inzwischen scheint es so, als könne die PLI wieder zurück zur laizistischen Mitte finden.

Zur laizistischen Mitte wird auch die Republikanische Partei gezählt. Sie wuchs als antimonarchistische, linksliberale Gruppe um 1895 aus der liberalen Bewegung heraus, konnte jedoch nie eine entscheidende Bedeutung erlangen. Bei der letzten Wahl konnte sie sich mit 3,1 % der Stimmen als stärkste liberale Partei profilieren, was nicht zuletzt auf die Popularität des Parteivorsitzenden Ugo La

Malfa zurückzuführen war. Die PRI zählt etwa 115 000 Mitglieder.

Eine Verbindung von PLI und PRI stand in den letzten Jahren oft zur Diskussion, ist aber heute wieder unwahrscheinlicher geworden, nachdem die Republikaner gemeinsam mit Kommunisten, Sozialisten und Sozialdemokraten die christdemokratische Regierung unterstützen, während die PLI diesem Bündnis ablehnend gegenübersteht.

Luxemburg

Auch im kleinsten Mitgliedsland der Europäischen Gemeinschaften, dem Großherzogtum Luxemburg, besteht eine liberale Partei, die sich *Parti Démocratique*, PD (Demokratische Partei) nennt. Sie errang bei den letzten Wahlen im Jahre 1974 24,3 % der Stimmen und 14 von 59 Mandaten. Die Liberalen, deren Partei etwa 3 500 Mitglieder hat, übernahmen nach langen Jahren christdemokratischer Alleinherrschaft zusammen mit den Sozialdemokraten die Regierung, in der sie mit Gaston Thorn den Regierungschef und Außenminister stellen. Da Gaston Thorn auch Präsident der ELD ist, ist der Einfluß der Luxemburger innerhalb der Föderation wie auch in der europäischen Politik ungleich stärker, als dies die Größe der Partei vermuten läßt.

Niederlande

Einzigste Mitgliedspartei der ELD in den Niederlanden ist die Volkspartei für Freiheit und Demokratie (*Volkspartij voor Vrijheid en Democratie*, VVD), die 97 500 Mitglieder hat und bei der letzten Wahl im Mai 1977 einen Stimmenanteil von 19,0 % erzielen konnte; sie stellt 28 von 150 Abgeordneten.

Die Wähler der VVD stammen aus allen nicht an die Kirche gebundenen Gruppen, vor allem aus der mittleren und oberen Schicht. Letztere bestimmen die Parteiorganisation, so daß eine arbeitgeberfreundliche, antisozialistische Programmatik und Praxis entstanden ist. Von da her wird die VVD sowohl innerhalb des politischen Systems der Niederlande als auch des europäischen Liberalismus auf der Position der rechten Mitte eingestuft.

Früher waren die holländischen Liberalen eher auf der entgegengesetzten Seite des Parteienspektrums anzusiedeln. So setzten sie 1848 einen modernen Parlamentarismus in

Opposition zum König und zu den Konservativen durch und erfochten zusammen mit der aufkommenden Sozialdemokratie Fortschritte im Kulturkampf und beim Wahlrecht. Von 1877 an verfügten sie zwanzig Jahre lang über die absolute Mehrheit im Parlament. Erst 1885 vereinigten sich die bis dahin lockeren Wählervereinigungen zur Liberalen Union. Wenige Jahre darauf gründete der linke Flügel die Radikale Partei, die nach dem Zweiten Weltkrieg in der Sozialdemokratie aufging. Auch die Rechtsliberalen spalteten sich ab und gründeten den „*Bond van Vrije Liberalen*“. Diese internen Auseinandersetzungen und der Verlust früherer Wählerkreise ließen den Stimmenanteil rasch zurückgehen.

1946 entstand die Partei neu unter dem heutigen Namen. Sie begann mit einem Stimmenanteil von etwa 6,4 %, pendelte sich in der Folgezeit bei etwas über 10 % ein und konnte sich unter dem Parteivorsitzenden Hans Wiegel von 14,4 % 1972 auf 18 % 1977 steigern. Hatte die VVD bereits von 1959 bis 1965 und von 1967 bis 1972 Regierungskoalitionen angehört, so bildete sie Ende 1977 eine Koalition mit den Christdemokraten, die die bis dahin amtierende sozialdemokratisch geführte Regierung ablöste. Die VVD übernahm im neuen Kabinett fünf Ministerposten, darunter das Außen- und Innenministerium sowie die Ministerien für Wirtschaft, Unterricht, Verkehr, Umwelt und Gesundheit.

Das liberale Spektrum der Niederlande wird durch die linksliberalen Demokraten 66 vervollständigt, mit denen erste Vorgespräche über einen Beitritt zur ELD stattgefunden haben. Die D'66, die bis 1977 mit den Sozialdemokraten der Regierungskoalition angehörte und deren Mitgliedschaft vorwiegend aus linksliberalen Intellektuellen besteht, konnte sich bei den letzten Wahlen 1977 erheblich verbessern und errang mit 5,4 % der Stimmen insgesamt acht Mandate.

Der liberale Jugendverband der EG

Nicht der gleiche formelle Status wie eine Mitgliedspartei, aber eine vergleichbare Rolle kommt dem Liberalen und Radikalen Jugendverband der EG (*Liberal and Radical Youth Movement of the European Communities*, LYMEC) zu, dem in der Satzung der ELD zehn Delegierte zum Kongreß und ein Sitz im Exekutivkomitee zugesprochen werden. LYMEC wurde im November 1976 in Den Haag von 17 liberalen Jugend- und Studentenverbänden gegründet, die in einem mehr oder weniger

engen Verhältnis zu den nationalen Mitgliedsparteien der ELD stehen.

Der liberale Jugendverband der EG nimmt innerhalb der ELD eine dezidiert linksliberale Position ein. So sprach er sich aus politischen

Gründen gegen eine Mitgliedschaft der französischen Republikaner in die ELD aus und enthielt sich als einzige Organisation bei der Abstimmung über das Wahlprogramm der ELD auf dem Brüsseler Kongreß im November 1977.

V. Das politische Programm der Europäischen Liberalen Demokraten

Die politische Programmatik der ELD ist in dem Wahlprogramm für die erste Direktwahl zum Europäischen Parlament niedergelegt, das im November 1977 vom Kongreß der ELD in Brüssel nahezu einstimmig verabschiedet wurde und nicht nur aktuelle Forderungen für die erste Amtszeit des direkt gewählten Europäischen Parlaments, sondern allgemeine Grundsätze und Prinzipien liberaler Politik in der Europäischen Gemeinschaft enthält. Das Programm basiert auf den Grundsätzen der „Stuttgarter Erklärung“, die auf dem Stuttgarter Gründungskongreß der Föderation im März 1975 als erste gemeinsame politische Plattform verabschiedet worden war.

Die Aussagen des Programms, das vor seiner Verabschiedung längere Zeit innerhalb der Mitgliedsparteien und auf dem Brüsseler Kongreß diskutiert worden war, lassen sich in zwölf Schwerpunkte gliedern:

Menschen und Bürgerrechte

In diesem Bereich fordert die ELD, im ersten direkt gewählten Europäischen Parlament unverzüglich eine Erklärung zu grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten auszuarbeiten, die die Abschaffung der Todesstrafe beinhaltet und von allen Mitgliedstaaten ratifiziert werden soll. Jeder Bürger und Einwohner der Mitgliedsstaaten der EG soll das garantierte Recht haben, beim Europäischen Gerichtshof in Luxemburg gegen Verletzungen dieser Rechte durch Organe der Europäischen Gemeinschaft Klage zu erheben. Gleichzeitig werden die Mitgliedstaaten aufgefordert, die Menschenrechtskonvention des Europarats zu ratifizieren und die Entscheidungsgewalt der Europäischen Kommission für Menschenrechte und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte in Straßburg anzuerkennen.

Darüber hinaus setzt sich die ELD für die Schaffung einer Europäischen Paß-Union und die Einführung eines europäischen Passes ein. Allen Bürgern der Mitgliedsstaaten soll das

Recht eingeräumt werden, bei Gemeindewahlen an ihrem Wohnort zu wählen oder sich als Kandidat aufstellen zu lassen. Langfristig sollen die Bürger ihr Wahlrecht bei allen öffentlichen Wahlen in dem Land ausüben können, in dem sie wohnen.

Europäische Institutionen

Das Kapitel über die europäischen Institutionen verzichtet bewußt auf ein ausgearbeitetes Modell für die Organe der Europäischen Union und setzt an der bestehenden institutionellen Struktur der Europäischen Gemeinschaft an, die weiterentwickelt werden soll. Dabei sollen die europäischen Institutionen ausreichende Befugnisse erhalten, um ihre Gemeinschaftsaufgaben erfolgreich zu erfüllen und einen leistungsfähigeren Rahmen für die fortschreitende Integration schaffen zu können.

Im Ministerrat muß künftig nach Auffassung der ELD das Mehrheitsprinzip angewandt werden. Die Stellung von Kommission und Parlament soll gegenüber dem Ministerrat verstärkt werden. Insbesondere die direkte Wahl des Europäischen Parlaments wird als notwendiger Schritt zur stärkeren Einbeziehung der Bürger in den Prozeß der europäischen Einigung und zur Demokratisierung der Gemeinschaft angesehen. In diesem Zusammenhang fordert die ELD eine rasche Erweiterung der Kompetenzen des Europäischen Parlaments nach der Durchführung der Direktwahlen.

Sozialpolitik

In der Sozialpolitik geht das Programm der ELD von der Verantwortung des einzelnen und der Solidarität der Gesellschaft aus. Dies beinhaltet den verbesserten Schutz des einzelnen vor dem Mißbrauch massiver gesellschaftlicher, wirtschaftlicher oder politischer Macht.

Im einzelnen sprechen sich die Liberalen für mehr Chancengleichheit als Grundlage jeder Persönlichkeitsentfaltung, ein europäisches Programm zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, eine europäische Gemeinschaftspolitik in Jugendfragen und eine gemeinsame Verbraucherschutzpolitik aus, die auf den Schutz von Gesundheit und Sicherheit, den Schutz wirtschaftlicher Interessen, die Wiedergutmachung von Schäden, eine vollständige Information und die Beteiligung an Entscheidungen abzielt.

Besondere Bedeutung mißt die ELD einer Neuverteilung der Rollen von Mann und Frau zu. Hierzu wird eine Änderung der hergebrachten Denkweisen und der Gesetzgebung mit dem Ziel gefordert, heute noch bestehende Diskriminierungen der Frau abzuschaffen.

Ebenso wird im ELD-Programm betont, daß jeder Arbeitnehmer die Möglichkeit haben muß, an den Entscheidungen, die seinen Arbeitsplatz betreffen, sowie an der Entwicklung und Führung des Betriebes, in dem er beschäftigt ist, mitzuwirken. Als Mittel hierzu werden die Schaffung von Betriebsräten, eine Ausweitung der Arbeitnehmerrechte und -verantwortung sowie eine angemessene Vertretung der Arbeitnehmerinteressen in der Unternehmensleitung angesehen. Gleichzeitig wird die Forderung nach einer betrieblichen Vermögensbildung aufgestellt.

Die auf europäischer Ebene ausgearbeiteten Maßnahmen zur sozialen Sicherheit sollen dabei mehr als eine bloße Ergänzung der nationalen Systeme sein. Sie sollen vor allem im strukturellen Bereich eine sich deutlich abhebende Eigenständigkeit entwickeln. Gleichzeitig wird jedoch deutlich gemacht, daß nicht angestrebt wird, die Sozialpolitik ausschließlich zur Gemeinschaftsaufgabe werden zu lassen.

Bildungspolitik

Die ELD betrachtet das Recht auf Bildung als eine wesentliche Voraussetzung für jeden einzelnen, damit er sich seinen Fähigkeiten entsprechend entfalten kann. Es wird daher für jedermann ein lebenslanger Zugang zu Bildungsmaßnahmen gefordert, der nicht durch Klassenzugehörigkeit, Geschlecht, finanzielle Mittel, örtliche Umgebung oder sonstige soziale Gegebenheiten eingeschränkt werden darf. Eine europäische Bildungspolitik soll eine stärkere Verbindung zwischen den einzelnen Bildungssystemen fördern, diese aber im Zuständigkeitsbereich von einzelstaatlichen oder regionalen Behörden belassen.

Die europäische Bildungspolitik soll die Tätigkeit dieser Behörden unterstützen, nicht nur um die Vielfalt der kulturellen Eigenheiten zu bewahren, sondern auch um ein besseres Verständnis zwischen den europäischen Bürgern verschiedener Kulturen in Europa zu fördern.

Umweltpolitik

Nach Auffassung der ELD ist eine Umweltpolitik der Gemeinschaft unerlässlich, um in Übereinstimmung mit liberalen Grundsätzen eine harmonische Entwicklung zu gewährleisten und den Bürgern der Mitgliedsländer die Möglichkeit zu geben, höchstmögliche Lebensqualität zu genießen. Dies setzt voraus, daß Wachstum nicht Selbstzweck sein kann und wirtschaftliche Entscheidungen nach ihren Auswirkungen auf die Umwelt beurteilt werden müssen. Die europäische Umweltpolitik soll dabei besonders auf die Notwendigkeit achten, grenzübergreifende Umweltverschmutzung zu verhindern und zu bekämpfen. Beim Ausgleich von Umweltschäden soll das Verursacherprinzip angewendet werden.

Eine Umweltpolitik der Gemeinschaft muß nach dem Programm der ELD die Befugnis einschließen, in Fällen möglicher Gefahr einzugreifen. Unter solchen Umständen soll die Gemeinschaft in der Lage sein, die verschiedenen zuständigen Organe anzuweisen, politisch, verwaltungsmäßig und finanziell einzugreifen. Für das ganze Gebiet der Gemeinschaft ist die Festsetzung von Mindeststandards für Umweltqualität vorgesehen.

Zur Entwicklung eines vollständigen Umweltschutzes wird eine weltweite Zusammenarbeit gefordert, die sich nach einem internationalen Umweltkodex vollzieht und für alle Staaten verbindlich ist.

Regionalpolitik

Das Programm der ELD sieht in den Regionen neben den nationalen Mitgliedsstaaten die Basis der politischen Willensbildung und betrachtet die kulturelle Vielfalt als eine der bedeutendsten Elemente eines geeinten und starken Europa. Wesentlicher Bestandteil der angestrebten Europäischen Union ist danach eine wirkungsvolle Regionalpolitik, die für alle Gebiete Chancengleichheit einräumt und die Position der Regionen innerhalb der Gemeinschaft stärkt.

Die gegenwärtige Regionalpolitik der Gemeinschaft wird von der ELD als unbefriedigend angesehen: Die Gemeinschaft soll da-

her in die Lage versetzt werden, überall in ihrem Gebiet regionalpolitische Maßnahmen fördern zu können. Den nationalen Regierungen soll nicht gestattet sein, ihre eigenen finanziellen Mittel zur Unterstützung einzelner Regionen zu kürzen, wenn dafür Mittel der EG eingesetzt werden. Die Regionalbehörden sollen zum Austausch von Informationen und zur gegenseitigen Konsultation Zugang zu allen Institutionen der Gemeinschaft haben.

Darüber hinaus möchte die ELD, daß es durch grenzübergreifende Integration von Institutionen und Verwaltungen zu einer wirksamen Koordinierung der regionalen Wirtschafts-, Verkehrs- und Energiepolitik sowie der Regionalplanung kommt.

Wirtschaftspolitik

Hauptziele der Wirtschafts- und Finanzpolitik der ELD sind die Sicherung eines beständigen, ausgewogenen Wachstums sowie die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung. Ebenso soll der Lebensqualität und den Verbraucherinteressen und nicht nur quantitativen Kriterien Beachtung geschenkt werden. Die ELD setzt dabei sowohl auf die Dynamik freien Unternehmertums als auch auf die demokratische Gesamtführung der Wirtschaft durch flexible Planung unter Mitwirkung beider Sozialpartner und unter Einbeziehung von Lohn- und Preisleitlinien.

Überdies wird die Auffassung vertreten, daß eine allein auf Fragen des Staates begrenzte Demokratie unzureichend ist. Es wird daher ein System größtmöglicher gleicher Beteiligung aller Bürger an den Entscheidungen über die Aufgabenteilung im wirtschaftlichen Bereich angestrebt.

Dem Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird hohe Priorität eingeräumt. Dabei soll die Schaffung neuer und der Ausbau bestehender Industrien und Unternehmen in der Gemeinschaft vorangetrieben werden, um die strukturelle Arbeitslosigkeit abzubauen und besonders für junge Menschen Arbeit zu schaffen.

Wirtschafts- und Währungsunion

Mit Nachdruck fordert die ELD eine Wirtschafts- und Währungsunion, die als unerläßliche Vorbedingung angesehen wird, die wirtschaftliche und soziale Krise zu meistern, in der sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaft befinden. Fortschritte auf dem Wege zur Wirtschafts- und Währungsunion setzen nach Auffassung der euro-

päischen Liberalen die Stärkung der Position der Gemeinschaft bei der Erhebung von Steuern und der Verteilung der Steuereinnahmen voraus. Daneben werden Neuregelungen in der Währungspolitik für erforderlich gehalten, wie die Beibehaltung flexibler Währungskurse bis zur Einführung einer europäischen Standardwährung, vermehrte Befugnisse des Europäischen Währungsfonds und die allmähliche Zusammenlegung sowie die Ausweitung gegenseitiger Kredite unter der Voraussetzung stärkerer Zusammenarbeit. Besondere Bedeutung wird in diesem Zusammenhang auch der Einführung einer europäischen Währung parallel zu den nationalen Währungen eingeräumt.

Energiepolitik

Die ELD strebt eine gemeinschaftliche Energiepolitik an, die dem zukünftigen Energiebedarf der Mitgliedsländer der Gemeinschaft gerecht wird, aber gleichzeitig umweltgefährdende Technologien vermeidet und auf rationaler Planung zur Sicherung der optimalen Verwendung der zur Verfügung stehenden Energie beruht. Dabei soll sich die europäische Energiepolitik auf eine vernünftige Nutzung der bestehenden Reserven einstellen und dazu beitragen, Europas Abhängigkeit von Lieferungen aus Drittländern zu verhindern.

In der Kernenergie wird eine notwendige, aber nur vorübergehende Antwort auf das Problem des wachsenden Energiebedarfs gesehen. Angesichts der mit der Verbreitung der Kernenergie verbundenen Gefahren und Probleme soll alles verfügbare Wissen in ein Forschungsprogramm eingebracht werden, das einerseits die Lösung der Probleme der Wiederaufbereitung radioaktiven Abfalls, andererseits die Entwicklung alternativer Energiequellen vorantreibt. Inzwischen soll die Genehmigung zum Bau neuer Atomkraftwerke nur dann gegeben werden, wenn in den Mitgliedsstaaten Vorsorge für die sichere Lagerung hochaktiven Abfalls und eine sichere und technisch einwandfreie Zwischenlagerung getroffen worden ist.

Kleinere und mittlere Unternehmen

Das Wahlprogramm der ELD sieht in den kleineren und mittleren Unternehmen dank ihrer Produktion und ihrer Auswirkung auf die Beschäftigung eine der wesentlichen Stützen des Wirtschaftslebens der Mitgliedsländer der Europäischen Gemeinschaft. Es wird daher die Durchführung eines Programms zur Unterstützung kleinerer und mitt-

lerer Unternehmen in der Gemeinschaft gefordert. Im Mittelpunkt sollen dabei unter anderem stehen die Koordinierung nationaler Politiken, die Entwicklung der Wirtschafts- und Währungsunion, die richtige Anwendung der Wettbewerbsregeln, eine harmonisierte, flexiblere und vereinfachte Steuerpolitik, Maßnahmen der Kreditpolitik, besserer Zugang zur Forschung, die Harmonisierung und Entwicklung angemessener Rechtsformen und die Förderung der Ausfuhr kleinerer und mittlerer Unternehmen sowohl innerhalb als auch nach außerhalb der Gemeinschaft.

Agrarpolitik

Nach Auffassung der Europäischen Liberalen Demokraten darf die europäische Agrarpolitik nicht nur auf eine ausreichende Nahrungsmittelversorgung abzielen, sondern hat gleichzeitig menschliche Arbeits- und Lebensbedingungen auf dem Lande zu gewährleisten. Sie kann sich daher nicht nur mit den technischen und handelspolitischen Problemen der landwirtschaftlichen Produktion befassen, sondern ist auch in engem Zusammenhang mit Sozial-, Umwelt- und Regionalpolitik zu sehen.

Die Föderation befürwortet eine integrierte gemeinsame Agrarpolitik anstelle einer nationalen Politik der einzelnen Staaten. Sie hält eine solche gemeinsame Politik für einen wesentlichen Teil der zukünftigen Europäischen Union. Nach Ansicht der ELD ist die bisherige gemeinsame Agrarpolitik in ihren Grundzügen richtig angelegt, bedarf aber der Weiterentwicklung, um insbesondere die ständigen strukturbedingten Überschüsse zu vermeiden.

Im Bereich der Fischereiwirtschaft geht die ELD davon aus, daß eine beständige und gesicherte Versorgung mit Fisch von der Erhaltung und richtigen Bewirtschaftung der Fischbestände abhängt. Aus diesem Grund wird eine gemeinsame Fischereipolitik mit dem Ziel der Erhaltung und Vermehrung der Fischbestände einschließlich von Maßnahmen gegen die Verschmutzung des Meeres gefordert.

Außen- und Sicherheitspolitik

Ein wesentliches Element der Europäischen Union sieht die Föderation in einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Die Europäische Union soll eine aktive und positive Kraft in der Weltpolitik werden, deren Ziel es nicht ist, andere zu beherrschen, sondern ei-

nen realen Beitrag zur Stabilität und zum Weltfrieden zu leisten. Weltweit soll Europa dabei für die Grundsätze der Freiheit, für Demokratie und Selbstbestimmung sowie für das Recht der gesamten Menschheit auf soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit eintreten.

Für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik wird eine realistische Prioritätensetzung verlangt, deren Schwerpunkte bei der Zusammenarbeit im Atlantischen Bündnis, der Entspannung zwischen Ost- und Westeuropa und dem Nord-Süd-Dialog liegen sollen.

Da die Herstellung gegenseitigen Vertrauens und einer guten Zusammenarbeit in Europa dazu beitragen, einen bewaffneten Konflikt unmöglich zu machen, soll die Europäische Union im Prozeß der Entspannung zwischen Ost und West eine wesentliche Rolle spielen. Daher sollen auch verstärkt Anstrengungen unternommen werden, um die Ausführung und weitere Entwicklung aller in der KSZE-Schlußakte vorgesehenen Prinzipien und Maßnahmen sicherzustellen. Gleichzeitig wird die Europäische Union aufgefordert, auf dieser Grundlage Initiativen zur Abrüstung zu ergreifen.

Die Erweiterung der Gemeinschaft wird nicht nur im wirtschaftlichen, sondern auch im politischen Rahmen gesehen. Alle freien und demokratischen Länder sollen zu gegebener Zeit auf ihren Wunsch hin als Mitglieder der Union willkommen sein, wenn sie die Voraussetzungen für die Mitgliedschaft erfüllen, insbesondere durch die Abhaltung freier und repräsentativer Wahlen zum Europäischen Parlament. Einschränkungen werden nur insoweit gemacht, als die Erweiterung die beständige und tatkräftige Entwicklung der Europäischen Union nicht gefährden darf.

Entwicklungspolitik

Im Verhältnis zur Dritten Welt setzt sich die ELD für eine neue wirtschaftliche Ordnung mit Chancengleichheit für alle Beteiligten ein. Die Europäische Gemeinschaft soll darauf bedacht sein, wirtschaftlich unterentwickelte Länder zu unterstützen, indem sie für angemessene wirtschaftliche Entwicklungshilfe sorgt und sicherstellt, daß bis 1983 den Entwicklungsländern von der Gemeinschaft mit ihren Mitgliedern staatliche Wirtschaftshilfe bis zu einer Höhe von mindestens 0,7 % des Bruttosozialproduktes geleistet wird.

Regimen, die beständig und in grober Weise die Menschenrechte verletzen, soll keine Hil-

fe gewährt werden. Auch soll sorgfältig darauf geachtet werden, daß die Hilfe der gesamten Bevölkerung und nicht etwa nur einer privilegierten Schicht oder Gruppe zugute kommt. Nach Ansicht der ELD kann dies am ehesten durch überlegte Auswahl der Art des zu fördernden Projektes geschehen.

Neben wirtschaftlicher Hilfe durch staatliche Förderungen und Privatinvestitionen wird als wichtige Aufgabe herausgestellt, den Entwicklungsländern zu größerer Beschäftigung zu verhelfen und sie beim Ausbau ihrer Handelsmöglichkeiten zu unterstützen. Die ELD hält dabei marktwirtschaftliche Formen des internationalen Handels für elementare Voraussetzungen einer wirkungsvollen Hilfe durch Handelsförderung.

Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten kann für sich in Anspruch nehmen, den übrigen bestehenden europäischen Parteienföderationen der Sozialisten und Christdemokraten in organisatorischer und programmatischer Hinsicht ein gutes Stück voraus zu sein. Dennoch muß sich auch die ELD die kritische Frage nach ihren tatsächlichen Möglichkeiten und nach ihrer politischen Zukunftsperspektive gefallen lassen.

Zunächst hängt die Frage, ob sich die Föderation langfristig zu einem lebensfähigen Gebilde mit transnationaler Basis und der liberalen Fraktion des Europäischen Parlaments als politischem Arm entwickelt, wesentlich davon ab, welche funktionellen Sachzwänge sich aus der weiteren Entwicklung der europäischen Integration ergeben. In diesem Zusammenhang sind vor allem die vom 7. bis 10. Juni 1979 vorgesehenen Wahlen zum Europäischen Parlament von Bedeutung. Von diesen Wahlen werden Rückwirkungen auf die Parteienstrukturen ausgehen, die jetzt noch nicht absehbar sind.

Immerhin hat die ELD mit der Verabschiedung des umfangreichen Wahlprogramms auf dem Brüsseler Kongreß 1977 Indizien dafür geliefert, daß die Föderation bereits heute keinen lockeren und unverbindlichen Zusammenschluß nationaler Parteien mehr darstellt, sondern über ein beträchtliches Maß an Homogenität und Übereinstimmung verfügt. Sie hat sich damit die besten Voraussetzungen geschaffen, als einheitliche und geschlossene politische Kraft im zukünftigen europäischen Parteiensystem auftreten zu können. Der

Die Föderation tritt für Verhandlungen über eine internationale Rohstoffpolitik ein, bei denen eine Minderung extremer Preisschwankungen bei speziellen Rohstoffen, die Stabilisierung der Einkünfte der Rohstofflieferländer, die Zusicherung angemessener Rohstofflieferungen an rohstoffarme Länder in Nord und Süd sowie eine verstärkte Verarbeitung von Rohstoffen in den Herkunftsländern als Beitrag zu verbesserter internationaler Arbeitsteilung angestrebt werden soll.

Insgesamt setzt sich die ELD für eine Beibehaltung bilateraler Entwicklungsvereinbarungen der einzelnen Mitgliedsstaaten ein, fordert aber den Vorrang einer gemeinsamen Politik bei der Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern.

VI. Zukunftsperspektiven der ELD

Grund für diese Annahme ist zunächst darin zu suchen, daß das politische Programm der Liberalen Demokraten eine einheitliche und geschlossene Aussage zu den wesentlichen Problemen europäischer Politik enthält. Darüber hinaus ist das Programm in einem demokratischen Prozeß zustande gekommen, der den Mitgliedsparteien die Möglichkeit zu intensiver Diskussion und zur Vorbringung aller Abänderungswünsche gegeben hat. Da die endgültige Fassung des Programms schließlich die fast einstimmige Unterstützung der Mitgliedsparteien gefunden hat, ist die Erwartung gerechtfertigt, daß diese in vollem Umfang hinter den in dem Programm enthaltenen politischen Forderungen stehen.

Gleichwohl ist abzusehen, daß mit der Annahme des gemeinsamen Wahlprogramms nicht alle politischen Konflikte innerhalb der Föderation gelöst sind. Der Austritt der Radikale Venstre und des Mouvement Radicaux de Gauche haben aufgezeigt, daß die teilweise sehr unterschiedlichen Positionen der Mitgliedsparteien in den nationalen Parteisystemen erheblichen Zündstoff in sich bergen. Es ist von daher nicht auszuschließen, daß die interne politische Entwicklung in einzelnen Mitgliedsländern der Europäischen Gemeinschaft in den nächsten Jahren zum Austritt alter oder zur Aufnahme neuer Mitgliedsparteien führen wird.

Auch wenn Koalitionen auf europäischer Ebene aufgrund der gegenwärtigen politischen Struktur der Gemeinschaft nicht die gleiche Bedeutung wie im nationalen Rahmen haben, so können auch aus dieser Frage Probleme

für die Zusammenarbeit in der Föderation und für die Arbeit der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament entstehen. Wegen der Stärkeverhältnisse im Europäischen Parlament werden Koalitionen der linken oder rechten Mitte auch nach der Direktwahl kaum ohne die Liberalen zu schließen sein.

Für die Liberalen als typische Träger von Koalitionsparteien in Westeuropa können daraus deshalb Schwierigkeiten erwachsen, weil Koalitionen auf der Ebene der Europäischen Gemeinschaft auf die nationale Stellung der Parteien und nationale Koalitionen zurückwirken. Diese Koalitionen reichen in den einzelnen EG-Ländern bis zu den Konservativen auf der einen und den Kommunisten auf der anderen Seite.

Eine Lösung der europäischen Koalitionsfrage wird letztlich nur möglich sein, wenn die liberalen Parteien akzeptieren, daß Koalitionen auf EG-Ebene nationalen nicht entsprechen müssen. Hierbei läßt sich jedoch noch nicht absehen, ob alle in der Föderation zusammengefaßten Parteien die mit dieser

grundsätzlichen Position verbundenen politischen Konsequenzen akzeptieren können.

Verfolgt man die Aktivitäten der Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten kritisch, so läßt sich über die bereits erwähnten Zukunftsprobleme hinaus festhalten, daß es noch nicht gelungen ist, die jeweilige Parteilbasis in dem Maße in die Arbeit der Föderation einzubeziehen, wie es für eine politische Identifizierung nötig wäre. Dies aber ist eine der Vorbedingungen, um einen gemeinsamen europäischen Wahlkampf erfolgreich und auf breiter Basis führen zu können.

Dennoch wird man abschließend feststellen können, daß die liberalen Parteien der Europäischen Gemeinschaft wegen ihrer gemeinsamen politischen Grundauffassung und wegen des Fehlens verfestigter und um ihre Machtpositionen bangender nationaler Parteibürokratien gegenüber anderen europäischen Parteienföderationen noch die besten Aussichten haben, die mit der Gründung der Europäischen Liberalen Demokraten eingeleitete politische Zusammenarbeit erfolversprechend weiterführen zu können.

Hubertus Dessloch: Die Europäische Volkspartei EVP

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/79, S. 3—16

Die Europäische Volkspartei EVP ist eine Parteiföderation, weist aber in Statut und Programm bereits darüber hinaus. Die EVP von heute ist als Phase in der Entwicklung auf eine transnationale Partei hin zu sehen. Sie versteht sich als politisches Sammelbecken zwischen den extremen Spielarten des Sozialismus und des Liberalismus. Sie konkurriert demnach mit den Parteien des demokratischen Sozialismus und des Liberalismus um die gemäßigten Wähler der politischen Mitte.

Die politischen Kraftquellen der Europäischen Volkspartei sind:

1. die aus dem christlichen Verständnis vom Menschen abgeleiteten Grundwerte;
2. die Zielvorstellung eines als Gemeinschaft handlungs- und verantwortungsfähigen Europas, gegründet auf
 - die föderale Erfahrung in Europa,
 - die parlamentarische Demokratie,
 - den liberalen Rechtsstaat,
 - die soziale Marktwirtschaft;
3. bis auf weiteres noch: die politische Stellung, die organisatorische, finanzielle und personelle Leistungsfähigkeit ihrer Mitgliedsparteien.

Die EVP wurde am 29. April 1976 gegründet. Das politische Programm wurde vom ersten Kongreß der EVP im Februar 1978 in Brüssel verabschiedet. Die EVP ging hervor aus der Europäischen Union christlicher Demokraten EUCD, die unter dem Namen Nouvelles Equipes Internationales (NEI) unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg von christlich-demokratischen Politikern aus West- und Osteuropa gebildet wurde. Nach der Gleichschaltung aller Parteien in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und Jugoslawien konzentrierte sich die NEI auf die politische Einigung des freien Europa. In den „Genfer Gesprächen“ wurde die Aussöhnung Frankreichs und Deutschlands vorbereitet und die Gründung der Europäischen Gemeinschaften politisch abgesichert. An diese Tradition knüpft die EVP an.

Guntram von Schenck: Die sozialdemokratischen Parteien der EG vor den Direktwahlen

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 14/79, S. 17—31

Die sozialdemokratischen und sozialistischen Parteien in der Europäischen Gemeinschaft (EG), die bereits seit 1957 ein Verbindungsbüro unterhalten, haben sich 1974 im „Bund der sozialdemokratischen Parteien in der EG“ zusammengeschlossen. Heute gehören dem Bund elf Parteien an, die in ihrer Bedeutung, Struktur und Programmatik Unterschiede aufweisen, die auf die spezifische Geschichte der einzelnen Mitgliedstaaten zurückzuführen sind. Deshalb werden die Parteien kurz dargestellt.

Die Unterschiede betreffen u. a. das Verhältnis zu den kommunistischen Parteien. SPD und britische Labour Party lehnen jede Zusammenarbeit ab, während die anderen Parteien in Abstufungen eine Zusammenarbeit nicht ausschließen. Umstritten ist auch die Frage, ob die EG in Konfrontation zu den USA oder in enger Zusammenarbeit mit den USA aufgebaut werden soll. Schließlich steht zur Debatte, ob künftig ein „sozialer Ausbau“ oder eine „sozialistische Transformation“ Europas angestrebt werden soll. Die unterschiedlichen Auffassungen werden in den Begriffen „mediterraner“ oder „nordischer“ Sozialismus zusammengefaßt.

Die Unterschiede dürfen freilich nicht überbewertet werden. Die gemeinsamen, in der europäischen Arbeiterbewegung wurzelnden Grundüberzeugungen machen aus dem „Bund der sozialdemokratischen Parteien der EG“ eine geschlossene politische Kraft, die für den Einigungsprozeß Europas unentbehrlich ist. Der „Entwurf einer Wahlplattform“, die gewissermaßen den Minimalkonsens der europäischen Sozialdemokraten darstellt, die „Politische Erklärung“ vom 23./24. Juni 1978 und der „Wahlaufruf“ vom 12. Januar 1979 dokumentieren die Einigkeit der europäischen Sozialdemokraten in den grundlegenden Fragen der europäischen Politik.

Obwohl bei den Liberalen die Notwendigkeit zu einer organisierten internationalen Zusammenarbeit erst nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs erkannt wurde, waren sie die erste politische Kraft in Europa, die eine mit eigenen Entscheidungsbefugnissen ausgestattete transnationale Parteienföderation ins Leben rief. Die Föderation der Europäischen Liberalen Demokraten (ELD) wurde im März 1976 in Stuttgart gegründet und vereinigt zwölf liberale Parteien aus acht Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft. Die Gründung erfolgte mit dem Ziel, die liberalen Kräfte in der EG organisatorisch und programmatisch als Einheit zusammenzufassen, um den Herausforderungen der fortschreitenden europäischen Integration und den Anforderungen eines europaweiten Wahlkampfs für die erste Direktwahl des Europäischen Parlaments gewachsen zu sein sowie der Arbeit der liberalen Fraktion im Europäischen Parlament die notwendige organisatorische und politische Basis zu verschaffen.

Die zwölf Mitgliedsparteien der ELD stehen zwar in durchaus unterschiedlichen Traditionen innerhalb der jeweiligen nationalen politischen Systeme, weisen aber eine weitgehende und grundsätzliche Übereinstimmung in den für eine europäische Politik so wesentlichen Fragen wie dem Ausbau und der Erweiterung der EG, der Stärkung der Rechte des Europäischen Parlaments und der gemeinsamen Durchsetzung von Freiheits- und Grundrechten in der EG auf. Auf dem zweiten Kongreß der Föderation im November 1977 in Brüssel wurde nahezu einstimmig ein umfangreiches Wahlprogramm verabschiedet, das die politische Grundlage der nationalen Wahlkampagnen der Mitgliedsparteien für die Direktwahl bildet. Das Programm, das vor seiner Verabschiedung eingehend von den Mitgliedsparteien diskutiert und beraten wurde, enthält nicht nur aktuelle Forderungen für die erste Amtszeit des direkt gewählten Europäischen Parlaments, sondern auch allgemeine Grundsätze und Prinzipien liberaler Politik in der EG. Schwerpunktmäßig befassen sich die Aussagen des Programms mit den Menschen- und Bürgerrechten, den europäischen Institutionen, der Sozial-, Bildungs-, Umwelt-, Regional- und Wirtschaftspolitik, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Energiepolitik, den kleineren und mittleren Unternehmen, der Agrarpolitik, der Außen- und Sicherheitspolitik und der Entwicklungspolitik.

Mit der Gründung der ELD und der Verabschiedung eines gemeinsamen politischen Programms haben die Liberalen alle organisatorischen und politischen Voraussetzungen geschaffen, sich im direkt gewählten Europäischen Parlament als einheitliche und geschlossene Kraft darstellen zu können. Inwieweit jedoch die mit der ELD aufgebaute transnationale Parteienstruktur auf Dauer ihre Funktionsfähigkeit beweisen kann, hängt wesentlich davon ab, welche funktionellen Sachzwänge sich aus der weiteren europäischen Integration und den Kompetenzen sowie Möglichkeiten des direkt gewählten Europäischen Parlaments ergeben.